

Johann Kern

Wie
besiegt man
die
Auserwählten?

Verlag Alfabet. Stuttgart

Über das Problem, eine gute Verfassung des Staates zu entwerfen, haben sich die besten demokratisch gesinnten Politiker und Gelehrten in jeder Epoche den Kopf zerbrochen.

Dr. Gunther Kümel, sapere--aude@web.de

Ich kann Ihre Meinung nicht teilen, aber ich bin bereit für Ihr Recht sie zu äußern mit meinem Kopf einzustehen.

Voltaire

Nicht die Regierungen werden die Kriege abschaffen. Die Kriege können nur abgeschafft werden von denen, welche sie zu erleiden haben

L.N. Tolstoi

Willst du im laufenden Jahr ein Ergebnis sehen, so säe Samenkörner.

Willst du in 10 Jahren ein Ergebnis sehen, so setze Bäume.

Willst du das ganze Leben lang ein Ergebnis sehen, so entwickle Menschen.

Kuan Chung Tzu

Der Hunger wird nur zunehmen, wenn wir die Wucherer nicht einsperren.

Dr. H. G. Vogelsang,
arzt11@homoeopathie-krefeld.de

Wenn ihr etwas wollt, ist es *kein Märchen*

Theodor Herzl

Prolog

Ein Kalif kann nicht alles gebrauchen

Es lebte ein Kalif, der unermesslich reich war und ein sehr starkes Heer hatte. Alle Nachbarstaaten fürchteten sich vor ihm und schenkten ihm ständig die kostbarsten Sachen, die es in der Welt gab: Die schönsten Jungfrauen, die stärksten Sklaven, die größten Juwelen, die teuersten Waffen.

Er hatte alles, was er nur wünschen konnte und badete täglich in Glück und Lobgesang seiner Herrlichkeit. Zu ihm kamen die klügsten Gelehrten, die fähigsten Ingenieure, die besten Musiker und Tänzer, die begabtesten Schauspieler und boten ihm ihre Dienste an. Doch plötzlich hörte er, daß es sehr weit in der Wüste einen Weisen gebe, der nie zu seinem Hof kam, sich nie zu seinen Füßen warf und ihm nie seine Dienste angeboten hatte.

- Ist er wirklich sehr weise? - fragte der Kalif.

- Oh ja, - antwortete man ihm. - Jeder Gelehrte ist überglücklich, wenn dieser Weise ihm ein bißchen Lob ausspricht.

- Von was lebt er denn?

- Er ist ein bescheidener Mann und begnügt sich mit Wenigem.

- Ruft ihn zu mir und sagt ihm, ich gebe ihm alles, was er braucht.

Die Gesandten des Kalifen kamen bald zurück und sagten, daß der Weise sich bedanke für die Güte des Kalifen, aber er habe alles, was er brauche für sein Leben und möchte dort bleiben, wo er sei.

Der Kalif schickte sie noch mal zu dem Weisen mit der Bitte, er solle zu ihm zu Gast kommen und er könne auch jederzeit zurück in die Wüste gehen, wenn er es wünsche.

Diesmal konnte der Weise nicht ablehnen. Einen Kalifen zu erzürnen ist gefährlich. Er mußte sich auf den Weg machen. Aber zu einem Kalifen geht man nicht ohne Geschenk. Darum nahm er das einzige Kostbare, was er hatte, ein Buch, das ihm vor vielen Jahren sein Lehrer vor seinem Tod schenkte. Er gab es dem Kalifen mit den Worten:

- Ich bin schon alt und suche schon lange, wem ich das Buch schenken könnte. Das ist vielleicht nicht das, was man einem Kalifen schenkt. Aber das Buch ist ein besonderes. Man macht es nur dann auf, wenn man etwas wissen will, was nicht nur dir selbst, sondern auch allen Menschen von nutzen sein kann. Nur dann kannst du eine Antwort in diesem Buch finden. In allen anderen Fällen machst du das Buch auf und siehst nur leere Seiten.

- Hast du irgendwann etwas Nützliches in diesem Buch gelesen?

- Oh ja, - sagte der Alte, - über das, wie die Welt und die Sonne beschaffen sind.

Der Kalif zeigte ihm seine Reichtümer und bat ihn auszuwählen was er wolle von dem was ihm heute aus aller Welt zugeschickt wurde.

- Ich habe schon längst alles, was ich brauche. Nimm dir daraus, was du möchtest: Beliebige Jungfrauen,

beliebige Juwelen, Gold, Silber, Sklaven, Kamele.

- Ich danke dir, mein Kalif. Aber danach trachtete ich in meiner Jugend nicht, und jetzt, in meinen alten Tagen, brauche ich das schon gar nicht.

Der Wesir des Kalifen sagte zu ihm:

- Geschenke eines Kalifen lehnt man nicht ab.

Irgendwas mußt du schon auswählen.

Da schaute der alte weise Mann die neuen Sklaven des Kalifen an. Unter ihnen stand ein sehr blasser Junge, der etwa zehn Jahre alt war. Seine Augen waren aufmerksam und klar wie das reinste Wasser. "Das muß ein kluge Junge sein," - dachte der Alte und fragte ihn:

- Bist du allein oder sind auch irgendwelche deiner Verwandten hier dabei?

Der Junge sagte, er sei ganz allein.

- Wenn du nichts dagegen hast, mein Kalif, dann nehme ich diesen Jungen, vielleicht kann er mein Schüler werden.

Der Kalif willigte ein und sagte dem Alten, er solle mit dem Jungen bei ihm zu Gast mindestens eine Woche lang bleiben. Er zeigte das geschenkte Buch des Alten seinen Gelehrten und sagte ihnen, daß jeder dem Buch seine Frage stellen dürfe. Sie hätten eine Woche Zeit, sich eine Frage auszudenken. Aber keiner kam zu ihm mit der Bitte, das Buch zu befragen.

Am Ende der Woche rief er den Alten wieder zu sich und sagte ihm:

- Du kannst immer noch ein anderes Geschenk dir auswählen, und kannst auch den Jungen behalten.

- Ich habe mit dem Jungen viel gesprochen, er scheint mir wirklich ein sehr kluges Bürschchen zu sein. Ich behalte ihn. So lange ich noch lebe, wird er mein Schüler sein. Ich brauche nichts anderes dazu.

Da nahm der Kalif das Geschenk des Alten wieder in seine Hand.

- Dein Lehrer hat dir das Buch geschenkt, als du sein Schüler warst. Ein Kalif kann dein Buch nicht gebrauchen. Auch alle meine Gelehrten haben keine Frage gefunden, die sie an dein Buch stellen könnten. Vielleicht wird es deinem Schüler nützlich sein. Mit deiner Erlaubnis möchte ich es deinem Schüler schenken.

- Ich danke dir, mein Kalif. Ich habe über dieses Buch mit meinem Schüler schon viel gesprochen und er hat sogar schon eine Frage an das Buch.

- Dann macht das Buch deinem Lehrling eine Freude, - sagte der Kalif und übergab es dem Jungen.

Der Junge dankte dem Kalifen, nahm das Buch und schlug es sofort auf.

Auf der aufgeschlagenen Seite des Buches stand in großen Buchstaben ein einziges Wort: "Die Wahrheit". Der Alte verabschiedete sich von dem Kalifen und ging mit dem Jungen fort. Als sie weit genug weg von dem Palast des Kalifen waren, fragte der Alte seinen Schüler:

- Welche Frage stelltest du denn dem Buch?

- Ich fragte, was das wichtigste ist, was ein Volk braucht, und was ein Kalif nicht braucht.

- Die Wahrheit, also, - wiederholte wie im Traum der Alte. - Ja, die Wahrheit, die den Armen nützlich ist, kann ein Herrscher nicht gebrauchen.

Teil 1.

Wir wurden immer

betrogen und verraten

Kapitel 1. Geschenker Gaul

„Hilfe“ in der Not (Wahre Erzählung)

Bei einem Bauern ist sein Pferd verendet. Schade. Es war sein einziges Pferd. Von einem verendeten Pferd kann man nur das Fell verkaufen, dafür kriegt man nicht mal eine Ziege. Da kam zu ihm sein reicher Nachbar mit einem seiner Pferde am Zügel:

- Nachbar, nimm mein Pferd. Ohne Pferd bist du verloren.

Der Bauer war anständig, an Geschenke nicht gewöhnt.

- Das geht doch nicht, Nachbar. Deine Felder sind viel größer als meine. Wenn du mir das Pferd gibst, dann werden dir deine anderen nicht ausreichen.

- Na, wenn du so verständnisvoll bist, dann kannst du ja paar Tage pro Woche mit deinem Pferd meine Felder bearbeiten.

Das ist schon eine andere Sache. Unter diesen Bedingungen sei es ihm nicht peinlich, ein solches Geschenk anzunehmen. Etwas mit seinen eigenen Händen abarbeiten – dazu ist ein einfacher Mensch immer bereit. Aber der Bauer liebte Genauigkeit.

- Wieviele Tage sollen das genau sein?

- Nun, wenn man die Fläche deines Feldes berücksichtigt, dann müßte dir für dich selbst ein Tag pro Woche ausreichen. Im schlimmsten Fall kannst du manchmal auch an Ruhetagen noch paar Stündchen für dich arbeiten. Immerhin wirst du, wie früher, ein eigenes Pferd haben.

Der Bauer konnte sich nicht entscheiden. Das Geschenk schien ihm zu teuer zu kommen. Aber was sollte er

tun? Ohne das Pferd würde er für das Bestellen seines Feldes noch mehr Zeit brauchen.

Sie bekräftigten ihre Abmachung durch Handschlag. So wurde der Bauer gezwungen, kostenlos für seinen reicheren Nachbar zu schuften – mit Einsatz seines „eigenen“ Pferdes. Das dauerte ein ganzes Weilchen. So lange, bis er sich wieder ein eigenes Pferd zulegen konnte. Dann gab er dem Nachbarn sein „Geschenk“ zurück. Er sehnte sich zu sehr nach der Möglichkeit, sich wenigstens sonntags immer ausruhen zu können.

„Unser“ Vertreter

Ich erzählte diese Geschichte bei Gelegenheit einem meinen Bekannten. Sie klingt ja nach alten Zeiten. Und er sagte mir:

- Sollte es damals so unverschämte Menschen gegeben haben?

Ich machte eine Pause und sagte ihm dann:

- Solche Menschen haben unser heutiges Gesetz gemacht.

- Da übertreibst du, - sagte er. – Unsere Gesetze sind gar nicht so schlecht. Sie werden leider nur nicht immer eingehalten.

- Siehst du, - antwortete ich. – Daß die Gesetze nicht eingehalten werden, hast du schon bemerkt, aber das, daß sie unverschämt sind, noch nicht. Hast du schon mal das Grundgesetz (GG) gelesen?

- Klar.

- Kannst du dich an den Artikel 38-1 erinnern?

- Da verlangst du aber zuviel. Soll ich jetzt jeden Artikel im Kopf haben?

- Jeden kenne auch ich nicht. Aber dieser ist sehr wichtig. Ich kenne ihn gut. „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages ... sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“

- Genau. Sehr gut gesagt. Ich finde es wunderbar, wenn der Mensch nach dem Gewissen handelt.

- Wenn er nach den Normen des Gewissens handelt, ist es gut. Wenn aber nach seinem eigenem – dann wer weiß.

- Man darf doch nicht jeden im Voraus verdächtigen.

- Wie meinst du, kennen die Mitglieder des Bundestages die Gesetze besser als ich und du?

- Wer weiß. Wahrscheinlich besser?

- Hast du bemerkt, daß sie während der Wahlen jeden Wunsch der Wähler zu erfüllen versprechen?

- Vielleicht nicht jeden, aber meistens versprechen sie es, das ist richtig

- „An Aufträge und Weisungen nicht gebunden...“ Sagen sie jemandem, daß sie an Aufträge nicht gebunden sind?

- Sowas habe ich nicht gehört.

- Sagen sie jemandem, daß sie nicht unsere Vertreter, sondern Vertreter des ganzen Volkes sind?

- Des ganzen Volkes? Vielleicht ist das ja gut.

- Vielleicht ist es gut, aber sie sagen es uns doch nicht?! Kommen wir aber zum Wichtigsten. Wenn sie an unsere Aufträge nicht gebunden sind, sind sie unsere Vertreter oder nicht? Sind sie es?!

- Mensch! Da geht mir ein Licht auf! Du hast Recht. Wir haben sie gewählt, aber sie sind uns nicht

unterstellt. Sie sind unsere Vertreter nicht ...

- Genau. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen, und darum vertreten sie nur sich selbst. Sie vertreten nicht uns, die sie gewählt haben. Und sie kennen dieses Gesetz sehr gut, da kannst du Gift darauf nehmen. Und jetzt frage ich dich – haben sie ein Gewissen? In unserem, allgemeinem Verständnis dieses Wortes? Ihr eigenes tückisches Gewissen haben sie ja, das ist klar. Sie handeln ja auch entsprechend diesem ihrem Gewissen.

- Und warum sind sie angeblich Vertreter des ganzen Volkes?

- Damit wir, die sie ausgewählt haben, sie nicht abberufen, nicht abwählen können.

Eine Weile waren wir beide still. Mein Bekannte überlegte. Aber er war jetzt bereit weiter zuzuhören.

- Das Wort Volksvertreter ist zum Lüge-, zum Täuschungswort geworden. Früher, als man sie ausgedacht hat, mußten sie die Interessen des Volkes vor dem König vertreten. Ihre Bezeichnung als Volksvertreter war berechtigt. Jetzt gibt es die Könige nicht. Vor wem sollen sie unsere Interessen vertreten? Vor sich selbst? Jetzt muß man keinem etwas beweisen. Nimm die Aufträge, die die meisten Wähler vorgeschlagen haben – und mach aus ihnen ein Gesetz. Das tun sie aber keineswegs. Man hat noch nie gehört, daß sie heute die Aufträge besprechen, die sie von den meisten Wählern bekommen haben. Da würde sich aber das Volk freuen, wenn sie so was sagen würden!

- Tja, man bekommt vieles zu hören, aber sowas habe ich wirklich nie gehört. Man bezeichnet sie ab und

zu als Volksvertreter, aber daß sie Aufträge des Volkes beraten, das habe ich nie gehört.

Wir sprachen noch eine Weile über dies und das, und plötzlich platzte er mit noch einer Frage heraus:

- Sag mal, dürfen sie überhaupt Gesetze annehmen, die nicht von unseren Aufträgen ausgehen, ihnen nicht entsprechen?

- Wie meinst du, darf ein Vertreter die Waren seiner Firma unter oder über den festgelegten Preisen anbieten?

- Nur, wenn es im Vertrag vorgesehen ist.

- Genau. Früher, als es noch die Könige gab, konnte es passieren, daß der König oder die Aristokraten sich mit ihrer Meinung durchsetzten. Es konnte also ein Gesetz angenommen werden, der den Aufträgen des Volkes nicht entsprach. Jetzt, weil es nur die Aufträge des Volkes gibt, müssen sie im Prinzip diesen folgen. Ein Recht, eigene Vorschläge auszudenken, hat ihnen keiner gegeben. Sie sind unsere Vertreter – nicht mehr und nicht weniger. Sie vertreten uns nicht, weil wir dumm sind, sondern weil es von uns zu viele gibt.

- Das bedeutet, daß sie überhaupt kein Recht haben, etwas zu entscheiden, wenn es keine entsprechenden Aufträge vom Volk gibt?

- Klar. Der Bundestag hat keine Befugnisse dafür. Alle Gesetze, die den Aufträgen des Volkes nicht entsprechen, haben keine Rechtskraft, weil sie nicht entsprechend dem Willen des Volkes, sondern nach ihrem eigenen Willen angenommen wurden. Das ist Willkür, sie haben dazu keine Befugnisse.

- Und das kommt davon, weil sie das Recht etwas zu entscheiden von uns, vom Volk bekommen, und wenn sie keine Aufträge haben, dann dürfen sie auch nichts entscheiden.

- Genau so und nicht anders.

- Dann haben sie also das Recht des Volkes Vorschläge zu machen, rechtswidrig an sich gerissen. Sie haben die Macht des Volkes usurpiert!

- Solches passiert immer früher oder später, wenn man nur seinem Gewissen unterworfen ist. Erst bilden sie sich ein, sie wären etwas besseres, und danach vergessen sie, wem sie Rechenschaft schuldig sind und handeln nach ihrem eigenen Gewissen, daß nicht dem Gewissen des Volkes entspricht.

- Dann sind sie ja noch unverschämter als der Nachbar des Bauern? Sie sind angeblich unsere Vertreter, wir zahlen ihnen Geld, sie aber handeln nach ihrem eigenen Willen und machen, was sie wollen.

- Bessere „Vertreter“ kann man sich ganz bestimmt nicht ausdenken.

Die Meinungsfreiheit

Du hast die Meinungsfreiheit, ja,
doch besser bist du still.

Vor 200 Jahren machten die Franzosen eine Revolution, änderten alle Gesetze und bekamen die Meinungsfreiheit. Sehr schnell hatten sie die neuen Reichen am Hals. Die Reichen, besonders die Neureichen, scherten sich nicht zu sehr um die Gesetze. Sie beuteten die Armen schlimmer als die Adligen aus. Es ergab sich so, daß in einem Betrieb einer der Franzosen namens Jacques meinte, er müsse von der

errungenen Meinungsfreiheit Gebrauch machen. Er äußerte sich einst darüber, daß es unverschämt sei, so wenig für ihre Arbeit zu zahlen: „Mit diesem Geld kann man keineswegs eine Familie ernähren, es reicht nur aus, um die Qualen des Verhungerns zu verlängern“. Am Abend auf dem Heimweg begegnete ihm eine Schar vierschrotiger junger Männer und fing an ihm das Fell zu gerben. Er wehrte sich aus allen Kräften, versuchte sie abzuschütteln, aber es gelang ihm nicht, aus ihrer Mitte zu entkommen. Er sah sich gezwungen, einen Trick anzuwenden. Er stöhnte kurz auf, „verlor das Bewußtsein“ und fiel auf den Boden. Und wirklich, sie versetzten ihm noch paar Tritte und ließen ihn in Ruhe. Er wartete ab, bis sie sich weit genug entfernten, erhob sich etwas, und rief ihnen friedfertig nach: „Na gut, Jungs, ihr habt mich verprügelt, sagt wenigstens, warum?“

- Du reißt ja wieder dein Maul auf! – antwortete einer von ihnen, und schickte sich an, sich wieder auf ihn zu stürzen.

- Mehr brauch ich nicht wissen, - rief Jacques und verschwand in der nächsten Querstraße.

Am nächsten Morgen erfuhr er, daß er entlassen sei. „Die Meinungsfreiheit haben wir, sicher, - sagte er sich selbst, - Aber es scheint, daß wenn man nicht unbedingt zu einem unbekanntem Märtyrer werden möchte, ist es besser, die Zunge im Zaum zu halten“.

Die Zeiten des Wohlstands begannen in Westdeutschland wieder in weniger als 20 Jahren nach dem Krieg. Alle Arbeiter kauften sich Autos, in manchen Familien wurden sogar zwei oder drei gekauft. Manche kauften so teure, daß die armen

Unternehmer nicht wußten, wie sie bloß zeigen sollen, daß sie doch die viel reicheren sind. Es war für sie schier unerträglich, noch lange solche Zustände auszuhalten. Aber aus jeder Lage, und sollte sie noch so schlimm sein, gibt es einen Ausweg. Man muß sich nur zu helfen wissen. Es fand sich ein kluger Berater – man lud Gastarbeiter nach Westdeutschland ein.

Viele einfache Deutsche begegneten dieser Maßnahme mit Freude, weil die Gastarbeiter schlechter bezahlte, niedriger qualifizierte Arbeit verrichteten. Man konnte sich für etwas Besseres halten als sie. Das ist doch auch schon etwas, nicht? Keiner sah in ihnen eine Gefahr. Was ist schon ein Gastarbeiter? – Er kommt, doch geht auch wieder fort.

Aber ein Jahr verging nach dem anderen – und die Gastarbeiter dachten nicht mal daran fortzugehen. Und es kamen scharenweise immer mehr neue von ihnen. Einige Einheimische fingen an, sich darüber Sorgen zu machen, weil sie bemerkt haben, daß es immer schwieriger wurde, die Erhöhung des Lohns entsprechend den anwachsenden Preisen zu erkämpfen. Es gibt ein schönes arabisches Sprichwort: „Den Gast brauchen wir wie die Luft. Aber nachdem wir eingeatmet haben, muß man doch auch ausatmen!“ Man könnte meinen, daß die allwissenden Reporter entsprechend der Situation dieses Sprichwort an das Licht bringen müßten. Nein, ganz umgekehrt! Mit Hilfe der Kirche, die uns ständig auffordert, auch unsere Feinde zu lieben, wurde ein neues Sprichwort ausgedacht: „Man hat Gastarbeiter eingeladen, es kamen aber – Menschen!“ Wie aber kann man den „Menschen“ die Tür weisen? Die fremden Arbeitslosen wurden immer mehr und mehr, die meisten blieben für

immer. Schon längst hörte man auf, sie als Gastarbeiter zu bezeichnen. Die Kirche kam auch wieder mal zur Hilfe – mit einem neuem Sprichwort: „Wir alle waren einst Immigranten“. Mit Hilfe dieses Sprichworts verwandelte man die angereisten Arbeitslosen fast in unsere nahe Verwandten. Sie in dieser Lage daran zu erinnern, daß sie endlich nach Hause gehen müssen, wurde einfach unmöglich. Die Deutschen aber bezeichnete man dafür in vielen Ländern als Dummköpfe. Die gleiche Meinung sprechen sogar selbst die anströmenden Immigranten aus. Die Türken äußerten sich auf ihren 1. Mai-Demonstrationen (in Deutschland!) noch viel deutlicher: „Deutschland wird Türkei!“ Diese Schlagzeile skandierten sie bis zur Heiserkeit. Man rechnete in den türkischen Zeitungen das Jahr aus, wann es in Deutschland mehr Türken als Deutsche geben wird. Dann wird in Deutschland der Kanzler ein Türke sein. Die Politiker, denen es wurst ist, was aus Deutschland wird, flüsterten ihnen ins Ohr: „Macht euch keine Schwierigkeiten! Wartet ab, bis eure Stunde schlägt!“

Viele einheimische Deutsche, die sahen, wie ein Obstgarten nach dem anderen in türkische Hände übergeht, wie ganze Häuser, ganze Wohnviertel und sogar ganze Stadtteile nur von Türken besetzt werden, fingen an, sich Sorgen zu machen. Es ist eine Sache, wenn die Fremden als Touristen kommen, und was ganz anderes, wenn sie für immer bleiben. Aber denen, die deswegen ihre Unzufriedenheit zeigten, gab man sofort unmißverständlich zu verstehen, daß sie *fremdenfeindlich* seien, und zwar in einem solch vorwurfsvollem Ton, daß man meinen könnte, ein schlimmeres Verbrechen gebe es gar nicht. Auf diese

Weise verstopft man den Menschen den Mund und entzieht ihnen die Meinungsfreiheit, man ist sogar so frech, daß man auf eine mögliche Bestrafung hinweist. Wer dieses Ereignis viel klarer definiert: „Man nimmt uns/Die Türken nehmen uns die Heimat weg!“, beschuldigt man der Volksverhetzung (§130 StGB). Die Tatsache, daß in diesem Fall (im Falle einer Volksverhetzung) mindestens eine Verleumdung vorhanden sein muß, ignoriert man einfach.

Die Richter sind dreist, die Staatsanwälte frech. Darüber, ob die ausgesprochene Meinung des Beschuldigten der Wahrheit entspricht, verliert man kein einziges Wort. Das Gesetz bestraft auch die Wahrheit, wenn sie „gegen die Fremden“ gerichtet ist. Tausendmal frecher sind die Medien. Sie lesen keine Gesetze, sie machen sie. Die von den Medien aufgedrängte „öffentliche Meinung“ hat Vorrang vor dem Gesetz und vor der Meinungsfreiheit. Nicht die Gesetze selbst, die Meinung der (fremdgesteuerten?) Medien wird zum Gesetz.

Wenn man die Meinungsfreiheit unterdrücken muß, gibt es keinen Mangel an arglistigen Menschen, die einem das Wort im Mund umdrehen. Sie teilen uns mit, daß das Wort Heimat keine bestimmte Menge bezeichnet, es ist kein Stück Brot, das groß genug sein muß. Auch wenn du die Heimat mit Fremden teilen mußt, wirst du nicht heimatlos, du hast immer noch deine Heimat. Nur wenn du aus deiner Heimat verjagt wirst, hast du einen Grund dich zu beklagen. Außerdem passiert nichts Schlimmes, wenn man Deutschland irgendwann anders nennen wird. Viele Völker haben

ihren Namen gewechselt oder sind sogar einfach verschwunden.

Die Welt hört dadurch nicht auf, auch weiter zu bestehen.

Sie meinen, das ist übertrieben, daß keiner sowas gesagt hat?! Dies ist aber schon ein Lehrfach in der Schule – eine Abneigung, ein Haß gegen den Patriotismus. Gegen den deutschen Patriotismus. Allen anderen ist Patriotismus erlaubt.

Die arbeitslosen Immigranten braucht die Wirtschaft, also die Reichen. Darüber spricht man schon ganz offen. Nur werden die Arbeitslosen dabei als Arbeiter oder als Arbeitskräfte bezeichnet. Wofür braucht man sie in die Zeiten der hohen Arbeitslosigkeit? Um die Arbeitslosigkeit weiter zu fördern. Höher und noch mal höher! Je höher die Arbeitslosigkeit, desto weniger muß man für die Arbeit bezahlen, desto höher ist der Gewinn der Reichen und Superreichen.

Man begründet die Notwendigkeit der ausländischen „Arbeitskräfte“ (also der ausländischen Arbeitslosen) mit allem Möglichen, nur nicht mit dem Wunsch des Lohndrückens. Um den Einzelnen den Mund zu stopfen, beschneidet man dem ganzen Volk die Meinungsfreiheit. Man darf nicht *fremdenfeindlich* sein, man darf keine *Volksverhetzung* betreiben, man darf nichts Positives über das sagen, was in der Zeit der „Nazis“ war. Der Grund der Verbote ist nie ein ideologischer: Man darf den Reichen nicht hindern, das Volk auszubeuten.

In der Nazizeit war der Wucher verboten. Die Wiedereinführung dieser **demokratischen** Maßnahme würde die Gewinne der Konzerne schmälern.

Verbieten! Der angebliche Grund: Man darf die Nazis nicht glorifizieren. *Verbieten!* In allen diesen Fällen wird die Meinungsfreiheit beschränkt, die Wahrheit verboten.

Wenn die Wahrheit den Reichen hindert, Wucher zu betreiben, wird sie zum Verbrechen. Aber direkt sie zu verbieten, haben sie nicht den Mut, darum wird sie zuerst in eine *fremdenfeindliche* Äußerung verwandelt und dann verboten. Auf diese Weise verbietet man angeblich nicht die Wahrheit, sondern nur die Fremdenfeindlichkeit.

Man hat es schon so weit getrieben, daß man uns ganz offen vorschreibt, was wir lieben dürfen, und was nicht. Alles, was in der Nazizeit war, darf man nicht lieben. Die Nazis waren schlecht. Gut, angenommen. Aber der „ganz normale“ Kapitalismus hat auch sehr schlimme, hat sogar scheußliche Eigenschaften. Warum verbietet man uns nicht, den Kapitalismus zu loben?!

Denkt euch nur mal hinein: Man schreibt uns vor, was wir lieben dürfen, und was nicht! Was wir loben dürfen und was nicht! Das ist ja schlimmer, als die Meinungsfreiheit zu verbieten. Wir dürfen ja nicht mal eine Meinung haben! Wir dürfen ja nicht mal denken! Uns wird vorgeschrieben, das Kind mit dem Bade auszuschütten, weil das Wasser, sehen Sie, schmutzig (geworden) ist.

Mit dem Aufkleben von falschen Bezeichnungen, mit dem Umdrehen des Sinns der Wörter wie „fremdenfeindlich“, „Volksverhetzung“, „Nazi“ werden die Menschen so irritiert, so verunsichert, daß sie nicht mehr imstande sind, schwarz von weiß zu unterscheiden, klar denken zu können. Wenn man das Problem der Arbeitslosigkeit anspricht und als einen

der Gründe das Einwandern von Ausländern erwähnt (800.000 pro Jahr!), schirmen sie sich sofort von allem ab, können nicht mehr denken, und antworten panisch: „Mensch, Sie sind ja fremdenfeindlich!“, so, als ob man von der Pest befallen wäre, so, wie man etwa sagt: „Du bist wohl nicht bei Trost!“ Wer aber nicht bei Trost ist, das sind gerade diese Menschen. Sie sind „zombiert“, jedem nicht medialen Gedanken abgewandt, sie können keinen (abweichenden) Gedanken, kein Argument verarbeiten. So weit führt das ständige Verdrehen des Sinns der Wörter, die tagtägliche Lügenpropaganda der fremdgesteuerten Medien.

Die Regierung hat nach dieser Verblödungsarbeit der Medien ein leichtes Spiel. Es scheint, daß wir bald anstelle der Meinungsfreiheit das Recht aufs Schweigen bekommen. Dieses Recht werden wir in vollem Maße nutzen können, ohne jede Begrenzung.

Gleichberechtigung

Alle Tiere sind gleichberechtigt, aber wir, Schweine,
sind die gleichberechtigtesten.
George Orwell

Großzügig schenkte man uns die Gleichberechtigung.
Wir alle sind gleich vor dem Gesetz.

Aber:

Die Richter haben mehr Rechte.

Die Rechtsanwälte haben mehr Rechte.

Die Staatsanwälte haben mehr Rechte.

Unsere Volksvertreter haben mehr Rechte.

Der Präsident hat mehr Rechte als die einfachen
Volksvertreter.

Der Kanzler hat mehr Rechte als die einfachen Volksvertreter.

Haben wir die Gleichberechtigung? Nein.

Warum? Damit die Reichen mehr Rechte haben, damit sie uns unbegrenzt ausbeuten können.

Wie wird das bewirkt?

Die wichtigste Macht (die maximalen, die entscheidenden Rechte) hat der Gesetzgeber (der Bundestag). Er macht für alle die „Spielregeln“. Er kann uns die Meinungsfreiheit geben und kann sie uns abnehmen. Er nimmt Einfluß auf die Arbeitslosigkeit, verbietet oder erlaubt die Immigration, verbietet oder erlaubt die Ausfuhr des Firmenkapitals. Er führt ein oder schafft ab die Steuern, legt fest die Höhe der Vergütung für seine eigenen unschätzbaren Leistungen.

Aber auch im Bundestag haben nicht alle die gleichen Rechte. Verschiedene Gesetze und Regeln sorgen für die Ungleichheit der Rechte (Ungleichberechtigung) der Mitglieder des Bundestags (MdB).

Man meint, daß die Mehrheit der Plätze einer (politischen) Partei ihr das Recht und die Möglichkeit des Regierens, also zur Umgestaltung der Gesetze geben. Allein diese Gewißheit, die ganz offen ausgesprochen wird, beweist, daß die MdB nicht nach „ihrem Gewissen“ entscheiden können. Vielmehr sind sie verpflichtet, nach dem „Gewissen“ des Fraktionsvorsitzenden zu entscheiden. Gerade darum, damit sie die Möglichkeit haben können, sich dem „Gewissen“ des Fraktionsvorsitzenden zu unterwerfen, wurden sie von der Notwendigkeit befreit, sich dem

Willen (dem Wunsch, dem Auftrag) ihrer Wähler zu unterwerfen (s. Abschnitt „„Unser“ Vertreter“, S. 9). Wir können uns davon überzeugen – alles ist in wechselseitiger Verbindung, alles ist vorgesehen. Nichts wurde aus Dummheit oder infolge eines Irrtums gemacht.

Aber die Möglichkeit dem „Gewissen“ des Fraktionsvorsitzenden Folge zu leisten ist noch keine Pflicht. Den „Volksvertreter“ muß man noch dazu zwingen. Der Zwangsmechanismus ist sehr einfach, rein ökonomischer Art. Wenn der MdB ungehorsam wird, dann wird er das nächste mal in die Wahllisten der Partei nicht eingetragen, was praktisch auch garantiert, daß er nicht mehr gewählt wird. Also wird er seine 12.000 € pro Monat verlieren und viele andere Vorteile. Wer ist dazu bereit?

Außerdem, gibt es viele andere Druckmittel, die ermöglichen dem ungehorsamen MdB sein Mandat noch vor den neuen Wahlen abzunehmen. Er weiß auch ganz gut, daß er nur dank seinem mehrjährigen Gehorsam MdB geworden ist. Einer von der Straße, der sich noch nicht bewährt hat, kommt nicht auf die Wahlliste einer etablierten Partei.

Ein MdB oder MdL wird immer überwacht. Soll er einen nicht vorgesehenen Schritt machen – sofort läuten die Alarmglocken, und wenn er sich für seinen Ungehorsam nicht sofort demütig entschuldigt, dann ist die Hölle los, und als erstes versucht man ihn aus den hochdotierten Reihen der MdB bzw., der MdL zu vertreiben. Erinnern wir uns nur an die nicht so weit in der Vergangenheit liegenden Fälle Hohmann oder Möllemann.

Die Wahlen, die Debatten im Bundestag, - das alles ist nur Theater, dient nur zur Täuschung der Leichtgläubigen. Wer auf einen hohen Posten gewählt wird – ist immer im Voraus bekannt. Wir alle haben mehrmals den schon längst zum Klischee gewordenen Satz gehört: „Morgen wird Herr X (Herr Mustermann) zum Vorsitzenden gewählt“. Wer zum nächsten Ministerpräsident eines Landes „gewählt“ wird, ist oft ein halbes Jahr oder auch ein Jahr vorher/zuvor bekannt. Wer aber zum Kanzler wird – ist schon ein paar Jahre bekannt. Da ist alles klar. Wenn das Ergebnis der Wahlen im Voraus bekannt ist, dann wird die Wahl zu einer Verspottung der Regeln, zu einer Farce. Es ist auch klar, daß man die, die gewählt werden, nach der Wahl nicht mehr kaufen muß, sie wurden schon lange bevor der Wahlen gekauft.

Dies alles führt dazu, daß über den Inhalt der wichtigsten Gesetze nur ein paar Menschen entscheiden. Und wer sie sein werden – dies entscheiden die Reichsten. Sie zahlen – und sie bestellen die Gesetze.

Und gerade um das zu ermöglichen, braucht man die Ungleichheit der Rechte.

Wir sehen, daß alle Gesetze, die zugunsten der Reichen verletzt werden können, auch verletzt werden; sie sind von vornherein nur eine Täuschung - ein „geschenkter Gaul“.

Brüderlichkeit

Ich gab das oben Niedergeschriebene einem meiner

guten Bekannten. Er las es durch und sagte mir:

- Da fehlt noch etwas.

- Was fehlt? Was meinst du?

- Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung, Brüderlichkeit. Ist doch logisch?

- Meine Logik war eine andere. Ich schreibe über Gesetze. Gesetze über die Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung gibt es. Gesetze über die Brüderlichkeit gibt es nicht.

- Überhaupt nicht?

- Ich kenne keine. Es gibt ein paar Gesetze, die man in diese Richtung deuten könnte.

- Na siehst du. Das ist doch schon was. Kann eine vernünftige Gesellschaft ohne Brüderlichkeit existieren?

- Eine vernünftige wahrscheinlich nicht.

Ja, wirklich, mein Freund hat recht. Die Menschen wollten schon immer auch die brüderlichen Beziehungen haben. Die ersten Könige waren so etwas wie ältere Brüder. Immer wieder werden Bruderschaftsvereine gegründet.

Wenn alle Brüder sind, haben auch alle die Meinungsfreiheit. Wenn alle Brüder sind, sind auch alle gleichberechtigt. Aber die Meinungsfreiheit und die Gleichberechtigung sind nicht ausreichend, damit alle miteinander brüderlich umgehen. Da fehlt noch etwas. Richtige Brüder teilen und helfen einander.

- Im GG gibt es den Artikel 14(2). Er lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, - sagte ich nach einer Weile.

- Ja, den kenne ich. Du meinst, daß er eine Art

Brüderlichkeit ausdrückt?

- In gewissem Sinne. Aber „soll“ ist kein „muß“.

- Dieser Artikel wird aber manchmal eingesetzt, um nicht sehr reiche noch ärmer zu machen. Z.B., wenn eine neue Straße durch jemandes Grundstück gehen muß.

- Ich spreche nur davon, wie dieses Gesetz gedeutet werden kann, nicht wie es gedeutet wird.

- Ja, ich verstehe.

- Das Gesetz klingt wunderbar, fast so gut, wie der Art. 38(1) - auf den ersten Blick. Irgendwelche positive praktische Folgen dieses Artikels sind mir unbekannt. Das ist vermutlich kein Gesetz, sondern nur ein täuschender Lufthauch. Man könnte aber mindestens vermuten, daß es gegen die Wucherpreise eingesetzt werden kann.

Im Bürgerlichen Gesetzbuch gibt es ein Gesetz, das *angeblich* gegen den Wucher gerichtet ist:

„§ 138 Sittenwidriges Rechtsgeschäft;

Wucher. (1) Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.“

Mit Hilfe dieses Gesetzes kann man einen Vertrag kündigen (nutzt ihnen das was?) aber den Wucherer zur Rechenschaft ziehen kann man damit nicht. Auch dieses Gesetz ist nur ein Lufthauch. Darum verkaufen viele Firmen (Telekom, Pharmaindustrie, Autohersteller und viele andere) ihre Waren oft für den 10-fachen (mal mehr, mal weniger) Herstellungspreis. Gewinnspanne – 1000 Prozent!

Sicher, eine solche Gewinnspanne hat mit der Brüderlichkeit nichts zu tun.

Das Wort „Brüderlichkeit“ greift in das Allerheiligste ein, in das Eigentumsrecht. Es kann keine Brüderlichkeit geben, wenn das Eigentumsrecht nicht drastisch begrenzt wird. Die Könige, die als eine Art ältere Brüder angefangen haben, verwandelten sich selbst mit der Zeit in etwas Besonderes, in Auserwählte Gottes („König in Gottesgnaden“) und trieben es soweit, daß sie sich zu Eigentümern ganzer Länder erklärt haben. Zu ihrem Eigentum gehörten sogar alle Bewohner dieser Länder. Und weil sie dieses Recht nicht erklären konnten, bezogen sie sich auf die Gnade Gottes. Die meisten Könige wurden gestürzt gerade weil sie nicht brüderlich zu ihren Untertanen waren.

- Wie meinst du, haben die Gesetze zur Unterstützung der Arbeitslosen eine Beziehung zur Brüderlichkeit?

- Ganz bestimmt nicht. Man könnte sie als Zwang zur Brüderlichkeit zwischen Arbeitenden verstehen, aber zur Brüderlichkeit müssen ja die großen, nicht die kleinen Brüder gezwungen werden. Noch mehr ist das durch die Existenz der Gewerkschaften bemerkbar. Sie wurden ja gerade darum gegründet, um der Macht der „großen Brüder“ zu widerstehen.

Gerade sie müssen zur Brüderlichkeit gezwungen werden, und gerade sie machen das Umgekehrte: Sie erzwingen die Annahme von Gesetzen, die gegen die Brüderlichkeit gerichtet sind.

Nehmen wir Bill Gates. Er erreichte, daß seine Produkte, seine Software, die man kauft, nur auf einem Rechner eingesetzt werden dürfen. Wenn sie 10 Rechner (Computer) haben, müssen sie 10 gleiche Programme kaufen. Kopieren dürfen sie sie nicht. Man

darf sie nicht mal ändern.

Das ist eine ganz neue Sicht des Eigentums.

Alle von ihm eingeführten Gesetze dienen nur einem – seiner noch schnelleren Bereicherung. Der Gesellschaft sind sie keinesfalls dienlich.

Multimilliardäre haben mehr Macht als viele frühere Könige. Ihr Eigentumsrecht ist auch nicht mehr begründet als das der Könige. Die Könige haben rechtswidrig Bedingungen geschaffen, die sie reich und mächtig machten. Das gleiche machen die Firmenbesitzer. Nur mit Einsatz ihrer eigenen Hände können sie nicht unermesslich reich werden. Sie beuten die Gesellschaft aus. Und wenn sie genügend reich geworden sind, versuchen sie selbst die Gesellschaft, die in ihr herrschenden Verhältnisse, zu ihren Gunsten zu ändern. Das darf man nicht zulassen. Das kann man aber nur dann, wenn die Macht jedes Reichen begrenzt wird.

Die Reichen haben ein ganz anderes Verständnis der Gerechtigkeit, das sie nicht wagen der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Das ist ein undemokratisches, ein diktatorisches Verständnis. Aus diesem folgt, daß man die Berührung der Reichen mit der Gesetzgebung nicht zulassen darf. Das bedeutet, daß (s) man weder Gesetze zugunsten der Reichen noch zugunsten der Firmen machen darf. (Gerade dieses Ziel – die Förderung der reichsten Firmen – ist das Hauptziel der EU Verfassung).

Die Firmen darf man nur soweit fördern, solange dies gleichzeitig der Förderung der ganzen Gesellschaft dient. Das Volk ist interessiert an Gesetzen der

„Goldenen Mitte“. Es ist kein Feind des Unternehmertums. Es kann und muß wirklich nur brüderliche Beziehungen anstreben. Die Förderung der Firmen ohne Berücksichtigung der Interessen des Volkes ist keine Förderung der Brüderlichkeit, keine Förderung der Demokratie.

Der Satz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ darf nur im demokratischem Sinne verwendet werden. Im gegenteiligen Fall wird er zum Ausdruck der Ironie, zur Heuchelei.

Ein Mitgefühl für das Schicksal der Armen ist den Reichen nicht eigen. Sie muß man zur Brüderlichkeit zwingen. (Die Almosen für Bettler, die sie zum Wahren des Scheins ihrer Güte verteilen, sind nur ein unbedeutender winziger Teil von dem, was sie tagtäglich durch die Ausbeutung einnehmen). Wenn es uns nicht gelingt, die Reichen mindestens zu halbwegs brüderlichen Beziehungen zu zwingen, zwingen sie uns zu bitterer Armut.

Kapitel 2.

Die Wahrheit muß einigen wehtun

Ein Märchen über das erste Gesetz einer Königin

Nicht immer haben Könige schöne Töchter. Es gab einst einen König, dessen Tochter sehr häßlich war. Das betrückte den König, machte die Prinzessin traurig und den königlichen Rat besorgt. Je trauriger die Prinzessin wurde, desto schlimmer wurde die Stimmung bei Hof. Die Prinzessin wollte heiraten. Wohlgeborene Bräutigame mieden den Hof des Königs. Nicht mal die Bauernmädchen beneideten die häßliche Prinzessin. „Es ist besser, ein Bauernmädchen zu sein als eine häßliche Prinzessin“, - meinten sie. Für die jungen adeligen Männer wurde zur Pflicht, auf jedem Hofball zu erscheinen. Sie tanzten alle mit der jungen Prinzessin, aber keiner tat es mehr als einmal pro Abend. Auch mit den Komplimenten tat man sich sehr schwer.

Die Prinzessin wurde älter. Langsam kam sie zu der Überzeugung, daß man die Männer nicht zwingen konnte sie zu lieben. Das wollte sie auch nicht. Der königliche Rat kam auf den Gedanken, daß die Prinzessin Zerstreung brauchte. Vielleicht wäre es nicht schlecht für sie zu sehen, wie man im Ausland lebt?

Aber sollte auch das Ausland erfahren, wie häßlich die Prinzessin war? Die königlichen Räte schlugen vor, die Prinzessin solle eine Reise inkognito machen als eine reiche junge Gräfin.

Dieser Gedanke gefiel allen, auch der Prinzessin. Weil aber junge Damen nicht alleine reisen dürfen, wurde

einem Offizier befohlen, sie als angeblicher Bruder zu begleiten. Und los ging es.

Die Reise dauerte ganze zwei Jahren. Die Prinzessin bekam vieles zu sehen und wurde eine richtige Dame. Fast alle Länder, die sie besuchte, gefielen ihr. Von Frankreich war sie begeistert. Sie eignete sich sogar die höflichen französischen Manieren an. Dort wollte sie noch länger bleiben, aber sie bekam die Nachricht, daß der König ernsthaft erkrankt sei und eilte zurück. Sie fand ihren Vater im Bett. Er war noch am Leben, aber sehr schwach. Nach drei Monaten starb er.

Die Königin liebte ihre Tochter und wollte, daß sie Herrscherin des Landes werde. Immerhin, sie hatte die halbe Welt bereist und viel gesehen.

Die neue Königin begriff sehr bald, daß sie nicht nur das ganze Land bekommen hatte, sondern auch das Recht, ihre Untertanen zu bevormunden, also neue Gesetze zu schaffen. Sie war immer noch von Frankreich begeistert und wollte, daß auch in ihrem Land feine Manieren herrschen. Und sie befahl, dass ab heute sich keiner erlauben dürfe, etwas Unangenehmes über einen anderen zu sagen. Darauf stand die höchste Strafe – bis fünf Jahren Kerker. Ab jetzt dürfte man keinem im Lande etwas Beleidigendes sagen, schon gar nicht etwas Verächtliches.

Klar, man könnte sich darüber lustig machen, aber würde das nicht der Königin unangenehm sein? Würde man sie damit nicht beleidigen und sogar verächtlich machen? Und alle sagten:

- Unsere Königin ist eine sehr gute Frau. Sie will, daß wir alle besser werden, daß wir gute Manieren

bekommen.

Als erster hat das neue Gesetz ein Bauer verletzt, dem ein Dieb seine Gans stehlen wollte. Er ertappte ihn, packte seine Gans am Bein und wollte einen Lärm machen, damit ihm andere Leute beistehen könnten.

- Tss, - sagte der Dieb. – Du hast mich einen Dieb genannt, noch ein bißchen, und du hättest mich damit beleidigt. Ich habe nur Hunger. Was ist schon eine Gans? Du willst doch nicht deswegen für fünf Jahren in den Knast?

Der Bauer war so überrascht, daß er das Bein der Gans losließ, und der Dieb ging einfach mit der Gans unter dem Arm ruhig weg.

Der Bauer erzählte den Vorfall seiner Frau.

- Du hast ihn Dieb genannt? Aber vielleicht war er wirklich nur hungrig und hat vorher noch nie gestohlen?

- Auch wenn es das erste Mal war, ist er doch ein Dieb!

- Das könnte ihm unangenehm sein, er könnte beleidigt sein, du könntest ihn damit verächtlich machen, - sagte sie nachdenklich. Und dann schrie sie plötzlich auf:

- Du könntest dafür fünf Jahre Knast bekommen! Was würde ich dann alleine mit den Kindern machen?

- Gerade das hat mich abgehalten, einen Lärm zu machen und den Dieb Dieb zu nennen.

Solche Fälle mehrten sich. Die Diebe wurden immer dreister. Ein alter Mann, der auch einen erwischt, und seinen Frust ganz deutlich ausgesprochen hat, mußte es

sich gefallen lassen, dass der Dieb ihm noch den goldenen Ring vom Finger abzog. Dafür versprach der Dieb zu schweigen und sich nicht beklagen, daß er als Dieb beschimpft wurde.

- Du hast mich sehr beleidigt. Mich hat noch nie jemand einen Dieb genannt.

- Man hat dich vielleicht auch noch nie ertappt.

- Früher mußte ich vorsichtiger sein. Jetzt macht es mir Spaß, erwischt zu werden. Deinen Ring kann ich gut verkaufen. Danke.

Und so ging es weiter, Tag für Tag. Keiner wußte, wie er sich helfen soll. Die Diebe aber wurden immer frecher. Am hellsten Tage führten sie einem die Kuh, dem anderen das Pferd weg. Ein sehr gut gekleideter Herr, vielleicht ein adeliger, stahl der Königin die Krone vom Kopf. Alle waren empört. Aber keiner wußte, wie man in angenehmer Form sagen kann, daß der Dieb so gütig sein soll, der Königin die Krone zurückzugeben. Keiner wußte, ob man ihn überhaupt Dieb nennen dürfe. Vielleicht sagt man doch besser „gnädiger Herr“?

Der Offizier, der während der Reise der Prinzessin sie als angeblicher Bruder begleitet hat, und schon sehr geschickt seine gute Manieren zum Vorschein bringen konnte, zog einfach sein Säbel und hackte dem Frechen die Hand ab.

Er reichte der Königin die Krone zurück mit den Worten:

- Ich habe ihn weder beleidigt, noch verächtlich gemacht, ich habe ihm nichts Unangenehmes gesagt. Aber hätte ich ihm das sagen können, hätte der gute Mann seine Hand behalten können. Mehr sogar, er wäre

vielleicht nie auf den Gedanken gekommen etwas zu stehlen.

So kam sie heraus, die Meinung über das erste Gesetz der neuen Königin.

Sie stand da und wußte nicht, was sie sagen sollte. Ihr häßliches Gesicht wurde ganz rot. Es wurde davon noch häßlicher. Der Offizier verstand, daß es ihm um Hals und Kragen gehen kann. Er war zwei Jahren mit der Königin im Ausland zusammen. Er kannte sie gut. Und er sagte ihr:

- Jeder macht mal einen Fehler. Ich weiß, daß Sie eine sehr gütige Frau sind, mit edlen Absichten. Auch Euer erstes Gesetz beweist das. Darum gebe ich Ihnen nicht nur Ihre Krone zurück, sondern biete Ihnen auch meine Hand und mein Herz an.

Bei diesen Worten wurde die Königin noch mehr rot. Aber sie wurde dabei nicht häßlicher. Und sie sagte ihrem Leibarzt:

- Helfen Sie bitte dem Verwundeten.

Noch vor der Hochzeit wurde der Inhalt des Gesetzes der Königin vervollständigt. Zu dem vorhandenen Gesetzessatz kamen folgende Worte hinzu:

„...wenn es keinem schadet oder der Wahrheit nicht widerspricht“.

Das Land atmete auf. Jeder dürfte wieder eine üble Sache mit entsprechenden Worten bezeichnen. In allen anderen Fällen sagte man auch weiter nur angenehme Wörter zueinander.

Ab diesen Tag besprach die Königin alle wichtigen Angelegenheiten mit ihrem künftigen Ehemann, der sich als kluger und vorsichtiger Berater erwies und bald

König wurde.

Die Königin wurde nie eine Schönheit, aber ihr Gesicht wurde von Jahr zu Jahr angenehmer. Sie gebar zwei Kinder, und in deren Augen war sie die schönste Frau der Welt.

Ein sittenwidriges Gesetz – aus unserem Leben

Wo die Gewalt herrscht,
hat die Vernunft jedes Recht verloren
Sprichwort

Man sagt, auch ein Märchen kann lehrreich sein. Wir konnten auf unterhaltsame Weise erfahren, daß ein schön klingendes Gesetz ganz schlimme Folgen haben kann. Ein Gesetz will überlegt sein. Stellen Sie sich aber vor, daß dieses Gesetz ein heimlicher Freund der Diebe vorschlagen könnte? Dann hätten wir ein Beispiel, wie unter dem Vorwand der Sittenverbesserung der Diebstahl begünstigt wird. Einen ähnlichen Fall hatten wir schon – den Art. 38-1 des GG. Unter dem Vorwand, daß die Abgeordneten nur nach ihrem Gewissen handeln dürfen, wurde dem Volk das wichtigste Recht, das Recht der Gesetzgebung, weggenommen. Die Vertreter des Volkes wurden in angebliche Vertreter verwandelt, die das Recht bekamen, sich jedem unterzuordnen, der es schafft, sie von sich abhängig zu machen (s. Abschnitte – „„Unser““ Vertreter“, S. 9 und „Gleichberechtigung“, S. 20). Das Volk wurde auf eine heimtückische Weise entmündigt und entrechtet. Dafür bekamen wir die Gewählte oder Auserwählte „Volksvertreter“. Zu wirklichen Auserwählten, zu Überberechtigten, wurden ihre Hintermänner, die Reichen, die Hochfinanz.

Weil aber diese Entrechtung im Artikel 38-1 des GG verschleiert dargestellt ist, müssten noch andere Gesetze her, die es direkter ausdrücken. Eines von diesen Gesetzen ist der § 130 StGB.

In Deutschland gibt es Gesetze gegen die üble Nachrede (§ 186 StGB) und gegen die Verleumdung (§ 187 StGB). Schon diese zwei Gesetze überschneiden sich in gewissem Sinne, weil eine üble Nachrede auch eine Verleumdung sein kann. Auf jeden Fall kann sich jeder und jede Gruppe dank diesen Gesetzen von einer üblen Nachrede und einer Verleumdung geschützt fühlen. Aber dem Gesetzgeber schien das zu wenig zu sein, und er schuf in den 60-er Jahren das Gesetz gegen die Volksverhetzung, den berühmten § 130 StGB. Es hat einen Sinn, mindestens den ersten Teil des Gesetzes hier anzuführen:

§ 130 Volksverhetzung. (1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören

1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder
2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Das erste, was einem auffällt, ist die Ungenauigkeit der Formulierung des Gesetzes.

Was bedeuten die Worten „in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören“? Muß man da

schreien, eine Theaterveranstaltung machen oder Flugblätter verteilen? Oder reicht es schon, mit einem Bekannten oder auch Unbekannten über einen „Teil der Bevölkerung“ zu reden?

Was ist eine Störung des öffentlichen Friedens?

Ist das eine unerlaubte Demonstration? Ein zu großer Lärm? Eine verpestete Luft?

Was ist ein „Teil der Bevölkerung“? Sind das mindestens 10, 100 oder 1000 Menschen? Oder ist das ein Teil, der bestimmte Merkmale hat?

Kann man jemand verächtlich machen, ohne dabei böswillig zu sein?

Kann man eine schlimme Tat so zur Sprache bringen, daß man die Täter (ein „Teil der Bevölkerung“) dabei nicht verächtlich macht?

Nirgendwo, in keinem Wörterbuch, kann man eine genauere Definition der in diesem Gesetz eingeführten neuen Begriffe finden.

Der Bundestag ist ganz bestimmt ein „Teil der Bevölkerung“. Wenn man sagt, daß der Bundestag die Wünsche des Volkes nicht berücksichtigt, stachelt man dann gegen ihn auf? Macht man sich damit der Volksverhetzung schuldig?

Macht man sich dann der Volksverhetzung schuldig, wenn man sagt, daß der Zentralrat der Juden ständig versucht, die Regierung zu bevormunden? Auch der Zentralrat der Juden ist höchstwahrscheinlich ein „Teil der Bevölkerung“.

Wenn man sagt, daß es im Land schon mehrere Millionen Arbeitslose gibt, und doch lockt „die Wirtschaft“ jährlich neue Hunderttausende Arbeitslose ins Land, „stachelt“ man dann gegen die Regierung,

gegen „die Wirtschaft“ oder gegen die „Fremden“ auf?
 Wann sagt man seine Meinung, und wann „stachelt“
 man auf? Wo ist die Grenze?
 Kann die Wahrheit ein „Stacheln“, eine
 Volksverhetzung sein?

In den §§ 186 und 187 ist die Grenze der Strafbarkeit
 scharf zwischen Wahrheit und Lüge (Verleumdung)
 gezogen. Im § 130 StGB gibt es diese Grenze nicht.
 Bestraft wird beides gleichermaßen, die Wahrheit und
 die Lüge, wenn jemand die „Teile der Bevölkerung
 beschimpft, böswillig verächtlich macht *oder*
 verleumdet“.

Dieses Gesetz ist unvergleichlich härter als diejenigen
 nach den §§ 186 und 187. Dort, um bestraft zu werden,
 muß man etwas Unwahres, anders gesagt, etwas
 Verleumderisches behaupten.

Hier aber ist ausreichend, wenn man „Teile der
 Bevölkerung“ einfach beschimpft. Das, was man dabei
 sagt, kann die pure Wahrheit sein. Sie zu verleumden,
 ist nicht notwendig.

Es ist auch völlig ausreichend, wenn die Wahrheit über
 ein „Teil der Bevölkerung“ diesen Teil „verächtlich
 macht“. Wenn man Dieben sagt, daß sie Diebe sind, das
 macht sie doch verächtlich? Oder wenn man einer
 Gruppe Politiker sagt, daß sie ihre Wahlversprechungen
 nicht eingehalten haben? Macht man sie damit nicht
 verächtlich?

Der § 130 ist eine Steigerung der
 Bestrafungsbedingungen ins Ungerechte. Eine
 Bestrafung für eine „üble Nachrede“ oder für eine

„Verleumdung“ findet jeder gerecht. Eine Bestrafung für eine Äußerung, die keine Lüge und keine Verleumdung ist, kann man ohne weiteres nicht als eine gerechte empfinden. Das ist eindeutig ein Verbot der Wahrheit, der Meinungsfreiheit. Wenn man behauptet, daß der Bundestag die Wünsche des Volkes nicht berücksichtigt, macht man ihn damit „verächtlich“? Sehr möglich. Aber wenn das die Wahrheit ist? Klar, kann jedes Gericht behaupten, daß dies *nicht* die Wahrheit ist. Aber wenn wir das Volk befragen, wie wird dann die Meinung sein?

Was ist, wenn man das Entsprechen der Wahrheit der Äußerung beweisen kann?

Der § 130 verlangt nicht, daß die Äußerung falsch oder verleumderisch sein muß, es reicht aus, wenn sie ein „Teil der Bevölkerung“ in Augen des Richters oder des Staatsanwalts böswillig verächtlich macht. Also lässt § 130 wirklich zu, daß jemand für eine wahrheitsgemäße Äußerung bestraft wird!?

Dieses Gesetz ist sittenwidrig. Es verbietet die Meinungsfreiheit.

Nicht nur das. Es gibt ein Prinzip, daß ein Gesetz dem anderen nicht widersprechen darf. § 130 widerspricht nicht nur dem Gesetz über die Meinungsfreiheit, es widerspricht auch den §§ 186 und 187. Dort steht schwarz auf weiß: „wenn nicht die Tatsache erweislich wahr ist“ und „eine unwahre Tatsache behauptet oder verbreitet“. Bestraft wird nur dann, wenn die Äußerung nicht wahr ist. Dies entspricht den Sitten. Dies ist gerecht.

Im § 130 wird das Wort Wahrheit oder ein entsprechendes Wort überhaupt nicht erwähnt. Darum

ist er sittenwidrig, er bestraft den Mutigen, der eine üble Tat beim richtigen Namen nennt. Er bestraft den Willen Gerechtigkeit, Ordnung und Sitten walten zu lassen.

Und das ist kein Märchen, das ist die bittere, ungeheuerliche Wirklichkeit. *Friedrich Schiller* meinte darüber folgendes: „Wenn kein Mensch mehr die Wahrheit suchen und verbreiten wird, dann verkommt alles Bestehende auf der Erde, denn nur in der Wahrheit sind Gerechtigkeit, Frieden und Leben“

Führen wir noch mal den § 138 BGB an.

„Sittenwidriges Rechtsgeschäft; Wucher. (1) Ein Rechtsgeschäft, **das gegen die guten Sitten verstößt**, ist nichtig.“ Man gründet auf guten Sitten? Also doch? Noch keiner hat sich gegen dieses Gesetz beschwert. § 130 StGB ist unmoralisch. Die Ungerechtheit dieses Gesetzes schreit zum Himmel. Das ist ein Gesetz der Hexenjagd. Darum sind auch die Formulierungen des Gesetzes so ungenau. Will man damit die Äußerung fast jeder Meinung (wenn es sein muß?) strafbar machen? Soll mit Hilfe dieses Gesetzes die Willkür regieren?

Es hat keinen Sinn andere Punkte dieses Gesetzes zu analysieren. Sie sind alle sittenwidrig und beschränken die Meinungsfreiheit. Sie machen alle erwachsenen Menschen zu betreuungsbedürftigen Personen. Hat der Gesetzgeber damit nicht uns alle böswillig verächtlich gemacht?

Tat er damit nicht das gleiche mit sich selbst in Augen des ganzen Volkes?

„Dank“ dem § 130 entstehen im Land Verhältnisse, wie in dem oben angeführten Märchen. Lesen Sie es bitte noch mal durch. Jeder kann sofort verstehen:

Man darf keine Gesetze einführen, die die Wahrheit verbieten. Wenn man die Wahrheit zum Verbrechen macht, entstehen in der Gesellschaft unüberwindliche Spannungen. Nicht jede Wahrheit ist für jeden angenehm, sie kann einigen wehtun. Aber wer sie verbietet, macht die Gesellschaft unheilbar krank. Mit der Zeit macht solches jede Ordnung, jede Sicherheit kaputt.

Nur angenehme Worte an die Adresse eines Übeltäters geben ihm das Gefühl, daß ihm alles erlaubt ist.

Ziele und Folgen des sittenwidrigen Gesetzes

Mit der Einführung dieses sittenwidrigen Gesetzes wurden bestimmten Ziele verfolgt. Über das Verstopfen des Mundes wurde schon gesprochen. Aber es ging nicht um das Verstopfen des Mundes allgemein, sondern nur in bestimmten Fällen. Keiner wird Diebe als einen Teil der Bevölkerung bezeichnen. Oder den Bundestag. Aus der Erfahrung von vier Jahrzehnten wissen wir - vielmehr ging es um Ausländer. Man mußte den Menschen eintrichtern, daß „fremdenfeindlich“ zu sein „unsittlich“ ist. Unsittlich?! Ist die „Fremdenfeindlichkeit“ nicht die natürlichste Sache der Welt?

Wie oft wurde man schon von einem Fremden betrogen, beraubt oder umgebracht?

Belehrt man die Kinder nicht „einen Fremden nicht hereinzulassen“, „einem Fremden nicht zu vertrauen“, „einem Fremden die Tür nicht zu öffnen“?

Haben Sie ihren Kindern das Märchen über die sieben Geißlein und den bösen Wolf nie vorgelesen?

Dem Gesetzgeber ging es aber offensichtlich um Fremde besonderer Art. Es waren fremde Arbeitslose. Gegen sie sollte man nicht protestieren, wenn man bemerkt, daß mit ihrer Hilfe die Arbeitslosigkeit gesteigert wird. Keine unzufriedene Äußerung über die aus allen Ländern anströmenden Arbeitslosen! Darum wurden die ersten fremden Arbeitslosen Gastarbeiter genannt. Man sollte sich langsam an sie gewöhnen. Die übliche vorbereitende Lüge, wenn etwas Schlimmes angekündigt wird! „Sie kommen nicht für immer, nur für eine Weile!“

Die meisten sind aber geblieben.

Das war eins der Ziele. Die Arbeitslosigkeit war schon vorgeplant, man mußte sorgen, daß gegen sie kein Widerstand entsteht.

Was wurde aber zusätzlich „erreicht“?

Wenn irgendwelche Ungereimtheit zwischen Einheimischen und Ausländern entsteht, sind immer die Einheimischen die Bösen, die Schuldigen. Es ist bis jetzt nicht feststellbar, das irgendwann dieses Gesetz im Fall eines Konfliktes zwischen Ausländern und Einheimischen gegen einen Ausländer verwendet wurde. [Aus einfachem Grunde: Die Einheimischen werden von der Staatsanwaltschaft als „ein Teil der Bevölkerung“ nicht anerkannt(!!!). Also sind sie „Nichts“ oder „Alles“, das Ganze?! Aber dann sind auch die Ausländer oder Nichts (rechtslos!) oder Alles (überberechtigt). Wenn macht die Staatsanwaltschaft damit verächtlich?]

Die Einheimischen kann man beschimpfen so viel man will. Da beklagt sich keiner. Das Beschimpfen der Einheimischen ist *keine* Volksverhetzung. Obwohl auch sie ein „Teil der Bevölkerung“ sind und zwar der größte.

Diese Ungerechtigkeit ist schon jedem Schulkind bekannt. Junge Ausländer erlauben sich auf der Straße zu kreischen: „Deutschland verreckel!“ Keiner wird dafür bestraft. Ist das aber nicht dem Verbrennen der Nationalflagge ähnlich?

Scheint die Regierung, die Polizei in den Augen der Ausländer nicht einem armseligen Hund mit eingezogenem Schwanz gleich zu sein? Und das in ihrem eigenen Land!

Wenn man aber einen Ausländer (auch wenn er schon längst einen deutschen Ausweis hat) beschimpft oder einfach etwas sagt, was er nicht hören will, kann man sofort den § 130 am Hals haben.

Damit wurde die Mißachtung der Einheimischen eingeführt. Die Einheimischen haben im gewissen Sinne weniger Rechte als die Ausländer. Der Hausherr hat weniger Rechte als der Gast! Ist das nicht unerhört?! (Ja, man schenkt dem Gast gewöhnlich besondere Aufmerksamkeit. Aber nur einem richtigen Gast, nicht jedoch dem, der für immer bleibt.)

Mit Hilfe dieses Gesetzes wurden die Ambitionen des Wortes Antisemitismus unterstützt. Ein Antisemit ist bekanntlich nicht nur der, wer gegen die Semiten etwas macht, sondern auch der, wer die, die sich indirekt so bezeichnen, nicht unterstützt. Entsprechend dem § 130

darf man über einen Teil der Bevölkerung, also auch über „Semiten“, außer Lob kein Wort verlieren, egal was sich diese „Semiten“ erlauben, sonst wird man sofort strafbar. Mit Hilfe dieses Gesetzes wird jede Gruppe, die nicht zu den Einheimischen gehört, hervorgehoben und in gewissem Sinne unantastbar gemacht. Alle, nicht nur die „Semiten“, werden zum „auserwählten Volk“.

Alle außer der Einheimischen. Diese sind immer die Verlierer.

Also ist der § 130 kein Antidiskriminierungsgesetz, sondern umgekehrt, ein Gesetz zur Diskriminierung der Einheimischen?

Wer, außer irgendwelchen Ausländern, könnte ein solches Ziel gehabt haben? Und vielleicht gerade diese, die schon früher mit Hilfe des Wortes Antisemitismus sich selbst auserwählt haben? Gerade ihrer Weltorganisation wird das Unterschieben, das Einschmuggeln dieses Gesetzes in den 60-er Jahren zugeschrieben.

Eine Diskriminierung kann nicht entstehen, wenn man jemand für eine allgemein strafbare Tat verfolgt. Wenn man aber Menschen bestraft, weil sie eine Tat gegenüber Mister N. oder Gruppe X begangen haben, wird Mister N. oder Gruppe X hervorgehoben, zu einer Besonderheit gemacht, Mister N. und jeder „X“ bekommen damit mehr Rechte.

Und umgekehrt, damit wird erreicht, daß viele, die zu der Gruppe X nicht gehören, anfangen, die Gruppe X zu hassen.

Man munkelt, daß das gleiche Ziel verfolgt und erreicht wurde mit dem Einführen des Wörtchens Antisemitismus.

Wenn wir weltweit keine zusätzliche nationale Spannungen haben wollen, muß die Verwendung dieses Wörtchen entlarvt und vermieden werden.

Die viel schlimmere verborgene Gefahr

Der § 130 StGB scheint ein absichtlicher Mißbrauch des Wortes Volksverhetzung zu sein. Einen wahrheitsgemäßen Bericht kann man als eine Warnung, als Vorbeugung eines Unheils, nur nicht als Volksverhetzung bezeichnen. Durch diesen Missbrauch (weil die Richtigkeit, die Wahrhaftigkeit des Berichtes nicht eingeschätzt, nicht berücksichtigt wird) wird das Gesetz, das angeblich für den Schutz der Minderheiten da ist, in ein Gesetz verwandelt, dass die Sicherheit des Staates untergräbt.

- § 130 StGB – nicht nur eine Schande? Die Sicherheit des Staates wird untergraben – mit Absicht?

- Stellen wir uns vor: 500 junge kluge Männer werden in das Land geschickt, in dem so ein § 130 wirkt. Sie bekommen den Auftrag, einheimische Frauen zu heiraten, um die Staatsbürgerschaft zu erlangen und damit an der Wahl in das Parlament (in den Bundestag) teilnehmen zu dürfen. Natürlich wird ihr Wahlkampf finanziell aus dem Ausland unterstützt. Und bitte schön, nach einer kurzen Zeit sitzen im gesetzgebenden Organ unseres Landes 500 Agenten eines fremden Staates!

Wer jetzt versuchen wird, das Volk zu warnen, wird, obwohl die Information der Wirklichkeit entspricht,

wegen „Volksverhetzung“ verklagt. Sich an einen Staatssicherheitsorgan zu wenden, kann noch gefährlicher sein, weil er höchstwahrscheinlich noch früher von Agenten desselben Staates unterwandert worden ist.

Schauen Sie sich mal um! Vielleicht gibt es ja schon in allen wichtigen Staatsorganen eine Überzahl von Vertretern einer und derselben Minderheit? Wird eine solche Situation Ihnen nicht verdächtig erscheinen, ich sage schon gar nicht - ungerecht?

Eine fremde Minderheit wird das Land regieren - nur weil man seinerzeit nicht sagen durfte:

- Ich möchte nicht, daß mich (im Bundestag) ein Fremder vertritt!

Werden Sie nicht meinen, daß man dagegen schnellstens etwas unternehmen muß?

Noch ein Wort dazu. Schon die alten Ägypter wußten, daß man in Staatsangelegenheiten einem ausländischen Berater nicht trauen darf. *Schon gar nicht einem klugen.* Jeder König wußte: Treue geht vor Klugheit.

Nur in Märchen und in der Bibel gibt man einem klugen Ausländer den zweithöchsten Posten im Land. (Man erinnere sich an den Josef, der sich indem „bedankte“, daß er das Land der freien Ägypter in ein Sklavenland verwandelte).

Man kann den Spieß umdrehen

Noch nie wurde der § 130 im Falle der Beschimpfung der Deutschen verwendet. Es wäre doch aber möglich, nicht war? Auch die Einheimischen sind ein „Teil der Bevölkerung“. Oder wurden sie nie beschimpft und

böswillig verächtlich gemacht? Mehr als genug, ohne jede Scham, maßlos. Diese Tatsache beweist zusätzlich, dass irgendwelche *Schlaunen und Heimtückischen* dieses Gesetz zur Diskriminierung der Einheimischen eingeführt haben.

Üblicherweise haben es die Schlaunen und Heimtückischen mit Ehrlichen und Geradlinigen zu tun. Auch wenn sie geschlagen werden, wollen sie die gleichen Kampfmethoden doch nicht verwenden. Aber es wäre doch lustig? Wie sagt man: „Wer anderen eine Grube gräbt ...“

Man gibt dem deutschen Volk die Schuld für die zwei Weltkriege. Es geht hier nicht darum, ob das wahr ist oder nicht. Die Sache geht darum, daß man jetzt die Schuld den Kindern und Enkelkindern der möglichen Täter aufzuerlegen versucht, also den heute in Deutschland lebenden Einheimischen. Schauen wir uns nochmal den Gesetzestext an. Die Frage, ob die Einheimischen wirklich daran schuldig sind, braucht man nicht mal diskutieren.

- 1) Macht man sie, die Einheimischen, dabei nicht böswillig verächtlich? – Sicher.
- 2) Wird es nicht in einer Weise gemacht, die geeignet ist, denn öffentlichen Frieden zu stören? – Man macht die Einheimischen damit unzufrieden, also ja.
- 3) Greift man dabei ihre Menschenwürde an? – Zweifellos.
- 4) Sind die Einheimischen ein Teil des Volkes? – Ja, inzwischen, seit den 60-er Jahren wurden die Einheimischen nur zum „Teil der Bevölkerung“. Haben wir damit eine Volksverhetzung entsprechend dem § 130? – Ganz bestimmt.

Und wer sind die Täter? – Die Medien, die etablierten Parteien, besonders die linken, der Zentralrat der Juden?

Man muß nur paar Zeitungen durchstöbern, und die Anklagesache ist komplett. Bis zu fünf Jahren Knast. Man kann aber die Zeitungen eines ganzen Jahrzehnts dafür verwenden. Die Anzahl der Anklagen kann enorm werden. Fast alle „ehrenwerten Politiker“, fast jeder Journalist hat an der Beschmutzung der Einheimischen teilgenommen (s. Kap. 3).

Wenn man andere „Teile der Bevölkerung“ nehmen wird, wie z.B., die NPD, DFU, oder andere unzählige „rechtsextremistische“ Vereine, die man ja auch entsprechend dem § 130 schützen muß und kann, auch dann kann die Anklagesache sehr schnell unter Fach und Dach sein. Ich spreche schon gar nicht von den Aussiedlern aus Rußland, die jeder zu beschmutzen versucht. Ich spreche schon nicht von der Äußerung Lafontaines: „Besser zehn Afrikaner als ein Rußlanddeutscher“. Warum werden sie beschmutzt? Weil die meisten von ihnen die rechten Parteien wählen, die meisten die CDU.

Und was ist aus dieser Sicht die Antifa? Eine der schlimmsten Verbrecherorganisationen?

Die Rechten, die Patrioten, müssen nur ihre Defensive aufgeben und in die Offensive übergehen, und sehr bald werden alle Beschimpfer und Verächtlichmacher froh sein, den § 130 abzuschaffen. Und dann wird es dem Volk wieder möglich sein, nicht nur angenehme Worte über seine Beleidiger ganz öffentlich zu sagen. Und vielleicht auch Politiker, die ihr eigenes Volk hassen, zu vertreiben.

Verbietet nie die Wahrheit! Schmälert nie die Meinungsfreiheit! Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Emile Zola sagte einst: „Wenn man die Wahrheit verschließt und in den Boden vergräbt, dann wird sie nur wachsen und so viel explosive Kraft ansammeln, daß sie an dem Tag, an dem sie durchbricht, alles, was ihr im Wege steht, fortfeigt.“

Teile und herrsche: Linke gegen Rechte und umgekehrt

Jetzt entsteht noch eine Frage. Wurden nicht mit Hilfe des § 130 absichtlich und künstlich die Linken gegen die Rechten gehetzt und umgekehrt? Wer war der Anstifter? Die Leser können nachstöbern. Man kann aber mit Sicherheit noch einige Fragen stellen: Sitzen nicht die schlimmsten Feinde Deutschlands ganz oben? Und wahrscheinlich nicht nur im Bundestag?

Die Linken und Rechten müssen Gemeinsamkeiten suchen, Punkte, in denen sie übereinstimmen. Ihre Interessenbereiche überschneiden sich, sind in Vielem deckungsgleich. Sie kommen beide aus dem Volk, das Volk ist ihre Geburtsquelle, sie werden nie einer den anderen vernichten können. Weil die Rechten auch ihre guten Argumente haben, kann es nie zum Frieden führen, wenn diese Hetze auch weiter anhalten wird. Diese beiden Gruppierungen werden seit der Zeit der „großen“ französischen Revolution aufeinander gehetzt. Wenn Zwei streiten, freut sich der Dritte.

Wer ist das?

Diesen Dritten muß man ausfindig machen. Viele meinen heute schon, daß nicht die Deutschen, sondern dieser Dritte an beiden Weltkriegen schuldig war. Dieser Dritte hat verschiedene Namen. Vielleicht alle diese Namen hat einst Henry Ford in seinem berühmten Buch noch vor dem Zweiten Weltkrieg genannt. Das sind Volksverhetzer und Kriegstreiber. Einige machen das mit Bewußtsein, die anderen aus Dummheit. In dieser Richtung muß die Forschung weitergehen. Vielleicht wird dann mehr Frieden in der Welt, und Teile der Bevölkerung des einen und desselben Landes werden nicht gegeneinander kämpfen und damit einer volksfeindlichen Regierung den Weg zur Macht ebnen.

Kapitel 3.

Erst die Macht ergreifen, und dann entscheiden, wie es weiter geht?!

Kalter Krieg oder gelungene „Revolution“?

Der Sieg der USA im „kalten Krieg“ gegen die Sowjetunion blieb nicht folgenlos für die Patrioten Rußlands. Es wurde eine Unmenge von Büchern geschrieben, deren Autoren verstehen wollten, wie die unbesiegbare Sowjetunion ohne jeden militärischen Kampf niedergemacht werden konnte. Das ganze Land wurde beraubt, die Bevölkerung versank in Armut, die Industrie wurde zerstört. Eigentlich war das ja eine Art Revolution oder auch Konterrevolution. Und nach einer Revolution folgt ja *immer* die Beraubung des Volkes -

mit Hilfe von „Finanzkrisen“, von denen „keiner weiß“, von wo sie (her)gekommen sind. In Wirklichkeit läuft immer das gleiche Spielchen ab wie 1816 in Amerika. Unter das Volk wird mit Hilfe von „staatlichen Notenbanken“ eine Unmenge von Falschgeld gebracht, infolgedessen jeder Arme noch ärmer wird. Und die alles wissende Medien und die (neue) Regierung behaupten, daß sie nicht wissen, von wo die verheerende Inflation kam. In Rußland wurde die Inflation erstmals nach der Revolution von 1917 organisiert, in Deutschland nach der Revolution von 1918. [Die Krise in Deutschland „kam“ (wurde organisiert), wie man behauptet, in 1923, aber in 1923 wurde nur die höchste Geschwindigkeit der Inflation erreicht. Sie hat aber angefangen (wurde organisiert) schon im November 1918, sofort nach der Revolution, was man leicht belegen kann. Während des ganzen Krieges bis November 1918 gab es in Deutschland keine nennenswerte Inflation. In zwei Monaten nach der Revolution ist die Inflation mehr angewachsen als in vier Jahre des Krieges. Und so ging es durchschnittlich weiter, immer schneller und schneller, bis einschließlich 1923]. Also war die Revolution, oder der „Sieg im Kalten Krieg“, eigentlich gar nichts besonders Neues. Die Hochfinanz fand (oder genauer - organisierte) einen schwachen Punkt in der sowjetischen Regierung und schlug wieder erbarmungslos zu. Das Ziel war das übliche – der Raub.

Diesmal folgte nach der „Revolution“ in Rußland sehr schnell die Revolution in Jugoslawien, in Ukraine und in Georgien. (Samtene Revolution, orange Revolution usw.). Diese schnelle Folge der „Revolutionen“

erweckte auch einige Machthaber, die alles für sie mögliche unternahmen, damit eine ähnliche „Revolution“ nicht auch in ihr Land komme.

„Allgemeine Theorie der Machtergreifung“

Nicht nur Machthaber, sondern auch Gelehrte, Generäle und auch einfaches Volk wollen keine neue „Revolution“ erleben. Die Suche nach den Gründen und nach Methoden der Abwehr solcher Revolutionen geht langsam, aber sicher voran. Unter anderem gibt es in Rußland eine Reihe von 16 Vorträgen auf CDs und anderen Tonträgern von dem russischen General K.P. Petroff unter dem Namen „Allgemeine Theorie der Machtergreifung (des Regierens, der Steuerung)“. Auch sie beschäftigt sich mit der Frage, wie solche „Revolutionen“ stattfinden können und was man dagegen unternehmen kann und muß. Die Geschichte des Regierens und der Eroberung ohne Waffengewalt hat angeblich noch vor 5 500 Jahren in Ägypten angefangen als eine Methode, viel stärkere Kräfte zu besiegen, die man militärisch zu bezwingen keine Chance hat. Unter anderem auch die Kräfte im Inland. Diese Theorie wurde in einigen Universitäten Rußlands schon zu Lehrkursen gemacht. Auch Wladimir Putin soll diese Theorie beherrschen.

Die Frage: „Erst die Macht ergreifen, und dann entscheiden, wie es weiter geht?!“ – wird auch in den obengenannten Vorlesungen von General K.P. Petroff gestellt. Genau diese Antwort: „Erst die Macht ergreifen, und dann wird man sehen, was man weiter machen soll“ war das Leitmotiv vieler Aufstände. Und

darum kehrte immer alles zum Alten zurück. Was man weiter machen muß, davon hatten die Aufständischen keine Ahnung.

Klar, die Revolutionen der Hochfinanz hatten dieses Problem nicht. Ihr Ziel war wie immer der Raub, es war nur eine neue Methode der Beraubung der Völker. Sie hatten nur ein Problem: So lange wie möglich die wirkliche Ziele der „Revolutionen“ zu verstecken. Aber so etwas kann ja auch nicht ewig dauern.

Das hat man nicht nur im Osten verstanden, sondern auch viele Menschen des Westens haben es begriffen, obwohl man wie im Osten, so auch im Westen versucht, diese Kenntnis totzuschweigen.

Wie die Könige machtgierig waren, so ist die Hochfinanz geldgierig, weil Geld auch Macht bedeutet. Das Geld ist aber nur so lange Macht, bis das Volk sich nicht organisiert.

Die geschichtliche Entwicklung der Menschen ist aus der Sicht der Hochfinanz vom Fortschritt bestimmt

Die Verhältnisse während der Sklaverei waren nicht sehr bequem für die Sklavenhalter. Die Sklaven mußte man ständig bewachen. Das kostete zusätzliche Arbeitskräfte, welche in Vergleich mit den Sklaven sehr teuer waren. Auch Sklavenhalter träumten von „Mikrochips, die man in das Gehirn der Sklaven einpflanzen könnte“. Und, obwohl sie von den heutigen Chips keine Ahnung haben konnten, haben sie diese doch erfunden.

Das geschah mit Hilfe der Leibeigenschaft. Man hat den Sklaven ein Stück Land gegeben, das sie ernähren konnte, und sieh mal einer an, die meisten ehemaligen Sklaven waren damit zufrieden.

Es verstrichen viele Jahrhunderte bis einige Feudalherren, (oder einfach reiche Menschen), bemerkten, daß auch die Leibeigenschaft nicht allen ihren Wünschen entsprach. Und sie schufen mit der Zeit den Kapitalismus.

Dafür mußte man den Bauern nur die Freiheit schenken dort zu arbeiten, wo sie ein Arbeitsplatz finden. Früher, das heißt beim Wechsel von der Sklaverei zum Feudalismus, haben sie ja schon die Freiheit zum Leben bekommen, (das Recht also, von ihrem Herrn nicht umgebracht zu werden).

Versprochen hat man ihnen aber die Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und Brüderlichkeit. Seitdem wissen wir alle, daß wir ein Recht auf Gleichberechtigung haben. Es wird auch von keinem bestritten, aber leider, je reicher jemand ist, desto mehr Rechte hat einer in Wirklichkeit. Das ist durchaus kein Betrug. Wir alle haben das Recht reich zu werden, und dann können wir auch genug Rechte haben. (Die Frage ist nur – wann wir reich werden?)

Welchen Vorteil hat der Kapitalismus? Der Feudalherr war in gewissem Sinne verantwortlich für das Leben und für den Arbeitsplatz der Bauern. Der Kapitalist ist für nichts verantwortlich, auch wenn wir verrecken. Außerdem, haben sie die Könige im Laufe der vielen Revolutionen durch Parlamente ersetzt. Mit einem König war nicht gut Kirschen essen. Sie waren meistens sehr entschlossene Menschen, und hitzig,

mein lieber Mann! Außerdem trugen sie ständig Waffen mit sich. Und sie wußten ganz gut, was sie wollten. Jeder unbestrafte Ungehorsam konnte schlimme Folge für sie haben. Darum fackelten sie nicht lange. „Kopf ab!“ – war immer die beste Lösung. Die meisten Volksvertreter sind gegen die Könige reine Lämmer. Sie machen auch alle das, was der Fraktionsvorsitzende von ihnen verlangt. Einen Willen haben sie nicht. Sie stimmen ab für ein Gesetz, ohne es zu lesen. Da muß die Hochfinanz nur paar Fraktionsvorsitzende bestechen, um künftig beliebige erwünschte Gesetze zu bekommen. Und die Fraktionsvorsitzende bestechen sie noch vor der Wahl. Der Fraktionsvorsitzende ist damit bekleckert und darf künftig dieses Geheimnis nicht verraten. Nun, wen würden Sie als moderner Hochfinanz - Sklavenhalter bevorzugen: Den König oder das Parlament? Die Antwort muß man doch nicht lange überlegen, sie ist klar?

Wichtiger Schnitzer der Hochfinanz, den man ausnutzen muß

Die Hochfinanz erlangte ihre Macht (ihr vieles Geld) mit Lug und Trug. Die Wahrheit und Enthüllungen verschweigt sie immer mit Hilfe der Medien, die ja auch ihr gehören. Den Sinn fast aller wichtigen Wörter hat sie umgedreht. Kollaboration nennt sie Zivilcourage; das Geld verwandelt sie in einfache Ziffernreihen, die aber nur sie schreiben darf; die Meinungsfreiheit des Volks verwandelte sie in das Recht zu schweigen. Die allgemeine Sklaverei der

einfachen Menschen nennen sie Demokratie in höchster Vollendung; der Patriotismus gegenüber dem eigenen Land wurde zum Verbrechen gemacht. Ausgenommen sind Juden und hochrangige Politiker. Sie können sich egal wo und wann als Patrioten Israels erklären, in jedem Land der Erde. Das ist kein Verbrechen, das ist ein ganz normaler Patriotismus, und gleichzeitig, ganz unbegreiflicherweise – der höchste und reinste Internationalismus. Daß alle Juden und Politiker Internationalisten sind, ist doch allen bekannt?

Aber einen sehr wichtigen Schnitzer haben sie sich doch geleistet. Sie haben vergessen, den Menschen gesetzlich die Gleichberechtigung wegzunehmen oder diese umzubenennen. Vielleicht, weil sie selbst nicht ahnten, daß sie möglich ist?

Wenn wir Gleichberechtigung verlangen werden, werden wir vielleicht als naive Menschen angesehen, aber keiner wird uns als Rechten oder Linken beschimpfen, und schon gar nicht als Extremisten. Die Gleichberechtigung ist eng mit der Pflicht der Abgeordneten, sich an die Aufträge des Volkes zu halten, verbunden. Das Recht, solche Aufträge zu erteilen, wurde uns auch noch nicht weggenommen. Mehr sogar, man kann leicht beweisen, daß wenn die Abgeordneten das nicht mitmachen, dann sind sie nicht nur keine Volksvertreter, sie sind, rechtlich gesehen, Niemand.

Wenn wir verlangen werden, daß die Parlamentarier (die Abgeordneten des Bundestags) sich an Aufträge des Volkes halten müssen, werden wir vielleicht wieder mal als naive Menschen angesehen, aber keiner wird

uns als Rechten oder Linken beschimpfen, und schon gar nicht als Extremisten.

Wenn aber das Volk dieses erreichen wird, werden nicht nur die Volksvertreter in unserer Hand sein, sondern auch all die hohen Herren, die Hochfinanz inbegriffen.

Wer diesem nicht glaubt, kann weiter lesen. Im nächsten Kapitel wird ein Versuch gemacht, dies zu beweisen.

Teil 2.

O h n e P o l i t i k e r

w i r d e s u n s

u n v e r g l e i c h l i c h

b e s s e r g e h e n

Kapitel 4.

Eine Alternative zum Parlament (Gleichberechtigung in verschiedenen Gestalten)

Ideen sind stärker, als Waffen

Wenn ihr (etwas) wollt, ist es kein Märchen
(Theodor Herzl)

Vorwort

in Form eines Märchens über die übliche
Vorgehensweise der vom Volk gewählten Vertreter:

Gürtel (Märchen für gutmütige Menschen)

Ein Märchen sagt, was keiner wagt...
A. Puschkin

Ein Soldat kehrt nach Hause

Das ist nicht bei uns, sondern in einem sehr fernen Land vorgefallen, über allen Bergen, hinterm Land der Zwerge. Ein Soldat ging quer durch das ganze Land nach Hause. Er hatte noch einen sehr weiten Weg vor sich. Sein Schuldersack, in dem seine Lebensmittelvorräte für Unterwegs waren, wurde immer leichter. Der Weg führte an der Hauptstadt vorbei, in der er noch nie gewesen war. Darum wollte er einen kleinen Abstecher machen, um sie zu besichtigen. Wer weis, vielleicht wird er nie wieder eine solche Gelegenheit haben. Zuhause, bei seinem

Vater, gibt es immer viel zu tun. Er muß auch noch eine Frau für sich finden, sich ein eigenes Zuhause einrichten, Kinder großziehen. Da wird es eine Gelegenheit für die Hauptstadtbesichtigung nicht mehr geben. Er sah schon in der Ferne die goldenen Kuppeln der Kirchen der Hauptstadt, als er plötzlich einen so großen Hunger verspürte, daß er entschied eine Verschnaufpause einzulegen und einen kleinen Imbiß einzunehmen. Die Hauptstadt wird ja nicht weglaufen.

Die alte Frau

Der Soldat setzte sich unter einem Baum hin, öffnete seinen Schultersack, nahm das Stück Brot, daß er noch hatte, schaute es einschätzend an und zerbrach es in zwei Teile. Von einem Teil biss er ab, das zweite wollte er wieder einwickeln und in den Schultersack zurücklegen. Da hörte er die brüchige Stimme einer alten Frau: „Mahlzeit, Soldat! Hättest du nicht einen Schluck Wasser für mich?“

- Den habe ich ganz bestimmt! Heute Morgen habe ich meine Flasche angefüllt. Bitte trink, Mütterchen!

Der Soldat nahm seine Feldflasche heraus, drehte den Becher ab, schenkte Wasser ein und reichte den mit Wasser angefüllten Trinkbecher der Alten. Sie trank das Wasser bedächtig aus und reichte das leere Gefäß dem Soldaten mit Dank zurück. Er füllte ihn wieder und gab ihn erneut der alten Frau:

- Trink noch, Mütterchen. Heute ist es heiß.

Die Alte trinkt, der Soldat aber schaute sie an und merkte, wie sie auf sein Stück Brot schielte.

- Mütterchen, es ist Zeit zum Mittagessen. Setz

dich neben mir hin und iss mit mir.

- Danke schön, Soldat, aber du hast selbst zu wenig, um satt zu werden.

- Wenig ist besser als nichts, - sagte der Soldat.

- Ich habe aber noch so ein Stück Brot. Setz dich her, Mütterchen.

- Nun, wenn du wirklich mich von ganzem Herzen einlädst, dann setze ich mich hin, mein Sohn!

- Warum den nicht von ganzem Herzen? Wir sind alle keine reichen Leute. Ich habe da noch zwei Gurken, kräftige, knackige! Laß es dir gut schmecken, Mütterchen!

Bei armen Menschen dauert ein Mittagessen nicht lange. Die alte Frau bedankte sich bei dem Soldaten, und machte dann auch ihr Bündel auf.

- Etwas zu essen habe ich leider nicht dabei.

Aber ich habe da einen Gürtel, einen besonderen. Wenn du dir ihn umbindest, wirst du geistig erstärkt, und wirst immer den Mut haben das, was keiner wagt, zu sagen oder zu fragen.

Der Soldat schwieg eine Weile, und sagte dann nachdenklich:

- Da hast du aber einen gefährlichen Gürtel, Mütterchen. So ein Geschenk kann mich ganz schnell den Kopf kosten. Behalte ihn besser für dich. Du hast in deinem Leben schon eine gute Weile hinter dir. Ohne dein Geschenk schaffe vielleicht auch ich es so weit, wie du.

- Ich sehe, daß du vorsichtig und vernünftig bist. Mein Gürtel wird nicht in falsche Hände geraten. Ich habe dir noch nicht gesagt, daß zu diesem Gürtel noch ein kleines Anhängsel gehört, ein Medaillon. Solange dieses an dem Gürtel hängt, wird keine fremde Hand

imstande sein, weder deinem Leben noch deiner Gesundheit einen Schaden zuzufügen. Fürchte dich nicht, mein Sohn, nimm mein Geschenk an. Es wird ganz bestimmt nicht nur dir, sondern auch vielen anderen Menschen Glück bringen.

Der Soldat nahm den Gürtel, band ihn sich um, und hängte auch das Medaillon darauf. Nun wollte er sich bei der Alten bedanken, aber sie war schon längst über alle Berge. Er packte seine Habseligkeiten zusammen und marschierte weiter Richtung Hauptstadt. Nach etwa zwei Stunden hat er sie erreicht.

Fragen ohne Antwort

Schon von weitem sah er den Königspalast. Vor dem Palast drängte sich eine Menge Menschen, irgendetwas fand dort statt. Aber was? Das wollte der Soldat unbedingt erfahren, damit er nachdem in seinem Dorf auch etwas zu erzählen hat. So arbeitete er sich langsam durch die Menge nach vorn. Das schaffte er gerade rechtzeitig, um zu hören, wie der König befahl einem jungen Mädchen die Zöpfe abzuschneiden und es in ein Kloster zu stecken; ihren Geliebten verurteilte er zu Auspeitschung und drei Jahren Zwangsarbeit. Das alles nur deswegen, weil der Junge dem Mädchen in der Kirche ein Küßchen auf die Wange gab und sie ihn dafür anlächelte. Bei solchen Umständen würde der Soldat eigentlich den Mund halten, wie auch alle anderen das taten. Aber der Gürtel gab ihm scheinbar ungeheuren Mut. So fragte er laut mit unverkennbar tadelnder Stimme:

- *Wer hat denn ein solches Gesetz ausgedacht?*

Der König schaute unwillig in seine Richtung und

schrie auf:

- Welcher Frechling hat da sein Maul aufgerissen? Scharfrichter! Schlag ihm den Kopf ab! In einen Sprung war der Scharfrichter vor dem Soldaten und schlug ihm mit seinem großen krummen Schwert den Kopf ab. Nun, so meinten alle Umstehenden, vielleicht auch der Soldat selber. In Wirklichkeit hüpfte sein Kopf ein bisschen hoch, lies das Schwert durchsausen und setzte sich dann wieder auf seinen alten Platz. Nicht mal ein Tröpfchen Blut wurde dabei vergossen. Alle staunten, wie von Blitz getroffen. Der Scharfrichter schaute ungläubig sein Schwert und seine Hände an. Die Menge kreischte: „Ein Wunder! Ein Wunder!“ Der König aber, ganz rot vor Wut, brüllte dem Scharfrichter zu:

- Versuchs noch mal!

Der Scharfrichter wollte noch mal sein Schwert in Bewegung setzen, aber da kam eine laute Stimme aus der Menge:

- Aber noch mal darf man nicht!

Der Soldat schaute in die Richtung, aus der die Stimme kam und sah die alte Frau, die ihm den Gürtel und das Medaillon schenkte. „Wie kann denn die solch eine Stimme haben?“ – überlegte er. Darauf fragte der König in drohendem Ton:

- Wer hat das gesagt?

Wahrscheinlich wollte auch er nicht glauben, daß die alte Frau eine so laute Stimme haben kann.

- Das hast du selbst gesagt, mein König, - antwortete die gleiche Stimme. – Du sagtest, daß man keinen zweimal hinrichten darf. Es wurde bis jetzt in unserem Königreich auch keiner zweimal hingerichtet.

- Richtig! Richtig! – hörte man von allen Seiten.

– Bei uns wurde noch keiner zweimal hingerichtet. Das zweite Mal darf man keinen hinrichten!

Der König blieb nur eine kurze Weile verwirrt. Ganz schnell hat er sich zu einer ganz vernünftigen Frage gefaßt:

- Aber was soll man denn machen, wenn er nach der ersten Hinrichtung nicht tot ist? Bis jetzt starben alle bei der ersten Hinrichtung!

Da mischte sich der Soldat von neuem ein:

- *Wer hat gesagt, daß man einem Menschen den Kopf abschlagen muß, nur weil er eine Frage gestellt hat?* Das ist Willkür!

- Du hast keine Frage gestellt, du hast dem König widersprochen! Darauf steht der Tod! – antwortete barsch der König.

- Er hat nicht widersprochen, er hat nur gefragt, - sagte wieder aus der Menge die alte Frau.

- *Und wer sagte denn, daß man dem König nicht widersprechen darf, wenn er Unsinn redet? Wer hat ein solches Gesetz ausgedacht? Und wo steht es geschrieben?* – fragte nun von neuem der Soldat. Seine Kühnheit kannte offensichtlich keine Grenzen.

Der uralte Mann

Da sagte etwas ein uralter Mann, der auch auf den Platz vor dem Königspalast gekommen war, und der sich auf zwei Burschen stützte. Er sprach aus zahnlosem Mund, so undeutlich, daß ihn niemand verstehen konnte.

Jedoch schauten alle voller Neugierde zu ihm hin, denn sie kannten ihn. Sie wussten - er wurde vor langer Zeit krank, lag viele Jahre ohne Bewegung und sprach kein Wort. Nur seine Augen blieben wirklich lebendig. Vor

paar Jahren fing er ganz langsam an sich wieder zu bewegen, und nachdem versuchte er auch zu sprechen. Verstehen konnten ihn nur zwei seine Urenkel. Sie unterhielten sich stundenlang mit ihm und erzählten nachher Sachen, die keiner glauben wollte. Den alten Mann hielten alle für einen Besessenen, für einen Verrückten. Doch alle waren bereit zu hören, was er spricht.

- Unser Urgroßvater sagt, daß alle unsere Gesetze in einer eisenbeschlagenen Eichtruhe aufbewahrt werden. Die Truhe steht immer neben dem Thron, - sagte einer der Burschen laut. Er verstummte, und der Greis fing wieder an irgendwelche unverständliche Worte zu reden. Nach ihm sprach wieder sein Urenkel:

- Früher wurden uns die Gesetze vorgelesen, und das Volk kannte sie. Jetzt aber, schon mehr als hundert Jahre, werden sie nicht mehr vorgelesen und das Volk kennt nicht mehr seine Gesetze. Darum machen die Könige was sie wollen.

Nanu! Das galt ja dem König, ja, das zielte geradeswegs auf ihn! Klar, das konnte der König sich nicht gefallen lassen:

- Könige studieren die Gesetze von Kindheit an. Das Volk erfährt von ihnen während des Gerichts, - sagte der König laut mit überzeugter unerschütterlicher Stimme.

- Es ist besser, wenn man die Gesetze im Voraus kennt. Lassen wir sie uns doch einmal vorlesen, - sagte wieder die gleiche weibliche Stimme aus der Menge. – Soll man uns doch die Truhe bringen.

- Lassen wir sie uns vorlesen! Soll das Schicksal des verliebten Pärchens und des Soldaten nach den

alten Gesetzen entschieden werden! – klang es von allen Seiten.

Der König war ratlos. Wie sollte er dem Volk das Lesen der Gesetze verweigern? Er befahl, die Kopie der Gesetze zu bringen, die er selbst als Jugendliche studieren mußte. Aber keiner wollte sie sehen. Alle wollten nur die Gesetze vorgelesen haben, die in der alten Eichtruhe aufbewahrt wurden.

Zwei kräftige junge Männer wurden nach der Truhe geschickt und brachten sie bald heran. Sie war aber verschlossen. Und keiner wusste, wo sich der Schlüssel befindet. Der König schlug wieder vor die Kopie zu holen, die sich in der königlichen Bibliothek befand. Doch die wollte keiner haben.

- Wir müssen uns mit unseren alten Gesetzen bekannt machen, - beharrte die Menge auf ihrem Wunsch. Man schickte nach dem Schmied, und die Truhe wurde endlich geöffnet. Aus ihr wurde ein Buch herausgeholt, daß alle sofort als ein sehr altes Buch erkannten.

Die alten Gesetze

Das Buch fingen die Burschen zu lesen an, die mit ihrem Urgroßvater gekommen sind, der von der Truhe und von dem Buch mit den alten Gesetzen wusste. Sie hatten schöne und klare Stimmen.

- „Der König vertritt das Königreich vor den anderen Staaten und achtet darauf, daß die Gesetze des Königreichs nicht verletzt werden“, - fing einer der Burschen laut vorzulesen an. Der König schaute mit Zufriedenheit auf alle, als ob er sagen wollte: „Na, habe ich euch nicht das gleiche gesagt?“ Aber schon der

zweite Satz rief bei ihm Unruhe hervor:

- „*Der König regiert nach Gesetzen, die vom Volk angenommen und gebilligt sind*“.

Da sieh mal einer an! In Laufe der Hundert Jahre hat das Volk vergessen, daß es selbst der Herr im Hause ist, daß nicht der König, sondern das Volk selbst der Gesetzgeber ist und Gesetze annehmen muß. Die Sache des Königs aber ist nur aufzupassen, damit die Gesetze nicht verletzt werden.

Weiter wurde es noch interessanter:

- „*Der König muß jährlich für das Regieren dem Volk Rechenschaft ablegen*“.

Das gibt's doch nicht! Auch von dieser Pflicht des Königs wusste das Volk überhaupt nichts, die Könige aber bevorzugten dies zu „vergessen“. Der König soll vor dem Volk Rechenschaft ablegen?! Das es solches geben kann, war keinem mehr bewußt!

- „*Jeder hat das Recht, den König um die Erklärung seiner Entscheidung zu bitten, und der König ist verpflichtet, sie aufgrund der existierenden Gesetze zu begründen*“, - las der Bursche weiter.

Darauf schauten alle mit Bewunderung auf den Soldaten. Es stellte sich heraus, daß er ja das volle Recht hatte zu fragen, *wer ein solches Gesetz ausgedacht hat?* Und umgekehrt, alle schauten mit Vorwurf auf den König. Der König - wer konnte das nur ahnen? - war einfach verpflichtet, die Frage des Soldaten nicht nur zu beantworten, er mußte seine Antwort sogar gesetzlich begründen. Selbstverständlich hatte er überhaupt kein Recht zu befehlen, ihm den Kopf abzuschlagen. Der König fühlte sich sehr unbehaglich. Er versuchte den Blick des Chefs der königlichen Wache einzufangen, um ihm ein Wink zu

geben, die sich anbahnende Ordnungswidrigkeit zu beenden. Aber der dachte nicht mal daran sich um das Wohlwollen des Königs zu kümmern. Genau wie alle anderen hörte er mit großem Interesse dem Lesen der alten Gesetze zu.

- „*Jeder hat das Recht auf Widerspruch, - lasen weiter die Urenkel des alten Mannes. - Nur wenn es keine Widersprüche gibt, kann die Rechtfertigung des Königs angenommen werden*“.

Auch in diesem Punkt war das Recht auf der Seite des Soldaten und nicht auf der des Königs, der seine Entscheidung nicht aufgrund der Gesetze begründen wollte, sonder einfach willkürlich behauptete, daß, wer dem König widerspricht, geköpft werden müsse. Für den König wurde es immer brenzlicher. Aber wie konnte man das Lesen der alten Gesetze verhindern, ohne daß die Sache für ihn noch schlimmer werden könnte, als sie schon war? Der König fand einfach keinen Ausweg. Aber da kam ein noch viel schlimmerer Satz:

- „*Jedes Jahr muß das Volk entscheiden, ob es mit der Regierung des Königs zufrieden ist und ob er die vorgeschriebenen Gesetze einhält. Wenn festgestellt wird, daß der König im Laufe des Jahres mehr als drei Gesetze verletzt hat, muß der Chef der Leibwache ihn festnehmen*“.

Die Truhe

Nun, diese Sätze hat der Chef der Leibwache sofort bemerkt. Er schritt zum König und legte seine schwere Hand auf seine Schulter. Schauer lief dem König über den Rücken. „Zwispältige Schlange! Vertrau solchen die Überwachung der Ordnung an“, - dachte der König.

In diesen Moment hörte er plötzlich Schreie: „Feuer! Feuer!“ Sie erfreuten den König: „Das hat die Königin gut gemacht! - dachte er. - Nicht umsonst habe ich sie belehrt im Falle einer gefährlicher Situation ein ablenkendes Ereignis zu schaffen – die Stadt zu überschwemmen, in Brand zu setzen oder auch einfach Goldmünzen in die Menge zu werfen“.

Die Wirkung des Ereignisses blieb nicht aus. Der Druck der schweren Hand auf der Schulter des Königs wurde schwächer, und die Hand glitt dann einfach seinen Arm entlang herunter. Man musste die Stadt retten. Es brannte nur der Palast, aber das Feuer konnte sich ausbreiten auf die anliegenden Stadtviertel, und dann würde die Stadt nicht mehr zu retten sein. Alle stürzten herbei das Feuer zu löschen, der König aber – er beeilte sich das Buch der alten Gesetze zu vernichten. Wenn das gelingt, kann man den verrückten Alten und seine Urenkel beschuldigen, daß sie die Sätze, die sie dem Volk vorgelesen haben, einfach ausgedacht haben. Dann kann man sie hinrichten lassen samt dem Soldaten und dem verliebten Pärchen, mit denen all das angefangen hat.

Aber um das Buch machte sich nicht nur der König Sorgen, sondern auch der Soldat. Er legte es zurück in die Truhe, machte sie zu, und umschloß sie dann mit seinem Gürtel. Auch das Medaillon lass er am Gürtel dran. Jetzt könnte mit dem Buch nichts passieren. Der König rieß seinen Säbel aus der Scheide heraus und stürzte sich auf den Soldaten. Der Soldat aber bemerkte das nicht mal, weil er gerade in diesen Moment hinter allen anderen losrennte, um das Feuer zu bekämpfen. Der König war froh, daß er die Truhe mit dem Buch ohne Kampf in seine Gewalt bekam. Weil der Gürtel

durch einen Ring lief, konnte er den Gürtel nicht abstreifen, er versuchte den Knoten des Gürtels zu lösen, aber das gelang ihm nicht. Dann schob er die Klinge des Säbels unter den Gürtel und versuchte ihn zu durchschneiden. Der Säbel ging durch den Gürtel, aber der Gürtel blieb ganz! Der König traute seinen Augen nicht. Er versuchte das gleiche nochmal – mit dem gleichen Ergebnis. Ganz außer sich vor Wut, versuchte er den Knoten mit einem Säbelhieb zu zerhauen. Aber der Säbel ging durch den Knoten und durch die Wand der Truhe, ohne eine Spur zu hinterlassen. Da begriff der hohe Herr, daß der Gürtel verzaubert ist. „Der Gürtel, das ist, was den Soldaten schützte!“ Jetzt, ohne den Gürtel, könnte man ihn niedersäbeln. Aber jetzt war nicht der Soldat, sondern die Truhe, das Buch wichtiger. Irgendwie musste er es vernichten, verbrennen, oder auch einfach verstecken. Allein konnte er die Truhe nicht heben, darum klammerte er sich an einen Griff der Truhe und schleifte sie in Richtung des Palastes, direkt in das Feuer hinein. „Wenn sie nicht verbrennt, dann verstecke ich sie“, - dachte der König in seinem Bemühen, ganz schnell das für ihn gefährliche Buch loszuwerden.

Da lief ein Bauer vorbei, der aus dem nächsten Dorf zur Hilfe gegen das Feuer herbeigeeilt war, bemerkte den König, und packte den anderen Griff:

- Darf ich helfen, Majestät?
- Aber sicher!

Und so trugen sie die Truhe weiter: Der Bauer will das Feuer umgehen und zieht nach einer Seite, der König aber möchte die Truhe in die Hölle verfrachten und strebt genau auf die hohen Flammen zu. Da merkte der

Bauer, daß die Flammen um sie herum kleiner werden und die Kohlen unter ihnen erlöschen. Das ist ja wohl eine Wundertruhe! Dies also mußte der Grund sein, warum der König während des Palastbrandes sich so mit der Truhe abmühte.

- Wenn wir so eine Truhe im Dorf hätten!

Auch der König bemerkte schon, daß es keinen Sinn hatte die Truhe ins Feuer zu schleppen. Aber was sollte er tun? Doch nicht gestehen, daß er das Buch mit der Truhe verbrennen wollte!

Da kam noch ein kräftiger Mann zur Hilfe. Zusammen mit dem Bauern trugen sie die Truhe durch den ganzen Palast in die schlimmste Glut hinein und haben überall das Feuer gelöscht.

Die letzte Hoffnung des Königs

Der König wurde durch dieses Mißgeschick ganz unwillig. Er hatte die Truhe weder verbrennen können, noch konnte er sie jetzt verstecken. Es blieb ihm nur eine Hoffnung, daß der Soldat vielleicht in dem Feuerbrand umgekommen ist und es dann niemanden mehr gab, der die Truhe öffnen könnte. Und wirklich, die Götter hatten erbarmen! Auf den Soldaten fiel ein brennender Dachsparren, schlug ihm auf den Kopf und er wurde jetzt leblos und stark verbrannt aus den Palastruinen getragen und auf die Steine des Vorplatzes gelegt. Hierher wurde nach dem Erlöschen des Brandes auch die Truhe gebracht, die immer noch mit dem Gürtel des Soldaten umwunden war.

Der König frohlockte insgeheim. Es gibt noch Gerechtigkeit in der Welt! Wenn Gott will, wird keiner die Truhe öffnen können. Daß sich das Buch der alten

Gesetze wieder in der Truhe befindet, wusste ja keiner. Vielleicht würde ja auch niemand versuchen, die Truhe zu öffnen. Immerhin war sie jetzt als eine brandlöschende Truhe bekannt. Eine solche gibt es in keinem anderen Königreich. Sie bleibt uns als Andenken an den unbekanntem Soldaten. Was die Urenkel des verrückten alten Mannes anging, mit denen musste er fertig werden. Jetzt mußte man einen Gottesdienst für die Errettung der Stadt vom Feuer abhalten.

Doch da erschien wieder die alte Frau, die dem Soldaten den Gürtel mit dem Medaillon geschenkt hatte. Sie nahm den Gürtel von der Truhe ab und band ihn wieder dem Soldaten um, setzte sich daneben hin und wartete. Nun fing wieder Unglaubliches an zu geschehen. Die Wunden des Soldaten begingen vor aller Menschen Augen an zu heilen. Auch mit der Alten, die neben ihm dasaß, passierte etwas, was keiner sich vorstellen konnte. Sie wurde jünger und jünger. Auch ihr Blick wurde jung, fröhlich und hoffnungsvoll. Bald öffnete der Soldat die Augen, sprang auf die Beine und berührte dann überprüfend seinen Gürtel mit dem Medaillon. Da kam auch wieder der uralte Mann mit den zwei Burschen. Der Soldat öffnete die Truhe und reichte ihnen das Buch. Der Alte sagte wieder etwas. Einer der Burschen schaute alle an:

- Mein Urgroßvater fragt: „Sollen wir weiter vorlesen?“

Als er das zustimmende Stimmengewirr hörte, schlug er das Buch auf, fand die Stelle, wo das Vorlesen unterbrochen wurde, und fuhr fort:

- „*Das Volk ist berechtigt die Regierungsweise*

des Königs zu erwägen, und wenn es zu der Meinung kommt, daß der König die Gesetze verletzt hat oder er nicht imstande ist sie zum Nutzen des Volkes anzuwenden, dann kann es die Rechenschaft des Königs auch vor dem Ende des Jahres verlangen“.

Der neue König

Da fingen alle an mit den Augen den König zu suchen, aber er schien spurlos verschwinden zu sein. „Ich lese weiter“, sagte darauf der Bursche und las weiter:

- „*Wenn das Volk mit dem Regieren des Königs unzufrieden ist, dann kann es einen neuen König auswählen. Jeder hat das Recht einen neuen König vorzuschlagen, muß aber seinen Vorschlag begründen“.*

Da meldete sich das Mädchen zu Wort, das neben dem Soldaten stand:

- Ich möchte einen neuen König vorschlagen!

Es wartete die zustimmende Rufe „Sprich! Sprich!“ aus der Menge ab, und sagte:

- Ich meine, daß unser neuer König der Soldat werden muß, der heute in unsere Hauptstadt kam. Ich begegnete ihn zwei Gehstunden von der Stadt, als er gerade seine Mahlzeit einnehmen wollte. Ich begegnete ihm in der Gestalt einer alten armen Frau, von der er keinen Nutzen und keine Hilfe erwarten konnte. Nichtsdestoweniger teilte er mit mir sein letztes Stück Brot. Als er in die Stadt kam und das Urteil unseres Königs über das verliebte Pärchen hörte, stellte er gerade die Fragen, die ein Mensch stellen müsste, der unseren alte Gesetze als einzige richtige hält. Als der Palast des Königs in Brand gesetzt wurde, sorgte er als

erstes dafür, daß das Buch mit unseren alten Gesetzen nicht verloren ging. Er legte es zurück in die Truhe, die Truhe band er mit seinem Gürtel zu, der ihm sein Leben schützte. Damit bewies er, daß ihm diese Gesetze mehr als sein eigenes Leben bedeuten. Er wird sich von ganzem Herzen darum kümmern, daß sie nicht verletzt werden. Nach dem eilte auch er hin, um den Brand zu löschen und zeigte sich tapferer als alle anderen. Ich meine, einen besseren König werden wir nicht finden.

Das Mädchen verstummte, und da erhob der alte Mann wiederum seine schwache Stimme. Sein Urenkel übersetzte:

- Wird vielleicht auch er oder seine Nachfahren das Buch mit unserer alten Gesetzen unter Verschuß aufbewahren und langsam ganz andere Gesetze einführen, die nicht dem Volk, sondern nur ihm von Nutzen sind?

Da tritt der Soldat nach vorn und sagte:

- Als der einfache Soldat, der ich bin, möchte ich euch ein neues Gesetz vorschlagen, und ich hoffe, daß mich jeder unterstützt.

- Schlage vor! Sprich! – hörte man von allen Seiten.

- Ich meine, es ist grundlegend falsch, wenn die Gesetze des Staates nur im Königspalast aufbewahrt werden. Ich schlage vor, daß mindestens eine Abschrift der Gesetze außerhalb des Palastes aufbewahrt wird, und zwar im Hause des alten Mannes, der uns von diesem Buch der Gesetze erzählt hat. Im Hause des alten Mannes und seiner Urenkel.

- Alle Achtung, Soldat! Du sollst unser König werden!

- Du sollst unser König werden! – hörte man von allen Seiten.

- Ich ging nach Hause, um mir dort eine Braut zu finden. Jeder, ob König oder Soldat, braucht eine Frau, um eine Spur auf der Erde zu hinterlassen, um Kinder zu erziehen.

- Du kannst auch hier dir eine Braut finden, wir haben genug Mädchen!

- Ich möchte diejenige bitten meine Frau zu werden, die mir den Gürtel geschenkt hat, der mir den Mut gab, die Fragen zu stellen, die ich gestellt habe, und die der Anlaß war für alles, was hier heute geschehen ist. Ohne sie hätten wir wahrscheinlich nie über das Buch der alten Gesetze erfahren, daß viele Königsgenerationen von dem Volk versteckt gehalten, und dadurch dem Volk das Recht gestohlen haben, selbst Gesetze zu schaffen.

Es entstand eine Stille, in der der uralte Mann wieder anfang etwas zu sagen. Danach sprach einer der Burschen:

- Mein Urgroßvater sagt, ich soll den Satz vorlesen, der auf der letzten Seite des Buches steht. – Die wieder entstandene Stille hat er als Zustimmung verstanden, schlug das Buch von hinten auf und las vor:

- „*Gesetze sind die treueste Geschöpfe der Welt. Wer sie erschafft, dem dienen sie. Dem wird auch die Macht im Lande gehören*“.

Alle spendeten Beifall dazu, und der Soldat sagte:

- Wenn das Volk ein so gutes Gedächtnis hätte, wie dieser unser uralter Mann, dann könnte kein Herrscher, denn das Volk irgendwann zum Regieren ausgewählt hat, dem Volk das Recht der Gesetzgebung streitig machen.

Als das beifällige Stimmengewirr wieder aufhörte, fragte er mit heiterer Stimme:

- Nun, junges Mädchen – alte Frau, wie wird deine Antwort sein?

- Du hast ja selbst noch nicht geantwortet, ob du bereit bist unser König zu sein? Ich bin eine Fee, ich kann nicht die Frau eines einfachen Soldaten werden.

Die Hochzeit des neuen Königs wurde in zwei Wochen danach gefeiert, an einem Tag mit der Hochzeit des verliebten Pärchens, das aus diesem Grund sich in der Kirche noch mal geküsst hat. Aber diesmal kam keiner auf den Gedanken, sie deswegen zu tadeln.

Wo es den Speck gibt, gibt es auch Maden

Wer sich selbst zu einem Wurm macht, muß sich nicht wundern, wenn man auf ihm herumtrampelt

I. Kant

Menschen benutzen Tiere, um einige ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Die Tiere sind gegenüber dem Menschen rechtlos. Das finden alle, außer der Tierschützer, normal. Die Tierschützer stellen die Tiere (fast) auf die gleiche Stufe mit dem Menschen. Die Politiker und Machthaber aller Zeiten machten umgekehrt das gleiche: Sie setzten die Menschen auf die gleiche Stufe mit den Tieren. Sie kamen zum einfachen Entschluß: Warum nur die Tiere, warum nicht die Menschen selbst für eigene Zwecke benutzen? Die Macht über die Menschen bringt viel mehr Befriedigung als die Macht über die Tiere. Wer ist schlauer, wer die Tiere durch die Unterkunft und die

Fütterung betrügt, oder der, wer die Menschen selbst für dumm verkauft?

So erschienen Schamane, Könige und später die Parlamentarier mit ihrer Überheblichkeit und ihrer angeblichen Sorge um den einfachen Menschen. Der wirkliche Grund waren aber immer die Möglichkeit sich für etwas Besseres zu halten und die Ausbeutung der sich ihnen anvertrauten Menschen.

Alle diese „Wohltäter“ der Menschen haben für sie auch Regeln, Vorschriften gemacht, wie man sich benehmen muß und wie nicht. Anders gesagt, sie machten Gesetze für das gemeine Volk.

Klar, haben sie nicht alle Gesetze der Menschheit erfunden. Seit Menschengedenken gibt es viele Gesetze, die als Grundlage jeder gesellschaftlicher Ordnung dienen. Unter ihnen die 10 Gebote. Sie wurden nicht von Religionsgründern ausgedacht, sondern wurden später von ihnen angeeignet, wurden der Religionsgrundlage zugeschrieben. Zu diesen Regeln wurden später andere hinzugefügt, welche die Machthaber schützen und ihre Rechte verewigen sollten. Genau wie in dem vorangehenden Märchen.

Alle Regeln beinhalten immer Abgaben für die gesetzgebende Obrigkeit. Ohne Aufforderung zur Abgaben gibt es keinen Papst und keine Priester, keinen Schamanen und keinen König, und schon gar nicht einen Parlamentarier. Diese verlangen das meiste. In der Kirche sind die Abgaben angeblich freiwillig, beim Fürst oder König – ein Zwang. Die Abgaben dienen nicht nur der Existenzsicherung der gesetzgebenden Obrigkeit, sondern auch für die Erhaltung des Zwangsapparats. Das Volk bezahlt die

Auslagen für seine eigene Unterdrückung.
So ist es und so bleibt es, bis das Volk die
Gesetzgebung nicht wieder selbst in die eigene Hände
nimmt.

Es gab nie eine vernünftige Erklärung, warum Könige
oder Parlamente die gesetzgebende Macht haben
müssen. Viel mehr war es eine Frage der Frechheit, der
Unverschämtheit, der Unverfrorenheit. Der *Vertrag*
zwischen dem König und dem Volk war einfach: Ich
befehle, ihr müsst gehorchen. Mit anderen Worten: Ich,
der König, mache Gesetze, ihr, das Volk, werdet
bestraft, wenn ihr diese Gesetze verletzt. Klar, wurden
die Worte „ich befehle“, „ich mache Gesetze“ am
Anfang nicht gesagt. Sie wurden langsam als Tradition
und später als Gnade Gottes begründet.

Wer sich geweigert hat diese Ordnung anzuerkennen,
mit ihm wurde kurzer Prozess gemacht: Erst geheim
und heimtückisch, später ganz offen, auf *gesetzlicher*
Basis.

Die Macht des Königs war eine Gewalt der Willkür,
eine Gewalt der Frechheit, der Unverschämtheit, der
Unverfrorenheit. Logisch begründet war sie nicht und
konnte auch nicht begründet werden.

Die Parlamente wurden eingeführt um angeblich dieser
Willkür ein Ende zu legen. In ihnen sollten die
Volksvertreter tagen, um den Willen des Volkes
durchzusetzen. In Wirklichkeit war es nur ein Mittel
dem Adel die Macht wegzunehmen und sie den
Geldsäcken zu übergeben. Erst hat man über Aufträge
des Volkes für die Abgeordneten gesprochen. Später
wurde das „vergessen“. Das Recht einen Volksvertreter

zu wählen und ihm einen Auftrag zu erteilen wurde zum einfachen Recht einen Volksvertreter zu wählen ausgehöhlt. Die Wahlen verwandelten sich in eine Farce, in eine Verhöhnung der Leichtgläubigkeit des Volkes. Diese Verhöhnung des Sinns des Geschehens – die sinnlose Wahl der Vertreter, die keinen Auftrag haben – wird heutzutage als Ausübung der demokratischen Rechte dargestellt. Länder, wo dieser Schauprozess vorgeht, werden als Demokratien bezeichnet.

Das Parlament verwandelte sich in ein Ungeheuer – in einen mehrköpfigen König. Das Parlament hat (nahm sich) die gleichen gesetzgebende Rechte, wie sie der König hatte (wie sie sich seinerzeit der König nahm): Das Parlament befiehlt (macht Gesetze), das Volk muß gehorchen (muß den Gesetzen folgen). Im Art. 38-1 GG steht es seit 1949 schwarz auf weiß: Die Volksvertreter sind an Aufträge nicht gebunden. Sie sind nur ihrem Gewissen unterstellt. Auch die Könige waren nur ihrem eigenen Gewissen unterstellt!

Das GG wurde den Deutschen von Amerikanern „geschenkt“. Ohne Volksabstimmung. Besatzerrecht. Auch die deutschen „Volksvertreter“ in der EU haben sich das gleiche Recht genommen.

(Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG. Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland vom 6. April 1979.

§2. Freies Mandat. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.)

„Freies Mandat“ – nennt man das. An Aufträge nicht gebunden. So etwas wie ein Blankoscheck – Geldbetrag in beliebiger Höhe und zur freien Verfügung.

Auch hier geschah alles ohne Volksabstimmung. Eine reine Usurpation der Macht. Nur aufgrund der Frechheit. „Wenn das Volk uns seine Aufträge nicht aufzwingt, machen wir, was wir wollen. Fragen werden wir nicht.“

Wenn das Volk oder mindestens ein Teil des Volkes seine Bescheidenheit aufgibt, bekommt es seine gesetzgebende Macht zurück. Wo es um den Schutz der eigenen Rechte geht, ist die Bescheidenheit fehl am Platz. Man muß nur sich Mut nehmen und sagen: Ohne Auftrag – kein Vertreter. Dann ändern sich sofort die Machtverhältnisse. Das Volk wird zum Souverän. Selber was – wie gut ist das. Nur dann wird es keine Gesetze geben, welche die nackte Ausbeutung der gemeinen Menschen als Hauptziel haben. Die Volksvertreter werden nachgeben, klar. Sie haben keine andere Wahl. Aber sie werden wieder auf die Vergesslichkeit des Volkes hoffen. Nach und nach werden sie wieder zu alten Verhältnissen zurückkehren. Darum muß man ein System der Gesetzgebung ausdenken, das dieses Zurückkehren nicht ermöglichen wird.

Ist aber solches möglich? Kann das Volk selbst für sich Gesetze machen, ohne bange zu sein, daß ihm das Recht auf Gesetzgebung wieder weggenommen wird? Darüber geht es in diesem Kapitel.

Wer an der Macht ist, ist immer „unersetzlich“

Die Macht, die die Könige hatten, gehörte ihnen angeblich dank Gottesgnade. Sie waren Glückspilze, Auserwählte Gottes. Darum waren sie und ihre Rechte „unantastbar“. Für die Monarchie gab es keine Alternative. Republiken und Demokratie waren eine Vergangenheit, für die es in der Zukunft keinen Platz geben konnte. Das Blut eines Königs war heilig – bis zu der Zeit der Revolutionen.

Auch für die heutigen Parlamente gibt es angeblich keine Alternative, sie sind unersetzbar. Das behaupten sie selbst. Und wer soll es besser wissen, als die Parlamentarier persönlich?

Sie sind aber nicht besser als die Könige. Wirtschaftlich gesehen sind sie viel schlimmer. Steuern bis über 50%?! Davon haben Könige nicht mal geträumt. Aber auch in jeder anderen Hinsicht sind sie nicht besser.

„Die Abgeordneten handeln nicht nach den Aufträgen des Volkes, sie handeln auch nicht danach, was das Wohl des Volkes verlangt. Ja, sie handeln sogar (Beispiele sind Legion) genau entgegen dem Wunsch und ganz offensichtlich entgegen dem Wohl des Volkes.

Das weiß eigentlich jeder. Gibt es denn eine Alternative? Ich kenne keine.“

Das schrieb mir ein Doktor, durchaus kein Feind der Demokratie. Von wo hat er das? Von den Schleppenträgern der Abgeordneten. Sogar ein König wäre besser. Könige sind aber leider zu altmodisch. Zu den Königen will keiner zurück.

„Ich kenne keine Alternative“. Also gibt es auch keine?
Die Parlamente müssen bleiben?

Nach all dem, was wir über sie wissen?! (Wer zu wenig weiß, wende sich bitte an den Anhang zu diesem Buch
„Ein Porträt der Politiker im Pressespiegel“, S. 142)

An und für sich wären weder die Könige noch die Parlamente schlecht, wenn sie sich an die ursprüngliche Regeln halten würden. Der ursprüngliche Gedanke war immer der gleiche: Nicht Regieren an und für sich, sondern Handeln für das Volk, zu Gunsten des Volkes. Weder die Könige noch die Parlamente sind schlecht, schlecht ist, daß sie kein Gewissen, keine Scham haben. Schlecht ist, daß sie sich für etwas Besseres halten als das gemeine Volk. Immerhin, man hat sie irgendwann auserwählt, und das beweist doch eindeutig, daß sie etwas Besseres sind? An dem Punkt fängt alles an. Die Menschen, die zur Macht kommen, fangen an sich für etwas Besseres zu halten. Sie meinen, daß sie das Recht haben das Volk zu bevormunden. Mit der Zeit sorgen sie sich nicht mehr um das „gemeine“ Volk, sondern nur um ihre eigenen Angelegenheiten: „Das Volk ist dessen nicht wert, daß man sich um ihn sorgt. Es hat nur Sinn, das Volk auszunutzen.“

Zu diesem Schluß kommen alle Machthaber, egal ob sie das Volk gewählt hat oder nicht.

Dies kann man nicht ändern.

Dies wurde tausende Male ausprobiert und endete immer mit dem Verrat, mit der Usurpation der Macht. Immer wurde das Volk entrechtet. Die Auserwählten des Volkes, egal wie sie hießen – Könige oder Volksvertreter, fingen immer an, Gesetze zu ihren eigenen Gunsten zu verändern.

Die Frage ist – wie kann man sie zwingen, sittlich und bescheiden zu bleiben? Ist das überhaupt möglich? Können überhaupt Regeln existieren, welche die Volksvertreter zwingen würden dem Volk zu dienen?

Der Auftrag des Volkes verpflichtet

Wir ziehen es vor *gegen die Folgen zu kämpfen*, statt die Wurzeln des Übels anzupacken. Jahrzehntlang wird gegen die Überfremdung Deutschlands gekämpft, wird ein Ende der Einwanderung verlangt. Und das – anstatt die Politiker anzugreifen, die Politiker, die sich nicht an die Aufträge des Volkes halten.

Nicht Ausländer stopp!, sondern - *weg mit volksfeindlichen Politikern!*

Nein, gerade das verlangt man nicht. Wo ist der Grund dieser Blindheit? Er liegt vielleicht darin, daß alle meinen, die Politiker *seien unersetzlich*.

Wer hat das gesagt? Die Politiker selbst.

Wir haben gegen den Euro gekämpft, doch kämpfen sollten wir gegen die Willkür der Politiker.

Man muß für die Änderung des Art. 38-1 des Grundgesetzes (GG) kämpfen, nach dem die Volksvertreter nur ihrem *Gewissen* unterworfen sind.

Nicht ihrem *Gewissen*, ihren Wählern müssen sie verantwortlich sein! Und jederzeit Rechenschaft ablegen.

Was steht im BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) über einen Wirtschaftsvertreter (Beauftragten)?

§ 662. **Vertragstypische Pflichten beim Auftrag.** Durch die Annahme eines Auftrags verpflichtet sich der Beauftragte, ein ihm

von dem Auftraggeber übertragenes Geschäft für diesen unentgeltlich zu besorgen.

§ 666. **Auskunfts- und Rechenschaftspflicht.** Der Beauftragte ist verpflichtet, dem Auftraggeber die erforderlichen Nachrichten zu geben, auf verlangen über den Stand des Geschäfts Auskunft zu erteilen und nach der Ausführung des Auftrags Rechenschaft abzulegen.

Was aber steht im Art. 38-1 des GG?! „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages ... sind ... an Aufträge ... nicht gebunden“ (!!!). Sie haben *überhaupt* keine Pflichten gegenüber ihren Auftraggeber, gegenüber ihren Wähler, gegenüber dem Volk – darum gibt es auch keine Rechenschaftspflicht! Kann man sich einen *Wirtschaftsvertreter* vorstellen, der *überhaupt* keine Pflichten hat, aber einen Gehalt (und einen guten Gehalt!) bekommt?! So einen Blödsinn gibt es nicht mal in einem Märchen. Aber in der Politik – bitte schön!

Der Art. 38-1 des GG hat alles auf den Kopf gestellt – nicht ohne Absicht. Damit wurde der Sinn des Wortes (Volks)Vertreter verdreht und ausgehöhlt. Ein Vertreter des Volkes ist nur dann ein Vertreter, wenn er bemüht ist, die Aufträge des Volkes zu erfüllen. Nichts anderes! Ein Vertreter des Volkes hat kein Recht, auf eigene Faust zu handeln. Wenn er auf eigene Faust handelt, wird aus dem Vertreter ein Verräter des Volkes. Man muß zum wirklichen Sinn des Wortes Volksvertreter zurückkehren. *Wenn man das macht, dann werden sie eher Eiferer und nicht Verräter der Volksinteressen sein.*

Wenn wir die Vertreter des Volkes in der Hand haben, wenn sie wirklich dem Volk dienen werden, wie es

ursprünglich gedacht war, werden wir auch „die Wirtschaft“ in der Hand haben, deren Hampelmänner die Volksvertreter (die Politiker) zurzeit sind. Dann und nur dann wird die Staatsgewalt in der Hand des Volkes liegen.

- Jeder Verwalter der Volksangelegenheiten versuchte immer zum Herrscher des Landes zu werden. Nicht für das Volk, sondern über dem Volk. Die Politiker, die Abgeordneten dürfen nicht mehr Rechte haben als jeder andere Bürger.

- Genau. Das selbst wäre eigentlich kein Problem, das kann man verlangen. Die Frage ist: Wird der Staat auch steuerbar sein? Gerade dieses bestreiten die Staatstheoretiker.

Eine Prozedur, die Gleichberechtigung garantiert

- Das alles ist leicht zu sagen. Ist aber eine wirkliche Gleichberechtigung möglich? Zurzeit sind wir alle gleichberechtigt nur während der Wahlen. Nach der Wahl der Volksvertreter haben wir alle Rechte verloren. Die Volksvertreter machen, was sie wollen.

- Gerade darum geht es ja. Man muß eine Prozedur der Gesetzgebung ausarbeiten, bei der alle auch nach den Wahlen gleichberechtigt bleiben.

- Ist das überhaupt möglich?

- Klar. Berücksichtigen wir mal die Kritik, die im Kapitel 1 gemacht wurde, und schlagen folgende Prozedur vor:

1. Es werden Vertreter gewählt, die keine besondere Rechte haben werden, sondern nur eine einzige Pflicht: Sie sammeln die Aufträge der Wähler ein und

bearbeiten sie dann im Parlament (Bundestag). Sie werden kein Recht haben, selbst ausgedachte Gesetze zu machen.

2. Nach der Wahl wird, zum Beispiel, in jedem Wahlkreis an gleichem Tag eine Versammlung gemacht, auf die alle Wähler kommen, die irgendwelche Vorschläge, Gesetzesidee haben. Diese Ideen werden besprochen und wenn sie in der Versammlung nicht für Blödsinn angesehen werden, werden sie als offizielle Aufträge bearbeitet und dem Vertreter mitgegeben.

3. Nachdem erfolgt eine Versammlung der Volksvertreter (Parlament, Bundestag). Hier werden die Aufträge veröffentlicht und auf Ähnlichkeit und Häufigkeit ausgewertet. Wenn es Aufträge gibt, die mehr als 50 Prozent der Volksvertreter bekommen haben, dann werden sie als Gesetz angenommen.

4. Es werden Aufträge gesammelt, die in den meisten Wahlkreisen den Volksvertretern mitgegeben wurden. Sie werden veröffentlicht und in den Wahlkreisen den Wählern mitgeteilt und auf der nächsten Wählerversammlung besprochen. Sie werden dem Volksvertreter als neuer Auftrag mitgegeben oder abgelehnt.

5. Pro Jahr müssen mindestens 4 Versammlungen der Volksvertreter mit ihren Wählern in den Wahlkreisen stattfinden.

6. Keinem Wähler darf die Teilnahme an der Versammlung des Volksvertreters mit seinen Wählern versagt werden.

7. Man darf keine Vorschläge machen, die offensichtlich nur einen Teil des Volkes (der Bevölkerung) begünstigen.

- Diese Prozedur scheint wunderbar zu sein. Jeder Wähler ist gleichberechtigt. Er muß nichts tun, aber er kann etwas tun. Er wird vom aktiven Mitwirken bei der Gesetzgebung nicht ausgeschlossen. Wer als Volksvertreter ausgewählt wird, spielt praktisch keine Rolle. Die Volksvertreter haben keine Rechte, nur Pflichten. Bei entsprechender Kontrolle wird es keinen Sinn haben sie zu kaufen oder zu bestechen. Um (einen) ungesetzlichen Einfluß zu nehmen, wird man direkt die Wähler kaufen müssen. Diese zu bestechen, ist aber viel schwieriger. Mit diesem Vorschlag ist bewiesen, daß Demokratie in der Gesetzgebung machbar ist.

- Nachteile gibt es aber. Die Presse kann sich mit ihren Berichten einmischen, es können gekaufte Wähler in die Versammlung mit vorausbestimmten Aufträgen geschickt werden. Dieses System können Parteien mit ihrer sektiererischen Aktivitäten mißbrauchen.

- Man muß aber gestehen, daß dieses System viel demokratischer zu sein scheint als die existierenden. Die Volksvertreter sind nach diesem System zwar Auserwählte, aber sie haben keine besonderen Rechte. Sie haben nur Pflichten. Das gefällt mir.

- Wer sich gegenwärtig rechtswidrig in die Gesetzgebung einmischt, um für sich Vorteile zu verschaffen, das sind große Betriebe, große Firmen, Konzerne, Großbanken. Man könnte noch eine Bedingung stellen, daß, wenn seitens der Betriebe oder anderer Institutionen Versuche gemacht werden, die Wähler zu manipulieren, dann können diese Betriebe konfisziert werden, der Vorstand dieser Institutionen

kann bestraft werden und sie können entsprechende Berufsverbote bekommen.

Vertreter ohne Wahlen. Eine Variante ohne berufsmäßige Volksvertreter

- Das vorgeschlagene System gefällt mir. Die Volksvertreter haben **überhaupt keine Rechte. Sie werden eine Art von Postboten** oder, besser gesagt, **Kurieren** zwischen dem Volk und dem Parlament (Bundestag) sein. Sie werden nur die Aufträge der Wähler überbringen, entscheiden können sie nichts. Sie sind nicht mehr die wichtigen Herren, sie sind Niemande. Dann muß man ihnen auch keine hohe Gehälter zahlen, oder?

- Nicht nur das. Man kann überhaupt ohne berufsmäßige Volksvertreter auskommen. Wir haben gesagt, daß die Versammlungen der Wähler nach der Wahl der Volksvertreter stattfinden. Nur dann bekommen sie ihre Aufträge. Aber weil der Volksvertreter nichts zu entscheiden hat, kann man eigentlich zu der Bundesversammlung (dem Bundestag) jeden beliebigen Menschen schicken, der an den Wählerversammlungen teilnimmt. Wer es sein wird, kann jedes Mal ein Los entscheiden. Dann entfallen die teure Bundeswahl und die Möglichkeit in das Parlament (in den Bundestag) in Voraus gekaufte (bestochene) Volksvertreter zu schicken.

- Es entfallen auch die hohen Gehälter der Vertreter.

- Klar. Jeder, der diesmal den Vertreter spielt, wird eine einmalige Vergütung bekommen.

- Diese Variante ist noch besser als die erste.

Hier wird extrem deutlich, daß die Vertreter nur *Überbringer des Willens der Wähler* sind. Es werden immer wieder andere sein, einen ständigen Mann zu bestechen, wird keinen Sinn haben.

Eins ist mir aber nicht klar. Wird der Staat steuerbar sein?

- Daß der Staat angeblich nicht steuerbar sein kann, behaupten Menschen, die um Veränderungen bemüht sind, die den Reichen von Vorteil sind. Die Reichen wollen noch reicher werden, sie haben es immer eilig. Das Volk aber hat Zeit. In der Gesetzgebung geht es nur um neue Regeln, nicht um die eigentliche Verwaltung. Wenn die Einführung eines Gesetzes von vielen bezweifelt wird, kann es ausbleiben. Davon passiert nichts. In vielen Fällen sind sich die Menschen einig. Keiner will, daß unsere Soldaten im Ausland für die Interessen der Reichen kämpfen. Keiner wollte den Euro haben. Es gibt viele Fragen, in welchen das Volk sich einig sein kann. Die Verwaltung des Staates, die Regierung kann auch ohne neue Gesetze funktionieren. Sie kann ausreichend gut den Staat steuern, auch wenn das Parlament jahrelang keine neuen Gesetze produzieren wird.

Variante 3. Nur Klügste nehmen teil an der Gesetzgebung. Und doch bleiben alle gleichberechtigt?

- Es gibt eine Meinung, daß je mehr Menschen an einer Entscheidung teilnehmen, desto oberflächlicher wird die Entscheidung. Die Blüte des Staats wird immer dann erreicht, wenn die Macht ein einzelner Mensch hat, ein Diktator. Vorausgesetzt, daß

er ein wirklich talentierter Mensch, ein genialer Staatsmann ist. Ein Bismarck, ein Richelieu. Kann es eine Demokratie geben, in der die Gesetze nicht das ganze Volk, sondern nur einige kluge Menschen machen?

- Deine Frage ähnelt einem Witz, in dem gefragt wurde, ob man eine Sau nicht so weit züchten kann, daß sie auch Milch und Wolle gibt und außerdem auf Bäume klettern kann, damit der Wolf sie nicht reißt.

- Das dachte ich mir.

- Nein, du hast mich falsch verstanden. Mich hat nur belustigt, wie deine Ansprüche wachsen. Auch dieser dein Wunsch ist erfüllbar. Es kann auch eine Demokratie geben, in der die Gesetzesvorschläge von Wenigen, aber nicht Auserwählten, gemacht werden. Bei voller Einhaltung der Gleichberechtigung.

Ein Diktator kann verschiedene Ziele haben, unter anderem auch den Nutzen des Staates, des Volkes. Das Volk will ja eigentlich keine Demokratie im Sinne der Macht des Volkes, sondern im Sinne der Macht *zum Nutzen des Volkes* haben. In diesem Sinne ist eine Demokratie kein Gegensatz zu der Diktatur. Aber eine volksfreundliche Diktatur kann sehr leicht in einen Staat zum Nutzen des Diktators ausufern.

- Das ist bekannt.

- Ja, das ist bekannt. Wir sprechen über eine Demokratie mit Gleichberechtigung in der Gesetzgebung. Wir haben besprochen zwei Formen, die einem permanenten Volksentscheid ähnlich sind. Es kann aber auch eine Demokratie geben, in der nichtsdestoweniger nur kluge einzelne Menschen die Gesetze machen werden.

- Aber dabei kann es doch keine

Gleichberechtigung geben?

- Doch. Wie ich gerade gesagt habe, die Voraussetzung muß diese sein, daß es keine Auserwählten sein müssen, sondern in gewissem Sinne beliebige, zufällige Menschen. Zurzeit nehmen doch auch nicht alle Berechtigten an den Wahlen teil, das ist aber keine Verletzung der Gleichberechtigung. Jeder darf wählen, muß aber nicht. Jeder hat ein Recht zu wählen, es gibt aber keinen Zwang, keine Pflicht zu wählen.

- Ja, das ist richtig.

- Wie gesagt, wir haben zwei Varianten besprochen, die eine Art permanenter Volksentscheid darstellen. Sie werden verwirklicht mit Hilfe von Vertretern, die nur Überbringer des Willens der Wähler sind.

- Ja. Aber das ist leider immer noch nicht ein idealer Fall der direkten Demokratie, wie es früher möglich war. Damals konnte sich jeder direkt einbringen, ohne irgendwelche Vermittler, Vertreter. Solches kann es heutzutage ganz bestimmt nicht mehr geben.

- Kein idealer, kein richtiger Ausweg? Doch, den kann es geben. Es muß nur eine ganz andere Prozedur als die damalige sein. Man muß den Menschen nicht die Möglichkeit geben sofort zu entscheiden, sondern die Möglichkeit, einen Rat zu geben. Eigentlich nur so mußte es auch früher gewesen sein. Wenn der Rat gut ist, dann wird er angenommen, wird zum Willen des Volkes, wird zum Gesetz. Ohne Volksvertreter, oder Vermittler, wie du gesagt hast. Es werden beliebige Menschen sein können, die keiner auserwählt hat und die keine zusätzliche Rechte

bekommen.

- Ah, das ist interessant. Man meint, daß das Volk viele wirtschaftliche Probleme nicht verstehen kann. Darum kann es auch nicht zum vernünftigen Gesetzgeber werden. Das ist der Grund, warum viele gegen den Volksentscheid sind. Nicht alles, sagen sie, kann durch Volksmeinung entschieden werden. Das Volk ist dumm und ungenügend gebildet. Aber die Volksvertreter sind ja auch keine besonders hellen Köpfe. Auch sie brauchen Berater. Wer entscheidet denn letztendlich im Falle einer komplizierten Frage? Die zufälligen Berater, die keiner gewählt hat, und die für nichts verantwortlich sind?

Dein Vorschlag ist etwas ganz anderes. Jeder, der ausreichend Grips hat, kann einen Gesetzesvorschlag machen. Er muß es aber nicht. Er ist zu diesem Zweck nicht auserwählt. Damit bleiben alle gleichberechtigt. Und wer wird über den Vorschlag entscheiden? Doch nicht wieder das ganze Volk, das in der Frage vielleicht überhaupt nichts versteht?

- Das kann eine automatisch ablaufende Prozedur entscheiden.

- Das muß man erstmal genauer erklären.

- Es kann eine grundlegende Formel geben, bei der alle gleichberechtigt bleiben. Sie kann als Grundlage eines neuen Gesetzessystems dienen. Sie klingt so:

„Der Gesetzgeber ist das Volk. Jeder Bürger kann jederzeit ein neues Gesetz oder eine Änderung eines beliebigen Gesetzes vorschlagen“.

- Das ist in Ordnung. Alle bleiben gleichberechtigt. Wie wird entschieden, ob der Vorschlag angenommen wird und keiner bei diesem Prozeß rechtlich bevorzugt wird? Gibt es schon etwas Ähnliches? Was kann daraus entstehen? Wird es nicht zu viele Vorschläge geben? Wer soll entscheiden, ob das Gesetz auch wirklich geändert werden muß?

- Eine Frage nach der anderen. Ähnliches gibt es schon. Es gibt die Bereiche der Technik, der Wissenschaft, der Wirtschaft. Diese Bereiche sind doch nicht weniger kompliziert als die Politik, als die Gesetzgebung? Viele Menschen machen verschiedene Vorschläge, nicht alle Vorschläge sind sehr klug, und doch machen diese Bereiche unglaubliche Fortschritte. Das Leben vor 100 Jahren war viel weniger bequem, wir wissen heute viel mehr, viele Krankheiten sind besiegt worden. Und das alles nur deswegen, weil in der Technik, in der Wissenschaft keine Auserwählten entscheiden, sondern jeder, der einen guten Einfall hat. Was kann daraus kommen, wenn nicht mehr Könige, Präsidenten und Parteivorsitzende entscheiden werden? Das gleiche, wie in den genannten Bereichen – Fortschritt. Fortschritt im rechtlichen Sinne.

Wird es nicht zu viele Vorschläge geben? Die Anzahl der Vorschläge kann man vernünftig begrenzen. Jeder, der einen Vorschlag machen will, muß seine Kenntnis im entsprechenden Bereich der Gesetze zeigen. Man darf nicht einfach vorschlagen, man muß zeigen, daß das vorgeschlagene Gesetz besser ist, als die existierende. Außerdem, jedes Gesetz muß ein Ziel haben und man muß zeigen, daß das Ziel mit Hilfe dieses Gesetzes erreicht wird. Man kann auch

vergleichen, wie ein ähnliches Ziel im Ausland erreicht wird. Alle Ziele müssen im Bereich des Volknutzens liegen. Man darf keine Ideen propagieren, die zur Minderung der Bevölkerung führen können. Jede Art Monopolisierung muß ausgeschlossen werden. Auch im Bereich der Medien. Es darf nicht sein, daß ein einziger Mensch einen Machteinfluß auf hunderte Zeitungen hat. Man darf nicht zulassen, daß eine Minderheit, egal wie sie aussieht, in irgendwelchem Bereich, besonders in den Medien, einen unproportional hohen Einfluß bekommen kann. Man darf keine Gesetze vorschlagen, die nur ein Teil der Bevölkerung begünstigen, oder nur eine vorübergehende Wirkung haben. Das ist keine einfache Aufgabe. Nur ausreichend helle Köpfe können sich eine solche Aufgabe vornehmen. Darum wird auch die Anzahl der Vorschläge in Grenzen bleiben. Zurzeit wenden sich mit solchen Vorschlägen an den Bundestag oder an das Verfassungsgericht – zigtausende Menschen. Sehr viele von ihnen haben die gleichen Vorschläge. Der Aufwand zur Auswertung der Vorschläge wird nicht größer sein, als jetzt.

Wer soll entscheiden, ob ein Gesetz auch wirklich geändert werden muß?

Es muß ein Amt ähnlich dem Patentamt eingeführt werden. Es kann als Gesetzesamt oder Gesetzgebungsamt bezeichnet werden. Aber dessen Beamten dürfen nicht entscheiden, sondern nur beraten, streiten, argumentieren. Sie müssen aufpassen, daß die Vorschläge den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen. Wenn der Autor nach einer bestimmten Anzahl von Widersprüchen nicht einverstanden sein wird mit den Argumenten des Beamten, muß sein

Vorschlag und dessen Kritik veröffentlicht werden. Der Vorschlag wird zu einem möglichen Gesetz. Wenn ihn keiner angreift, wird der Vorschlag nach einer bestimmten Frist zu einem vorläufigen Gesetz.

- Zu einem vorläufigen?

- Ja. Es wird als vorläufiges Gesetz in einem Landesgebiet, am besten demjenigen, in dem der Autor wohnt, eingeführt. Im Laufe einer Zeit (1-2 Jahre) werden Vorteile und Nachteile des Gesetzes gesammelt und dann, abhängig von gesammelten Daten, das Gesetz auf benachbarte Gebiete oder auch auf das ganze Land verbreitet. Der Autor des Vorschlags darf bei der Bewertung dabei sein.

- Und wenn ein Fehler entsteht?

- Das ist nicht schlimm. Wie schon gesagt:

„Jeder kann jederzeit ein neues Gesetz oder eine Änderung eines beliebigen Gesetzes vorschlagen“.

Jeder Fehler wird früher oder später bemerkt und kann beseitigt werden.

- Das wird ein langwieriger Prozess sein.

- Besser langsam, aber sicher. Besser kein neues Gesetz, als ein volksfeindliches. Das Volk hat Zeit.

- Wird die Grundformel ein unabänderliches Gesetz sein müssen?

- Das ist eigentlich nicht ein Gesetz, sondern ein ganzes System:

1. Der Gesetzgeber ist das Volk. Jeder kann jederzeit ein neues Gesetz oder eine Änderung eines beliebigen Gesetzes vorschlagen

2. Jeder Gesetzesvorschlag kann nur mit Zustimmung des Autors abgelehnt werden.

3. Jedes angenommene Gesetz durchläuft eine praktische Bewertung im Gebiet, bevorzugend in dem,

wo der Autor wohnhaft ist. Die Dauer der Bewertung (mindestens ein Jahr) kann durch weitere praxisbezogene Vorschläge geändert werden.

4. Jedes Gesetz oder die Änderung des Gesetzes muß ein Ziel haben. Das Ziel muß genannt werden. Alle Gesetzesziele müssen im Bereich des Volknutzens liegen.

5. Man darf keine Gesetze vorschlagen, die nur ein Teil der Bevölkerung begünstigen, oder nur eine kurzfristige Wirkung haben.

6. Jeder, der einen Vorschlag macht, muß in ihm seine Kenntnis im entsprechenden Bereich der Gesetze zeigen.

7. Man muß zeigen, das das vorgeschlagene Gesetz besser ist, als das oder die existierende, und durch was das angegebene Ziel erreicht wird.

- Alle diese Gesetze sollen unabänderlich werden?

- Unabänderlich muß die Idee bleiben. Die Prozedur kann man verbessern. Man darf nur nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

- Mit diesen paar Gesetzen soll die Volksherrschaft, die wahre Demokratie im Bereich der Gesetzgebung ermöglicht werden?

- Das war die Antwort auf deine Frage. Die Gesetze wird nicht eine Unmenge von Leuten machen, sondern einzelne kluge Menschen, wie du gesagt hast. Jeder darf, aber nicht jeder wird.

- Jeder bekommt damit die Möglichkeit einen vernünftigen Vorschlag durchzusetzen. Jeder Bismarck kann zum Zuge kommen. Aber alle bleiben gleichberechtigt. Wie meinst du, kann man nicht gleichzeitig alle drei Systeme verwenden?

- Das ist keine schlechte Idee. Damit könnten wir die Anhänger und die Gegner eines Volksentscheids vereinigen.

- Aber das Prinzip muß bleiben: jedes Gesetz ist jeder Zeit angreifbar!

- Da werde ich nicht Nein sagen. Aber ein Wörtchen haben wir vergessen.

- Welches?

- Jedes Gesetz ist jeder Zeit *von jedem* angreifbar!

- Ja, richtig. Das Prinzip der Gleichberechtigung in der Gesetzgebung. Ich würde sagen, das ist das Prinzip der Demokratie. Es kann nicht mehr oder weniger Demokratie geben. Wenn in der Gesetzgebung jemand mehr Rechte hat, als ein anderer, ist es schon keine Demokratie. Es ist so, wie mit einer Jungfrau. Man kann nicht ein bisschen schwanger sein und jungfräulich bleiben.

- Das hast du sehr schön formuliert.

Es gibt schon einige Beispiele der vernünftigen Schöpfung des Volkes (Vorteile des vorgeschlagenen Systems)

- Welche Gesetze, außer diesem System, würdest du selber vorschlagen, um zu zeigen, daß deine Wahre Demokratie wesentliche Vorteile hat?

- Solche Gesetze kann es eine ganze Menge geben. Jedes gute Gesetz, das irgendwann irgendwo existiert hat, kann zum Vorschlag erwogen werden.

- Gibt es auch solche, die nie existiert haben?

- Das weiß ich nicht. Aber ich würde folgendes vorschlagen: „Kein Soldat darf über die Grenze seines

eigenes Landes befohlen werden“

- Der ewige Frieden?

- Nur, wenn alle Staaten dieses Gesetz annehmen werden.

- Wäre es nicht besser zu sagen: „Die Erklärung eines Angriffskrieges ist das schwerste Militärverbrechen“?

- Wichtig ist der Sinn des Gesetzes, nicht seine Formulierung. Deine Formulierung könnte vielleicht ein zusätzliches Gesetz sein. Zurzeit werden Soldaten auch ohne Kriegserklärung ins Ausland geschickt.

- Hältst du deine Vorschläge für realistisch?

- Die Ideen der französischen Revolution wurden jahrzehntelang in der Bevölkerung propagiert. Am Anfang waren sie auch ganz bestimmt nicht realistisch. Aber später wurden sie verwirklicht.

- Dank ausländischem Geld, dank hinterlistigen Reichen, wie du selbst gesagt hast.

- Klar. Aber jetzt sind ja andere Zeiten. Jetzt gibt es das Internet. Die Idee, wenn sie dem Volk gefällt, kann schnell verbreitet werden. Man kann auch ein Volksbegehren organisieren, Unterschriften zwecks Einführung des Gesetzesammes sammeln. Wenn sich ausreichend viele aktive Menschen für eine solche Maßnahme finden, kann dies schneller passieren, als man denkt.

- Soll diese Gesetzgebung parallel zu der Tätigkeit der existierenden Parlamente ablaufen?

- Denkbar wäre es.

- Aber später müssen die Parlamente verschwinden?

- Das könnte vielleicht der Inhalt eines

zukünftigen Vorschlags werden.

- Aber alle existierenden Parlamente werden dagegen wirken?

- Nicht, wenn man vorher eine andere Maßnahme durchboxt.

- Welche meinst du?

- Kapitel 1: Nur Aufträge des Volkes können als Gesetze erklärt werden. Ein Vertreter, der an den Auftrag nicht gebunden ist, ist kein Vertreter. Kein Auftrag – kein Vertreter.

- Ja, diese Ideen sind leicht begreiflich. Dafür werden viele eine Unterschrift leisten oder seine Stimme geben. Diese Idee ist sehr demokratisch.

- Vermutlich, ja. Man sagt, Ideen sind stärker, als Waffen. Bis jetzt gab es keine Idee, die wirklich dem Volk erlaubte, an der Gesetzgebung Teil zu nehmen. Das kann viele begeistern.

- Das Volk ist im Allgemeinen nicht fähig zur Gesetzgebung.

- Im Allgemeinen vielleicht nicht. Aber du kennst doch das Wikipedia?

- Du meinst das Online-Lexikon?

- Ja. Früher hat kein einziges Volk ein Lexikon hervorgebracht, sie wurden immer von Fachleuten zusammengestellt. Dafür brauchte man viele Jahre Arbeit. Jetzt gibt es dieses Lexikon fast in jeder Sprache. Und keins von ihnen ist eine Übersetzung aus einer anderen Sprache. In jeder Sprache ist es originell. Man kann nicht anders sagen, als daß es vom Volk geschaffen wurde. Schnell und unentgeltlich.

- Wenn du die Gesetzestexte meinst - sie kann man schnell schaffen. Aber ob sie eine Gesetzeskraft bekommen, ist eine andere Frage.

- Klar. Aber wir haben schon mindestens zwei hervorragende Systeme, die vom Volk geschaffen sind: Den Stand der Technik, der Wissenschaft und das Wikipedia. Ich bin überzeugt, ein Online-Gesetzessystem wird es bald auch in jedem Land geben.

Die Unzufriedenheit mit dem, dass wir nach Gesetzen der Reichen leben müssen, ist breit bekannt. Wenn man sich mit der Energie einsetzen wird, mit der man sich zurzeit gegen die Globalisierung einsetzt, wird das Monopol der Reichen auf die Gesetzgebung gebrochen. Hauptsache, wir wissen jetzt wie es geht, wie es gehen kann.

- Was mir an deinem dritten System am meisten gefällt, ist das, daß die Parteien scheinbar völlig ihren gesetzgebenden Einfluß verlieren.

- Sie werden nicht mehr diktieren können.

- Ja. Jetzt werden die Parteien zu oft als Mafia-Organen mißbraucht.

- Genau. Jetzt machen die Gesetze solche Menschen, die sich untereinander heimlich absprechen, die Heimlichtuer, die Hintermänner. Da fällt mir ein Völkchen ein, daß immer den Machthabern mit Rat und Tat behilflich ist, daß immer gegen die einheimische Bevölkerung wirkt, immer auf der Seite der Unterdrücker steht. Auch dieses Völkchen wird, wie es mir scheint, seine heimtückische Macht verlieren.

- Wo alles offen ist, kann keine Geheimtuererei, keine Hinterlistigkeit gedeihen.

- Es wird das Ende der Macht aller Auserwählten sein, egal, ob sie von anderen auserwählt wurden, oder sie haben sich selbst für Auserwählte

erklärt.

- Damit bin ich einverstanden. Aber von selbst passiert das nicht. Das Volk muß sich schon aktiv genug für diesen Zweck einsetzen.

- Und nicht nur in Deutschland?

- Womöglich, wird diese Idee genau so ansteckend sein, wie seiner Zeit die Ideen von Freiheit, Gleichberechtigung und Brüderlichkeit.

- Damals war es nur ein Wunsch. Jetzt wissen wir, wie dieser Wunsch wirklich erreicht werden kann.

Ein Zugzwang? Besser nicht

- Wir sehen beide gewaltige Vorteile dieser Gesetzgebung aus der Sicht der Demokratie, aus der Sicht des Nutzen des Volkes. Aber es hat doch ganz bestimmt auch Nachteile?

- Man soll immer um die Vorteile einer neuen Idee sprechen. Nachteile hat alles.

- Ich habe eine sehr wichtige Frage. Kann es nicht passieren, das zwei absolut entgegengerichtete Vorschläge kommen, und man weiß nicht, welchen von diesen Vorschlägen man annehmen muß?

- Rein theoretisch kann solches vielleicht passieren, obwohl ich mir so etwas nicht vorstellen kann.

- Es ist eine rein theoretische Frage.

- Und du meinst, daß beide Vorschläge allen Voraussetzungen entsprechen?

- Klar.

- Ich würde vorschlagen, daß beide Vorschläge abgelehnt werden müssen.

- Es ist aber eine Sache, die entschieden werden

muß.

- Gut. Was würde in diesem Fall ein Parlament machen?

- Im Parlament würde man versuchen eine Mehrheit für eine bestimmte Entscheidung zu organisieren.

- Du meinst, daß interessierte Personen versuchen werden ein Teil der Vertreter zu kaufen (bestechen)?

- Vielleicht.

- Siehst du. An dieser Entscheidung wäre nicht das Volk interessiert, sondern irgendwelche Konzerne. Nichts zu tun ist auch eine Entscheidung, und oft nicht die dümmste.

- Du versuchst der Antwort auszuweichen.

- Gut. Es gibt zwei Auswege. Der erste ist schon in unserem System vorgesehen: sie werden in Gebieten ausprobiert, in denen die Autoren der Vorschläge wohnen. Als zweiter Ausweg würde ich versuchen, das Problem aus einer anderen Sicht zu betrachten.

- Was meinst du?

- Zum Beispiel, in Stuttgart gibt es jetzt ein Problem: Kopfbahnhof oder nicht. Es gibt Anhänger und Gegner. Ich würde eine ganz andere Lösung vorschlagen. Ich würde das historische Stuttgart erhalten. Aber statt einen Kopfbahnhof würde ich mehrere Durchfahrtsbahnhöfe errichten, die ich mit Hilfe einer Ringbahn verbinden würde. Durch das Zentrum würden keine Durchgangsstrecken gehen, so, wie es schon lange mit den Autobahnen gemacht wird.

- Vielleicht keine schlechte Lösung, aber ich meinte kein Problem einer Stadt, sondern eines Staates.

- Gut. Nehmen wir ein globales Problem, aus

dem Bereich der Menschenrechte. Zum Beispiel, das Recht auf Asyl. Auch hier gibt's Anhänger und Gegner. Zurzeit wird es von der Sicht eines Individuums gesehen. Man kann es aber auch aus der Sicht der Länder, der Völker betrachten. Die Asylanten strömen meistens in die Länder mit einem hohen Wohlstand. An gleichem sind die Arbeitgeber dieser Länder interessiert, weil dies den Lohn zu drücken hilft. Ganz umgekehrt ist es für das Volk. Das Volk ist daran nicht interessiert.

Wenn in einem Land hoher Wohlstand ist, dann haben die Bürger auch etwas für diesen Wohlstand getan, und darum haben sie auch das Recht, diesen Wohlstand zu behalten.

Ein grundsätzliches Recht auf Asyl gab es nie, man kann es auch nicht begründen. Eine Wohltat ist wünschenswert, aber es gibt bis jetzt nirgendwo ein Gesetz, das zu einer Wohltat zwingt. Aber Mißbräuche der Menschlichkeit oder der bekannten begehrtlichen Wünschen der Menschen gibt es mehr als genug. Ich befürchte, daß auch das Recht auf Asyl von Kreisen ausgedacht wurde, die ganz andere Ziele, als die Ausübung der Menschlichkeit haben. Ich würde eine Lösung vorschlagen, die vieles berücksichtigt, mindestens:

1. Die Höhe der Arbeitslosigkeit
2. Die Besiedlungsdichte
3. Die Entfernung vom Heimatland

In ein Land, in dem hohe Arbeitslosigkeit herrscht, würde ich keine Asylanten hineinlassen.

Aber auch wenn es keine hohe Arbeitslosigkeit gibt, müßte es ein befristeter Aufenthalt sein. Wenn es die erste Möglichkeit zur Rückkehr geben würde, müßte

der Asylant zurück.

- Auch wenn 10 – 20 Jahren verstrichen sind?
- Auch dann.
- Viele sagen, daß auch ein Asylant das Recht

auf ein normales Leben hat.

- Dieses Recht wird ihm seit einiger Zeit von bestimmten Kreisen zugesprochen. Diese Kreise verfolgen aber meistens rein wirtschaftliche Ziele. Sie sorgen sich nur angeblich um Menschenrechte und Rechte der Asylanten. In Wirklichkeit wollen sie den Lohn in reicheren Staaten drücken, oder, wie in Deutschland, die Einheimischen durch Ausländer ersetzen.

- Nicht nur in Deutschland, in ganz Europa.

- Mit dem angeblichen Asylrecht werden alle Staaten nivelliert. Es müssen gute Beispiele bleiben. Man darf nicht alle über einen Kamm scheren.

- Ich muß sagen, du bist nicht übermäßig human.

- Es geht hier nicht um Humanität, sondern um Versuche verschiedener Kreise, ihre rein wirtschaftlichen Probleme auf Kosten der Menschlichkeit zu lösen. Außerdem, an der sogenannten Freizügigkeit, die ja mit dem Recht auf Asyl verbunden ist, sind Kreise interessiert, die am meisten an Revolutionen beteiligt waren. Wie wir jetzt wissen, haben die „professionelle Revolutionäre“ rein kriminelle Ziele verfolgt, nicht aber das Wohl der Völker.

Auch zurzeit werden mit Hilfe des sogenannten Asylrechts in vielen Ländern Spannungen erzeugt, deren Folgen sehr schlimm sein können und die die Zukunft vieler Staaten bedrohen.

Kapitel 5. Die Regierung wird kleiner sein und viel weniger Pflichten haben

Totale Überwachung der Behörden

Im vorigen Kapitel wurden Möglichkeiten einer Gesetzgebung besprochen, bei der wirklich jeder gleichberechtigt bleibt. Wir sind davon ausgegangen, daß sie dem Volk bestimmte Vorteile bringen wird, weil die Gesetzgebung nicht mehr von potenziellen Verrätern des Volkes beherrscht sein wird. Es hat einen Sinn auf einige Vorteile hinzuweisen, die sehr wichtig oder auch einfach offensichtlich sind.

Diese Gesetzgebung ist nicht nur sehr demokratisch, sondern auch total durchsichtig. Jeder kann sich jederzeit die neuen oder auch die alten Gesetze anschauen, und wenn ihm ein Gesetz verdächtig zu sein scheint, kann er seine Überlegungen beim Gesetzamt einreichen. Eine größere Durchsichtigkeit der Gesetzgebung kann man wohl kaum verlangen.

Wir gehen jetzt zu anderen Funktionen über, die eine Regierung üblicherweise innehat (anderen Funktionen, weil die heutigen Regierungen sich in die Gesetzgebung einmischen, obwohl sie das eigentlich nicht dürfen). Diese Funktionen auszuüben, scheint unmöglich zu sein, ohne daß jemand mehr Rechte bekommt als ein anderer. Aber man kann den Regierenden zum mindesten viel weniger Rechte übertragen. Die erste Begrenzung wird die sein, daß sie nur nach vorhandenen Gesetzen wirken kann. Sie darf keine Gesetzesvorschläge machen. Jeder Bürger kann sich jederzeit mit einem Vorschlag eines neuen

Gesetzes in die Arbeitsweise der Regierung einmischen. Die Regierung kann überwacht werden. Mehr sogar, man kann jeden Mitarbeiter der Regierung verpflichten, den Ablauf jedes Tages ins Internet stellen, in dem alle Termine und der kurze Inhalt seiner Tagesarbeit angegeben werden müssen. Die Gesetzgebung darf nicht die Sache der Regierung sein. Darum werden ihre Rechte begrenzt bleiben, sie können sogar minimiert werden.

Schwieriger scheint es zu sein im Falle des Verteidigungsministeriums, weil man ja seine Tätigkeit nicht so gern offen legt. Aber die Tagesarbeit seiner Mitarbeiter kann man verschlüsselt ins Internet stellen und der Zugang kann einigen Sicherheitsbehörden möglich gemacht werden. Hier muß es Sonderregelungen geben. Die Sicherheitsbehörden (mindestens zwei) dürfen mit dem Verteidigungsministerium und miteinander nicht kontaktieren.

Putschversuch (Ordnungs- und Sicherheitsorgane)

- Wer kann den besten Schumacher auswählen?
- Nur ein anderer Schumacher.

Aristoteles

Eine der wichtigsten Funktionen der heutigen Regierung ist die Überwachung der Ordnung. Regieren bedeutet ständiges Sich-Einmischen. Die Überwachung der Ordnung kann aber in gewissem Sinne automatisiert werden, ihre Funktionen sind begrenzt und genau definiert. Sie verlangen keine ständige

Einmischung der Regierung. Die Befugnisse der Regierung können also wieder kleiner, weniger umfangreich werden. Es gibt auch andere Bereiche, in die sich eine Regierung nicht einmischen muß und die vollkommen selbständig funktionieren können.

Wenn die Regierung von der Gesetzgebung nicht nur angeblich, sondern auch wirklich getrennt sein wird, können viele Zustände ganz anders gesehen werden. Nehmen wir die Situation eines Putschversuches. Die Regierung wurde von irgendeiner Gruppe blockiert, festgenommen. Wenn alle Organe des Staates der Regierung unterstellt sind, wurde damit alles lahm gelegt.

In einer Monarchie ist es eine aussichtslose Lage, wenn schon allein der Monarch festgenommen wurde. In einer angeblichen Demokratie, in der die wirkliche Macht reichen Hintermännern gehört, auch, weil die Hintermänner nicht an irgendwelcher Regierung interessiert sind, sondern nur an einer solchen, die ihnen aus irgendwelchen Gründen hörig ist.

In einer wirklichen Demokratie, in der die Gesetze das Volk macht, wird die Festnahme der Regierung nur eine Ordnungsstörung bedeuten. Es wird für die Polizei nur ein Signal sein, daß man das Regierungsgebäude umstellen und alle, die sich in ihm befinden, bis zur Klärung der Situation vorläufig festnehmen muß.

- Willst du damit sagen, daß in einer Demokratie die Polizei unabhängig von der Regierung funktionieren kann?

- Nicht nur kann, sondern auch muß. Zurzeit ist ja die Aufgabe der Polizei nicht nur die allgemeine Überwachung der Ordnung, sondern viel mehr der

Schutz der Regierung vor der Bevölkerung. Man sieht in der Bevölkerung den potenziellen Feind der Regierung, jedes staatlichen Organs. Man weiß, daß sehr viele mit der Regierung unzufrieden sind. Darum wird als Feind der Regierung auch der angesehen, wer die Ordnung mit Hilfe von Vorschlägen ändern möchte, also ein gutwilliger Mensch. Als Feinde der Ordnung werden Demonstranten gesehen, obwohl Demonstrationen grundsätzlich erlaubt sind. Wer ist ein Demonstrant? Einer, der sich auf eine andere Weise kein Gehör verschaffen konnte, und der hofft, daß er es vielleicht mit Hilfe einer Demonstration erreichen wird. Demonstriert wird üblicherweise friedlich. Aber was ist, wenn die Demonstranten in Wirklichkeit keine friedlichen Absichten haben? Gegenwärtig kann das zum Umsturz führen, in einer wirklichen Demokratie jedoch nicht.

In einer wirklichen Demokratie werden die Aufgaben der Polizei nur von Gesetzen bestimmt, sie darf keinen geheimen Befehlen der Regierung folgen, und darum kann sie auch ganz automatisch funktionieren. Die Regierung darf sich in ihre Arbeit nicht einmischen. Die Führung der Polizei kann von Polizisten gewählt werden und darf nur dem Gesetz unterstellt sein.

- Ja, gut. Aber die Putschisten werden das alles wissen und werden im Voraus für die Unterstützung durch die Polizei oder deren Neutralisierung sorgen.

- Das ist richtig. Sich völlig von einer Verschwörung abzusichern, ist wahrscheinlich unmöglich. Wir können aber diese Möglichkeit hier weiter gedanklich verfolgen.

Stellen wir uns vor: Die Putschisten berichten heutzutage per Fernsehen über die Machtübernahme, sprechen über alle Problemen, die das Volk bedrücken und versprechen sie zu lösen. Werden sich nicht in diesem Falle viele freuen, daß sie glücklicherweise von der Regierung keine Befehle haben, um einschreiten zu müssen? Und werden nicht viele hoffen, daß jetzt vielleicht endlich die Richtigen die Macht ergriffen haben?

Stell Dir aber jetzt das gleiche Bild im Falle einer wirklichen Demokratie (Kap. 4) vor. Welche Probleme können die Putschisten versprechen zu lösen? Der Weg zu jeder vernünftigen Änderung der Ordnung im Staat wird doch für jeden offen sein? Warum haben die Putschisten diese friedliche Möglichkeit nicht ausgenutzt? Auf wessen Unterstützung können sie hoffen? Nur auf Kreise, die die Volksherrschaft vernichten wollen. Keiner wird glauben, daß sie etwas Gutes, etwas Vernünftiges vorhaben. Ganz umgekehrt, ihr Aufruf wird für jeden ein Signal sein sich zu widersetzen.

- Für einige, zum Beispiel, für die Polizei oder auch für die Militärpolizei, muß so ein Signal zur automatischen Ausführung eines im Voraus ausgearbeiteten Planes führen, nicht wahr?

- Genau. Dieser Plan muß im versiegelten Zustand in einem bestimmten Raum aufbewahrt werden und wird nur in so einem Fall geöffnet und ausgeführt.

- Du meinst, der Erfolg eines Putsches sei in einer wirklichen Demokratie völlig ausgeschlossen?

- Das meine ich nicht, aber die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges scheint mir viel niedriger zu sein, weil eine Unterstützung von Nichtbeteiligten schwer zu

erwarten ist. Jeder wird wissen, daß er den Befehlen der Putschisten keine Folge leisten muß und wird sich auch nichts von ihnen erhoffen. Außerdem wird der Verlust der ganzen Regierung keine sofortige Lähmung der Staatsorgane bedeuten. Alles kann weiterlaufen, wie es gelaufen ist, nur einige Sicherheitsorgane werden den Notstandsbefehlen folgen, die für einen solchen Fall im Voraus vorbereitet sein müssen.

- Aber jemand muß doch auch die Polizei kontrollieren?

- Ja, ein solches Organ muß es geben. Es muß aber selbst keine andere Rechte haben, außer des Rechts der Kontrolle der Polizei, und es muß auch unabhängig von der Regierung funktionieren.

Jetzt wird seitens der Polizei auf die Gesetze nicht besonders geachtet, Hauptsache – man folgt den Befehlen der Obrigkeit. In einem solchem Fall hat es keinen Sinn sich an die Staatsanwaltschaft zu wenden. Sie gesteht keine Verletzungen der Gesetze seitens der Polizei oder anderen staatlichen Institutionen. Die Untersuchung wegen einer Straftat seitens der Staatsdiener wird nicht mal eingeleitet. Jeder Staatsdiener ist vor Verantwortung wegen seiner Übergriffe geschützt, solange er der Obrigkeit, der Regierung gehorsam ist.

Auch diese Lage wird sich ändern, weil in einer wirklichen Demokratie die Gesellschaft an der Einhaltung der gesetzlichen Ordnung interessiert sein wird. Die Hauptaufgabe der Polizei wird der Schutz der Ordnung und nicht der der Regierung sein.

Vollbeschäftigung als Frage der vernünftigen Gesetzgebung

- Es gibt doch auch noch andere Probleme aus dem heutigen Bereich der Regierungssorgen, die man im Voraus gedanklich lösen kann?
- Mehr als genug. Eine der wichtigsten ist das Problem der Arbeitslosigkeit oder die der Vollbeschäftigung. Jedem ist klar, das man dieses Problem nicht lösen kann, wenn nicht gleichzeitig die Einwanderung drastisch begrenzt wird. Das Problem ist aber nicht ganz so einfach und mit solchen Fragen verbunden wie Ausfuhr des Kapitals oder Verlegung des Standorts eines Betriebes ins Ausland.

Alle diese Probleme können *ein für allemal* gelöst werden mit Hilfe von entsprechenden Gesetzen und müssen auch keine Sorge der Regierung sein. Man darf nur nicht allein an die Interessen der Arbeitgeber denken, sondern vielmehr an die Interessen der ganzen Gesellschaft. Und das ist gar nicht so ungerecht, wie man vielleicht denken könnte. Die Arbeitgeber sind nicht im Nirgendwo groß und reich geworden, sondern in der Mitte ihres Volkes (der Gesellschaft) und das infolge von deren Mitwirkung. Ohne die Arbeit ihrer Arbeitnehmer und Angestellten wären sie nie reich geworden. Darum muß auch das Eigentum eines Unternehmens als ein Eigentum betrachtet werden, das an das Land und an das Volk gebunden ist. Es darf nicht ins Ausland verfrachtet werden.

Wenn diese Probleme gelöst sind, muß man nur noch die Dauer der Arbeitswoche vernünftig vermindern,

und das Problem der Arbeitslosigkeit oder der Vollbeschäftigung ist gelöst.

- Du meinst, daß man das Problem der Arbeitslosigkeit auf diese Weise ganz eindeutig lösen kann?

- Klar, man muß nur nicht aus der Sicht der Arbeitgeber entscheiden, sondern im Interesse des ganzen Volkes (der ganzen Gesellschaft). Ist eine Gemeinschaft an Arbeitslosen interessiert? Nein. Weder im Sozialismus noch während der Zeiten der Leibeigenschaft gab es Arbeitslosigkeit. Sie waren daran nicht interessiert. Ein wirklich demokratischer Staat, ein Volksstaat, ist auch nicht daran interessiert, daß jemand ohne Grund zuhause herumsitzt oder unendlich sinnlose Bewerbungen schreibt.

In einer wirklichen Demokratie können unzufriedene Menschen Gesetzesvorschläge machen, und wenn ihre Vorschläge vernünftig sind, werden sie sich mit ihrem Vorschlag auch durchsetzen (Kap. 4). Ein Grund für eine Demonstration kann oft entfallen.

Die Regierung wird nur nach Volksgesetzen handeln, vor dem Volk muß man sie nicht schützen. Zurzeit ist es ja oft so, daß die Regierung keine Möglichkeit sieht, einige Gesetze einzuhalten. Die Regierung will die Tatsache nicht aussprechen, daß sie im Volk ihren Feind sieht und versucht, bestimmte Menschen mit Maßnahmen einzuschüchtern, die gesetzeswidrig sind. Der Grund liegt in dem, daß die Regierung entsprechend dem Wunsch der Hintermänner sich nicht als ein Organ des Volkes sieht, sondern etwas ganz Eigenständiges darstellen muß. Gerade das ist eins der wichtigsten Probleme der Demokratie. Die Regierung muß eine Art Roboter werden, ohne eigene Ziele. Sie

muß nur Gesetzen folgen, *ohne den Wunsch zu haben neue Gesetze zu schaffen*, welche ihre Macht vergrößern. Eine Regierung mit eigenen Wünschen ist volksfeindlich.

Kurz über andere Probleme

Eine der wichtigsten Probleme sind die Steuern. Zurzeit sind die Steuern ein Machthebel. Leider muß man die Steuer als unvermeidbares Übel betrachten, weil wir ja nicht alle Staatsorgane abschaffen können. Was bleiben muß, muß bleiben. In keinem Fall sollen die Steuern als Machthebel dienen. Ein vernünftiges Steuersystem wird dem Volk mindestens 100 Milliarden € pro Jahr im Vergleich mit dem heutigen Steuersystem einsparen. Die Steuern werden viel niedriger. Sie werden den Schwachen nicht erdrücken. Vor allem wird für die steuerliche Gleichberechtigung gesorgt. Keiner soll steuerliche Vorteile haben.

Vielleicht kann auch die Steuerbehörde unabhängig von der Regierung funktionieren, dann wird auch die Frage der Bezahlung der Regierungsdienste mehr offengelegt.

Das Bankwesen. Man muß zum richtigen Geld zurückkehren. Die „Kreierung“ des falschen Geldes muß verboten werden. Das Bankwesen ist zwar nicht ein Bereich, in den sich die Regierung ständig einmischt, aber mit diesem Bereich ist ein Problem verbunden, das viele interessiert. Das ist die Frage der Berechtigtheit der Zinsen (des richtigen Geldes). Einerseits meinen viele, daß die Zinsen abgeschafft werden müssen, weil sie die Möglichkeit geben, ohne Arbeit, oder besser gesagt, mit sehr wenig Arbeit, viel

Geld zu verdienen. Andererseits gibt die Möglichkeit, sich Geld auszuleihen bestimmte Vorteile, und sie sind Geld wert, darum müßte man diese Möglichkeit auch bezahlen, die Zinsen müßten bleiben.

Man könnte dieses Problem lösen, indem man das Bankwesen nationalisiert. Die Zinsen könnten bleiben, sie würden aber nicht im Schlund der Wucherer verschwinden. Den Gewinn könnte man zu Gunsten des Volkes nutzen, zum Beispiel, um die Höhe der Steuern zu mindern.

Sicher, gibt es noch sehr viele andere Probleme, aber überlassen wir sie besser der künftigen Gesetzgebung der Gleichberechtigten – den Weltverbesserern in bestem Sinne des Wortes.

Kapitel 6. Schlimmer als Massenvernichtungswaffen

Sehr wichtig ist die Frage der Freiheit der Presse, der Medien. Man könnte ihnen die volle Freiheit gewähren, wenn sie wirklich neutral wären. Z.B., es kommt ein Brief (ein Mensch) in die Redaktion mit einer ganz ungewöhnlichen Meinung, und diese Meinung wird unbedingt veröffentlicht. Dann ja.

Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Der Chefredakteur oder der Inhaber ist Anhänger einer bestimmten Partei, oder noch schlimmer, eines Staates, und will entsprechend die Ziele dieser Partei oder dieses Staates durchsetzen. Ihm geht es nicht um die Wahrheit, nicht um neutrale Information. Er hat eine politische Aufgabe. In seinem Eifer versteigt er sich bis

in die Lüge, bis in eine Verleumdung, bis in einen feindlichen Aufruf.

Ich will nicht ganz unbegründete Behauptungen in die Welt setzen. In Deutschland gibt es eine Zeitungsinhaberin (Friede Springer), der mehr als 100 Zeitungen unterstehen, darunter „Die Welt“ und „Bild“. Nach der Angabe eines Internetautors müssen ihre Mitarbeiter bei deren Einstellung eine Verpflichtung unterschreiben, daß sie nichts gegen Israel oder die USA schreiben werden. (Daß dies durchaus möglich ist, kann man aus der Webseite Axel Springer Verlag ersehen. Kurze Auszüge aus dieser Seite sind angeführt in der Anlage zu diesem Kapitel)

Eine andere Tatsache: Einige türkische Zeitungen haben in Deutschland einen Aufruf veröffentlicht, Berlin in Schutt und Asche zu legen (etwa am 10 Juli 2007).

Darf man solchem seelenruhig zusehen?

Einige Tatsachen zu der Geburtenrate.

In Deutschland wurden jahrzehntelang Ideen verbreitet, daß Deutsche verächtlich sind, daß sie von einer schweren Schuld belastet sind, die nie wieder gut gemacht werden kann. Außerdem hat man sehr „fortschrittliche“ Ideen verbreitet, daß Frauen keine Gebärmaschinen sind, daß Frauen emanzipiert sein sollen, daß jede Blondine ein Dummchen ist und ähnliches. Das Ergebnis? In Deutschland ist die Geburtenrate unter den Einheimischen so niedrig, daß man im Ernst befürchten muß, daß die Deutschen aussterben. Mindestens kann man behaupten, daß dadurch –zig Millionen deutsche Kinder nicht geboren

wurden.

Daraus kann man folgern, daß eine solche „Pressefreiheit“ schlimmer ist als die Anwendung von Massenvernichtungswaffen. Wer kann behaupten, daß dies alles nicht mit Absicht gemacht wurde, daß die Presse, die Medien nicht von außen gesteuert wurden?

Eine fortschrittliche Gesellschaft ist selbstverständlich eine mit ausreichend vielen emanzipierten Frauen. Hat jemand etwas dagegen? Keiner. Ich auch nicht. Solange ich nicht nachdenke. Wenn ich aber nachdenke, stelle ich mir die Frage: Ist das aber auch eine *normale* menschliche Gemeinschaft? Unter einer normalen verstehe ich eine solche, in der jede Frau durchschnittlich mindestens zwei Kinder großzieht. Weil jede andere vom Aussterben bedroht sein wird. Und das ist doch keine normale menschliche Gemeinschaft, oder?

Alle christlichen Völker oder, anders gesagt, alle weißen Völker gehören zurzeit zu den aussterbenden. Unter allen diesen Völkern wurden „fortschrittliche“ Ideen verbreitet. Angefangen hat es mit der „Freiheit, Gleichberechtigung und Brüderlichkeit“. Wer hat etwas dagegen? Keiner. Leider hat diese Fortschrittlichkeit zu Revolutionen und der Absetzung der Könige und zur Einführung der Parlamente geführt. Nach allen Revolutionen kommt immer eine schreckliche Inflation wegen der staatlichen Geldfälschung (Also wegen dem Druck von ungedeckten Banknoten). Alle Parlamente führen sehr hohe Steuern ein. Alle künftigen Parlamentarier behaupten, daß sie entsprechend dem Willen der Wähler vorgehen werden, in Wirklichkeit

pfeifen sie auf die Aufträge des Volkes. In Deutschland ist dieses „Pfeifen“ sogar gesetzlich erlaubt! Ja, ja. Wer es nicht glaubt, der lese den Art. 38-1 GG: „An Aufträge... nicht gebunden“.

Dies alles läßt vermuten, daß die „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ nur zum Betrug der Völker proklamiert wurden. Wer bemühte sich da am meisten? Die Presse, die Medien.

Es gibt eine Menge Spekulationen, die nicht unbegründet zu sein scheinen, daß die Presse, die Medien zur Vorbereitung von Kriegen, zur Verhetzung eines Volkes gegen andere genutzt werden.

Was kann man dagegen vorschlagen?

Ein Internetautor meint, daß das Recht zur Herausgabe von Zeitungen nur Dorf- oder Stadtgemeinden haben dürfen.

Das ist keine schlechte Idee, sie würde auch automatisch zum „Aus“ von ausländischen Zeitungen führen.

Dies ist eigentlich nicht ganz ausreichend. Ich würde noch zur Bedingung stellen, daß Mitarbeiter der Presse, besonders führende, hauptsächlich Einheimische sein dürfen oder daß die Minderheiten in etwa ihrem Prozentsatz in der Bevölkerung zu entsprechen haben. Also keine Konzentration der Minderheiten in den Medien und anderen wichtigen Organen der Gesellschaft, oder?

Ich würde sagen, daß auch private Zeitungen zugelassen werden könnten, daß aber **keiner mehr als eine Zeitung** herausgeben darf. Außerdem müßte

gekennzeichnet werden, zu welchem Teil der Bevölkerung der Inhaber und der Chefredakteur gehören. Dann würde man sofort merken, daß zurzeit fast alle Zeitungen dem „auserwähltem Volk“ gehören. Und wahrscheinlich gerade ihnen verdanken wir alle „fortschrittlichen“ Ideen, die zum Aussterben der weißen Nationen führen?

Wer hat eine andere Meinung?

Zusätzlichen Infoquellen mit Kommentar:

Wikipedia: Axel Springer Verlag

Mitarbeiter 10.348 (2007) **Umsatz** 2.578 Mrd. EUR (2007)

50 % (plus 10 Aktien) der Anteile werden von der Axel Springer Gesellschaft für Publizistik GmbH & Co. gehalten. An dieser sind Friede Springer zu 90 % sowie Ariane und Axel Sven Springer zu je 5 % beteiligt. Friede Springer hält zudem direkt 5 % der Aktien und kontrolliert somit insgesamt 50,00003 %, also die Mehrheit der stimmberechtigten Aktien.

Publikationen der Axel Springer AG

Das Kerngeschäft der AG stellt ... der Verlag und Rollenoffsetdruck von Tageszeitungen und Zeitschriften dar. Hierbei sind neben den überregionalen Blättern Bild und Die Welt vor allem die Berliner und Hamburger Lokalzeitungen (B.Z., Berliner Morgenpost und Hamburger Abendblatt) nennenswert.

Neben der Hörzu verlegt die AG die Fernsehzeitschriften BildWoche, Funk Uhr, TV Neu und TV Digital.

Geschichte der Axel Springer AG

Nach der Gründung im Jahr 1946 gab Springer in seinem Hamburger Verlag zunächst die Nordwestdeutschen Hefte, dann die Rundfunkzeitschrift Hörzu, die ursprüngliche Bild sowie Die Welt heraus. 1959 erwarb er die Mehrheit am Berliner Ullstein-Verlag und damit an der B.Z. und der Berliner Morgenpost.

Im Jahre 1966 wurde das Verlagshaus an der Berliner Mauer erbaut.

Die 68er-Bewegung protestierte mit der Kampagne „Enteignet Springer“ gegen die „Springerpresse“ – neben dem Meinungsmonopol warf man Bild vor allem die „reaktionäre Berichterstattung“ vor. Die Proteste verschärfen sich nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 durch den vermutlich rechtsextremen Josef Bachmann. Zuvor wurde Rudi Dutschke von der Bild als „Staatsfeind Nr. 1“ bezeichnet und zum „Ergreifen“ der „Rädelsführer“ aufgerufen. Bei den folgenden Kundgebungen kam es zu den schwersten Ausschreitungen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Heinrich Böll veröffentlichte 1974 seine Erzählung Die verlorene Ehre der Katharina Blum, in der er die Boulevardpresse scharf kritisierte. Heinrich Böll geriet selbst in die Schußlinie der Springer-Blätter, wofür Günter Grass den Verlag scharf kritisierte und sich Jahrzehnte lang weigerte, Interviews oder

Abdruckrechte dem Verlag zu erteilen, bis sich der Verlag bei dessen Familie entschuldige.

1977 arbeitete Günter Wallraff dreieinhalb Monate lang als Redakteur bei der Bild-Zeitung. In seinem Erfahrungsbericht *Der Aufmacher. Der Mann, der bei „Bild“ Hans Esser war* weist er der Bild-Zeitung schwere journalistische Versäumnisse und unsaubere Recherchemethoden nach. Die Axel Springer AG verklagte Wallraff daraufhin mehrfach.

Nach dem Tod Axel Springers 1985 übernahm seine Witwe Friede die Konzernleitung und erweiterte die Geschäftstätigkeit in den 1990er-Jahren ins europäische Ausland.

1996 wird ein Teil der Berliner Lindenstraße umbenannt in „Axel-Springer-Straße“.

Der Medienunternehmer Leo Kirch schied 2002 endgültig aus dem Unternehmen aus.

Im Mai 2007 kaufte der Konzern zusammen mit der PubliGroupe AG die Zanox.de AG. Dafür wurden rund 214,9 Mio. Euro bezahlt.

Im Juni 2007 übernimmt das zu Springer gehörende Zürcher Unternehmen Jean Frey die Zeitschriften „Tele“, „TV4“ und „TV2“ vom Schweizer Ringier-Verlag.

Ebenfalls im Juni 2007 kaufte der Konzern 41,4 Prozent des französischen Frauen-Internetportal - betreibers auf Feminin.com. Dafür bezahlte Springer 284 Mio. Euro.

Am 28. Juni 2007 wurde bekannt gegeben, daß Springer den Postdienstleister PIN Group für 500 Mio. Euro übernimmt.

Der Konzern betreibt seit 1986 in Hamburg und Berlin eine eigene Journalistenschule, die seit 2007 unter dem

Namen Axel-Springer-Akademie firmiert, und bildet in mehreren kaufmännischen und technischen Berufen aus.

Webseite Axel Springer Verlag:

Das Unternehmen Axel Springer wurde 1946 vom gleichnamigen Verleger gegründet, ist heute Deutschlands größter Zeitungs- und drittgrößter Zeitschriftenverlag sowie darüber hinaus eines der führenden europäischen Medienunternehmen.

Das breite Medienportfolio umfaßt erfolgreich etablierte multimediale Markenfamilien wie die der BILD- und der WELT-Gruppe. Insgesamt ist Axel Springer mit über 170 Zeitungen und Zeitschriften, über 50 Online-Angeboten für die unterschiedlichsten Interessengruppen und Informationsbedürfnisse sowie Beteiligungen an TV- und Radiosendern in insgesamt 33 Ländern aktiv. Die rund 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwirtschafteten im Geschäftsjahr 2007 einen Gesamtumsatz von 2.578 Mio. Euro und ein EBITA von 422 Mio. Euro.

Der Unternehmenssitz befindet sich in Berlin. Weitere wichtige Standorte in Deutschland sind Hamburg und München sowie die Druckereistandorte Berlin-Spandau, Hamburg-Ahrensburg und Essen-Kettwig. Die Auslandsaktivitäten konzentrieren sich in Osteuropa auf Polen, Ungarn, Rußland und die Tschechische Republik sowie in Westeuropa auf die Schweiz, Frankreich und Spanien.

Unternehmensgrundsätze

2. ... die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes;

Anmerkung des Autors: Nicht die Lebensrechte des deutschen Volkes, sondern die des israelischen sind dem Verlag wichtig?!

3. ...die Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika;

Anmerkung des Autors: Freiheitliche Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten? Mit dem Weltpolizisten und Weltterroristen? Kann man da nicht vermuten, daß der Verlag ein Vertreter von fremden Interessen ist? Die fünfte Kolonne in Deutschland? Na, dann muß man mindestens 170 Zeitungen und Zeitschriften haben, sonst kann ja etwas gegen die freiheitliche Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten durchsickern.

Leitlinien der journalistischen Unabhängigkeit bei Axel Springer

Zur Sicherung der journalistischen Unabhängigkeit haben die Chefredakteure und Verlagsgeschäftsführer der Gesellschaft Leitlinien entwickelt und ... in Kraft gesetzt.

Anmerkung des Autors: *Unabhängigkeit zwischen Leitlinien?! Ist das nicht der Meinungsfreiheit in Deutschland ähnlich, der mit den sehr vielen Begrenzungen? Eine Unabhängigkeit, die keine ist?*

... Die Einhaltung dieser Leitlinien bei der journalistischen Arbeit aller Redakteure sichert die Rahmenbedingungen, die unabhängigen und kritischen Journalismus ermöglichen.

Anmerkung des Autors: *Unabhängiger und kritischer Journalismus? Aber unter entsprechenden Rahmenbedingungen? Nichts gegen die Lebensrechte des israelischen Volkes und die freiheitliche Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten? „Unabhängiger“ und „kritischer“ kann man ganz bestimmt nicht werden!!*

...Die Leitlinien ... verhindern persönliche Vorteilnahme und nehmen Stellung zum Umgang mit Quellen.

Anmerkung des Autors: *Die Leitlinien ... verhindern persönliche Vorteilnahme? Wessen Meinung wird es dann sein? Diejenige des Journalisten oder die des Verlags?*

Mitteilung des Autors: 1)Die Nichtübereinstimmung der Daten Umsatz 2.578 Mrd. EUR (2007) (Wikipedia) und Gesamtumsatz von 2.578 Mio. Euro (Webseite Axel Springer Verlag) stammt aus den Quellen.

Kapitel 7

Das Eigentumsrecht ist keine Sache der Gerechtigkeit, sondern des Gesellschaftszwecks

Was zur Erhaltung des Volkes dient,
ist sittlich und gut

Zweck eines Unternehmens

Es gibt viele Fragen, die heute tabu sind. Zum Beispiel die, welchen Zwecken ein Betrieb, ein Unternehmen zu dienen hat. Nur der Bereicherung dessen Inhabers? Bleiben wir bei diesem Ziel, dann behalten wir die Gesetze des räuberischen Kapitalismus bei. Dann werden die große Betriebe das Sagen haben, und wir können den Traum von einem Volksstaat vergessen.

Sowohl der Gewinn einer Firma als auch das Eigentumsrecht ist nicht eine Sache nur der Gerechtigkeit, sondern auch des Gesellschaftszwecks. Wir haben erst vor ein paar Jahren gesehen, daß ein einziger Milliardär in fremden Ländern Demonstrationen organisieren und damit zum Sturz von Regierungen entscheidend beitragen kann. Solches passierte vor kurzem in Jugoslawien, in Georgien und in der Ukraine. Das war eine vortreffliche Demonstration, wie die Macht des Geldes zur politischen Macht wird.

Diesmal wurde in sehr kurzer Zeit alles bekannt. Was aber war, als ähnliches 1917 in Rußland passierte und nachher 1918 in Deutschland? Mindestens in diesen

Ländern selbst hat man die Wahrheit sehr lange verborgen gehalten. Aber auch jetzt noch hängt man es nicht jedem auf die Nase, daß die Revolutionen nicht das Volk gemacht hat, sondern das Geld der ausländischen Milliardäre.

Klar, es können solche Leute auch in eigenem Land versuchen, viele Entwicklungen zu beeinflussen, darunter in erster Reihe die Gesetzgebung. Und das geschieht auch. Die Konzentrierung gewaltiger Geldmengen in einer Hand oder in der Hand von wenigen kann eine große Gefahr für die Gesellschaft bedeuten.

Damit kommen wir zum Allerheiligsten, zum Recht auf Eigentum. Dieses Recht selbst ist nicht gefährlich, gefährlich ist das Recht auf unbegrenzt großes Eigentum.

Klarerweise existiert dieses Recht, wie jedes andere Recht, nicht von selbst, es wurde irgendwann von irgendwem verkündet, und die Reichen erklärten dieses Recht für heilig. (Wie auch die Könige die Macht der Könige für heilig erklärt haben.)

Das unbegrenzte Eigentumsrecht dient dem Individuum, den Einzelpersonen. In einem Volksstaat muß alles dem Wohlergehen der Gesamtheit des Volkes dienen, das unbegrenzte Eigentumsrecht ist hier fehl am Platz. Es muß nicht alles ein gesellschaftliches Eigentum werden, die Eigeninitiative der Unternehmer ist sehr wichtig für das Wohlergehen der Menschen, aber das unbegrenzte Privateigentum verwandelt sich in das Gegenteil.

Sind diese Forderungen gerecht?

Ist das aber nicht eine Willkür? Kann so ein Vorschlag der Gerechtigkeit entsprechen?

Auf diese Frage kann man mit einer Gegenfrage antworten: War die Enteignung der Könige, ihre Entmachtung berechtigt? Ihre gewaltige Macht kam nicht von Gottes Gnaden, klar, sie kam von der Aneignung des Rechts auf die Gesetzgebung. Keiner kann unermesslich reich werden, ohne daß er mindestens ein Teil der Gesellschaft zur Mitwirkung benutzt. Jede unermessliche Bereicherung kommt infolge eines Verbrechens oder infolge der existierenden Gesetze, der existierenden Verhältnisse. *Das verstehen die Reichen besser als alle anderen.* Das ist auch der Grund, warum sie immer versuchen, die Gesetzgebung zu beeinflussen. Aber damit keiner verstehen kann, daß sie nur infolge der existierenden Gesetze immer reicher werden, sind sie immer bemüht, im Hintergrund zu bleiben. Nicht aus Bescheidenheit, nein. Nur damit es nicht so offenkundig wird, daß die Quelle ihres Reichtums ungerechte Gesetze sind, die existierenden ungerechte Verhältnisse oder die Verhältnisse, die die Reichen anstreben.

Aus diesem folgt auch, daß in einer Volksherrschaft die Gesetze zu Gunsten der ganzen Gemeinschaft ausgelegt werden müssen. Das Volk ist daran interessiert, daß es keine Überreichen, keine Übermächtigen gibt. Man muß aber dafür sorgen, daß die Eigeninitiative dabei nicht auf der Strecke bleibt. Rein theoretisch ist die Festlegung der maximalen zulässigen Höhe des Privat- oder Firmeneigentums zurzeit kaum möglich. Hier muß

man die goldene Mitte praktischerweise suchen und den Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ anwenden.

Der Gewinn einer Firma ist mit der Gerechtigkeit, der Höhe der Bezahlung der Arbeit verbunden. Klar ist die Bezahlung ungerecht, wenn sie der Arbeitgeber festlegt. Er ist interessiert, so wenig wie möglich zu bezahlen (Erinnern Sie sich an die Ansichten von Karl Marx). Stellen sie sich aber vor, daß dies die Sache der Arbeitnehmer würde? Auch dies würde ungerecht sein, weil der Arbeitnehmer ebenfalls eine gerechte Bezahlung nicht festlegen kann. Er ist interessiert an einem maximalen Lohn.

- Gibt es einen Schiedsrichter, der diese Frage gerecht entscheiden könnte? Gibt es überhaupt in dieser Frage eine goldene Mitte?

- Im gewissen Sinne, ja. Eine halbwegs gerechte Festlegung kann nur in einer Gesellschaft stattfinden, in der es (fast) keine Arbeitslosigkeit gibt. Im Falle einer Vollbeschäftigung (besser wäre zu sagen – normierten Vollbeschäftigung, die ein wenig unter 100% liegt) wird keiner für zu wenig Geld arbeiten. Die (normierte) Vollbeschäftigung, wie oben gesagt wurde, kann man mit Hilfe einer ausreichend niedrigen Dauer der Arbeitswoche festlegen. Auch hier muß die goldene Mitte gefunden werden. Wenn sie richtig gefunden wird, wird keiner imstande sein, zu wenig für die Arbeit zu bezahlen.

Die Dauer der Arbeitswoche darf aber auch nicht zu niedrig sein, weil auch dies schlimme Folgen für die Weiterentwicklung der Gesellschaft haben kann. Es kann überhaupt keine ideale Vollbeschäftigung geben, weil viele Menschen immer auf der Suche nach einer

besseren Arbeit sind.

In einem geschlossenen Staat kann man unter Gleichberechtigten Vieles vernünftig regeln

Solche Regelungen sind anfänglich nur in einem geschlossenen Staat, in einer geschlossenen Gemeinschaft möglich. Die Reichen verstehen das ganz gut, darum wollen sie ja viele Staaten global vereinigen, darum wollen sie das Recht haben, den Betriebsstandort ins Ausland zu verlegen, darum wollen sie das Recht haben zur Ausfuhr des Kapitals. Darum wehren sie sich ganz heftig gegen jeden Versuch einer wirklichen Gleichberechtigung im Bereich der Gesetzgebung.

In einem geschlossenen kompakten Staat kann man vieles vernünftig regeln und automatisch ablaufen lassen, und zwar ohne Einmischung der Regierung, ohne Einmischung der Gewerkschaften und der Parteien.

Kapitel 8. Wir haben ein Ziel, wie können wir es erreichen?

In ersten 3 Kapiteln (und in der Anlage „Ein Porträt der Politiker im Pressespiegel“) wurde Kritik der existierenden Lage ausgeübt. Im zentralen Kapitel 4 wurde gezeigt, was wir anstreben müssen, um aus dieser Lage herauszukommen. In den letzten Kapiteln wurden die Vorteile des neuen Gesetzessystems gezeigt.

Die Meinungsfreiheit des Parlaments zwingt das Volk zum Schweigen

Im Kapitel 4 wurden 3 Alternativen zum Parlament gezeigt, bei welchen alle, mindestens in der Gesetzgebung, gleichberechtigt bleiben. Das ist auch die Voraussetzung, bei der wir alle unsere Meinungsfreiheit haben werden.

Die zwei ersten Alternativen hatten ein einziges Ziel: Die Volksvertreter zu entrechten, weil sie geneigt sind, ihre Rechte den Reichen zur Verfügung zu stellen, und zwar nicht aus Überzeugung, sondern weil die Reichen immer zusätzlich bezahlen können. Wir könnten die Volksvertreter mit Gold überschütten und doch damit ihre Treue nicht sichern, weil die Reichen immer zu dem, was das Volk bezahlt, zusätzlich bezahlen können.

Wir haben die Volksvertreter entrechtet und damit zu wirklichen Vertretern gemacht: Sie dürfen nur unsere Aufträge erfüllen, mehr dürfen sie nicht.

Alles ist ganz einfach: Wenn wir dem Parlament das Recht nicht verweigern, etwas ohne Auftrag zu entscheiden, dann ist es nur natürlich, daß sie dort etwas *eigenes* ausdenken, und darum auch versuchen, uns den Mund zu stopfen. Wenn wir die wirkliche Meinungsfreiheit haben werden, dann kann das Parlament sie nicht haben. Und umgekehrt: Wenn wir dem Parlament die wirkliche Meinungsfreiheit geben, dann muß das Parlament uns die Meinungsfreiheit beschneiden. Anderes gibt es nicht. *Zwei Herrscher, zwei Souveräns kann es in einem Land nicht geben.*

Selber was, wie gut ist das

(Was man selber machen muß, überläßt man nicht einem Vertreter)

Egal, wie schlecht das Volk selbst als Souverän, als Herrscher sein wird, schlechter als das Parlament, als ein Vertreter des Volkes kann es nicht werden. Jeder Vertreter ist geneigt, in erster Reihe für sich selbst zu sorgen. Wenn es keine harte Kontrolle gibt, kommen solche Vertreter zum Einsatz, die es bevorzugen, in die eigene Tasche zu wirtschaften. Die Reichen sind da sehr hilfsbereit: „Liebe Volksvertreter, ihr bekommt jeden Monat euer zusätzliches Geld. Ihr müßt dafür überhaupt nichts machen. Wir machen alles selbst. Ihr braucht nur zu unterschreiben.“

Es kommt wozu es kommen muß: Im Hintergrund des Parlaments übernehmen die Reichen die Macht die Reichen. Dann ist es um das Volk geschehen. *Die Reichen haben kein Erbarmen, kein Mitleid mit dem Volk.*

Das ist der Grund, warum man die Volksvertreter entrechten muß. Einen anderen Ausweg gibt es nicht und kann es auch nicht geben. Das Volk muß nur selbst den Souverän spielen.

Die dritte Alternative funktioniert überhaupt ohne Volksvertreter. Es kann Freiwillige geben, die sich um die Verbesserung der Gesetze kümmern, wie es sie auch jetzt gibt, mit dem Unterschied, daß man ihren Vorschlägen Aufmerksamkeit schenken wird. Zurzeit kann sogar ein einzelnes Mitglied des Bundestages keinen Gesetzesvorschlag machen. Dieser Ungerechtigkeit wird damit ein Ende gemacht. Jeder

Bürger, wirklich jeder, bekommt die Möglichkeit, seine Gesetzesvorstellungen zu veröffentlichen und zu verteidigen.

- Die dritte Alternative funktioniert mit Hilfe von freiwilligen Gesetzgebern, die nicht mal vergütet werden. Ist da nicht wieder für die Reichen Tür und Tor geöffnet? Sie werden doch eine ganze Armee von klugen Köpfen einsetzen, damit sie unter dem Vorwand „für das Volk“ in Wirklichkeit „für die Reichen“ Gesetze vorschlagen werden?

- Klar, werden sie das. Aber da werden ganz bestimmt ein paar ehrliche Menschen bleiben, und sie werden vorschlagen, wie man solchen Reichen das Handwerk legt und sie z. B. enteignet. Wenn man auf diese Weise ein paar Reiche ganz arm macht, werden die Anderen vorsichtiger sein.

- Genau. Sie werden vorsichtiger, aber ihr Ziel werden sie nicht aus dem Auge lassen.

- Das glaube ich dir. Ich meine aber, daß es an Vorschlägen, wie man gegen solche Menschen vorgeht, ganz bestimmt nicht mangeln wird. Du mußt auch nicht vergessen, daß in dem Gesetzesamt speziell ausgebildete Menschen arbeiten werden, deren Aufgabe es ist, volksfeindliche Vorschläge auszufiltern.

Außerdem, wenn jemand hintereinander solche Vorschläge machen wird, kann man herausfinden, für wen er arbeitet und entsprechend beide bestrafen.

- Hoffentlich kommt es überhaupt soweit. Aber von einem bin ich überzeugt: Etwas schlimmeres als das heutige Parlament kann es nicht geben. Das ist schlimmer, als den Bock zum Gärtner zu machen. Die „Volksvertreter“ kümmern sich nur um ihre 30 Silberlinge.

Wie wurden die Könige entmachtet?

Die Macht des Königs war nicht begründet. Um an der Macht zu bleiben, durfte er keine Diskussion über seine Rechte oder Regierungsweise zulassen. Als die Dekabristen 1825 in Rußland mit dem Zaren sprechen wollten, antwortete er mit Kanonensalven. 5 der Gesprächslustigen wurden hingerichtet, hunderte wurden zu Zuchthaus verurteilt. Das Zarenhaus bekam eine fast hundertjährige Verschnaufpause.

Der russische Zar hatte die französische Revolution vor den Augen. Erst wurde über die Notwendigkeit von Volksvertretern im königlichen Rat gesprochen. Damit wurde die absolute Herrschaft, die absolute Autorität des Königs in Frage gestellt. Nicht nur das. Es entstand die Devise: Nicht das Volk für den König, sondern der König für das Volk. Dieses Prinzip erleichterte die Anerkennung der These, daß im königlichen Rat Volksvertreter sitzen müssen. Damit kam die Sache ins Rollen. Als dieses erreicht wurde, wurde die Autorität des Königs weiter untergraben. Man bewies wieder und wieder, daß der König nicht an das Volk, sondern nur an sich denkt. Wie das endete – wissen wir: Der König verlor seinen Kopf.

Mit dem Parlament steht die Sache viel einfacher. Die Autorität des Parlaments ist sehr gering. Die Frage, wer für wen da ist, hat nie bestanden. Der Souverän ist das Volk. Das Parlament verheimlicht nur, daß *es nie den Auftrag bekommen hat, selbst zu entscheiden*. Ein Vertreter des Volkes darf nicht entscheiden. Er darf und muß nur die Aufträge erfüllen. Weil aber die Revolution in Wirklichkeit nicht für das Volk, sondern

für die neuen Reichen gedacht war, hat man sich schon in den Zeiten der „großen“ französischen Revolution heimtückisch so benommen, als ob die Volksvertreter den Auftrag bekommen hätten auf eigene Faust zu entscheiden. Dieses Recht wird nirgendwo direkt ausgesprochen. Nur in deutschem GG geht man so weit, daß man behauptet, daß die Vertreter „an Aufträge nicht gebunden“ sind. Klar, das konnte nur in einem besetztem Land durchgehen: Das GG wurde dem deutschen Volk von den Amerikanern, von den Besatzern „geschenkt“. Aber die Behauptung, daß die Vertreter „an Aufträge nicht gebunden“ sind, widerspricht dem Art. 20(2) des GG: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Wie kann sie vom Volke ausgehen, wenn die „Vertreter“ des Volkes an Aufträge des Volkes nicht gebunden sind und dazu auch noch keinen Volksentscheid zulassen?

Die Forderung den Art. 38(1) abzuschaffen, ist deshalb total berechtigt. Sie konstatiert nur, daß das wichtigste Prinzip verletzt wird, nach dem das Volk der Souverän ist. Sie ist der Devise gleich, die Macht dem Volk zurückzugeben. Diese Devise muß auch ausgesprochen werden.

Was erreichen wir damit? Wir setzen die Autorität des Parlaments herunter, wir zeigen, daß es sich falsch benimmt, mehr sogar, daß es ein Verbrecher ist. Das Parlament kann sich nicht mal verteidigen. Es kann nicht mal behaupten, daß wir ungehorsam wurden. Alles ist ganz umgekehrt: Ungehorsam wurde das Parlament, der Bundestag.

Weiter müssen wir nichts tun. Die Macht gehört uns, dem Volk. Wir müssen nur dem Parlament sein Platz

zeigen. Das Parlament darf für uns nicht entscheiden, es darf nur unseren Willen erfüllen, unseren Aufträgen Folge leisten.

Wir müssen nur dem Usurpator zeigen, daß wir wissen, daß er ein Usurpator ist und wir seinen Wünschen nicht mehr folgen wollen. Ganz umgekehrt: Das Parlament muß unsere Wünsche beachten und darf keine eigene verwirklichen.

**Wann kann man anfangen,
was kann man machen - schon jetzt?**

Besser wäre zu fragen, was konnten wir noch gestern machen und haben es nicht gemacht?

Wir sagen gerne: Wir sind das Volk. Wir sind der Souverän.

Benehmen wir uns aber so? Wie oft noch sollen uns Politiker betrügen, bis wir endlich begreifen: Ihnen darf man nicht über den Weg trauen! Und doch kommen wir immer wieder und wieder und wählen, wählen und wählen die Betrüger zu unseren Vertretern. Na ja, zugegeben, „uns“ sind nicht mal 50 Prozent geblieben. Die anderen kommen nicht mehr und wählen nicht mehr. Das nennt man passiver Widerstand. Ja, das ist besser, als „wählen“ zu gehen, aber auch ein passiver Widerstand führt immer zur Niederlage.

- Konnten wir aber zur Offensive übergehen?

- Ja, das konnten wir.

- Zur Offensive?! Wir, Schwächlinge, die man nur zum Hohn als Herrscher, als Souverän bezeichnet?

- Ja, wir konnten es. Wir haben es uns nur nicht überlegt. Warum machen wir einen Vertrag mit unseren

Geliebten, und den „Vertretern des Volkes“ vertrauen wir wieder und wieder aufs Wort?

- Weil man mit ihnen keine Verträge machen kann.
- Haben wir das versucht? Während der Wahlen sind sie alle bereit, uns alles zu versprechen. Nehmen wir sie beim Wort! Aber schriftlich, vertraglich, mit Siegel und Unterschrift!
- Wie denn?!
- Du weißt nicht, wie man das macht? Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Rast ich, so rost ich. Man kann mit einem vorbereiteten Vertrag Wahlversammlungen besuchen und die Bewerber auffordern den Vertrag zu unterschreiben. Welcher Bewerber wird die Frechheit haben, sich zu weigern? Wer wird ihm da nachher noch glauben? Er wird damit sich selbst als Verräter brandmarken. Er muß sich verpflichten die Aufträge des Volkes zu erfüllen, weil nur dann es einen Sinn hat, ihn als Vertreter einzustellen.

Wir wissen, daß man alle Versammlungen so durchzuführen versucht, daß sich keiner in den Versammlungsverlauf einmischen kann. Auch darauf muß man vorbereitet sein. Man kann in den ersten Reihen mit einem Spruchband sitzen bzw. stehen: „Die Versprechungen werden immer gebrochen. Ohne Vertrag mit dem Volk können wir keinem glauben“. Mit einem solchen Spruchband kann man sich den Weg zu der Tribüne bahnen, damit die Absicht eine Unterschrift zu erzwingen, unmissverständlich wird. Es gibt bestimmt auch andere Wege? Wir müssen sie alle ausprobieren. Auch Demonstrationen. Aber vor allem – das tagtägliche Propagieren, damit jeder weiß, daß unsere Vertreter nur unsere Aufträge erfüllen

dürfen. Alles andere ist ein Verbrechen, ein Verrat. Man kann ein Kleidungsstück, eine Tasche, die man oft trägt, mit einem kleinen Plakat beschriften: „Kein Auftrag – kein (Volks-)Vertreter“. Man kann ein solches oder ähnliches Plakat an der Fensterscheibe befestigen. Wenn man lange Zeit ständig solche Plakate in der Stadt sehen wird, werden bald alle wissen, um was es geht.

Man kann viele kurze Texte aus diesem Buch als eine Art Vorlage für ein Flugblatt benutzen, z.B. den Abschnitt „Der Auftrag des Volkes verpflichtet“ (S.82-84) oder „Die Welt steht Kopf“ (S. 137). Man kann auch eigene Texte schreiben. Man muß nur das Hauptziel nicht vergessen: Wir sind das Volk, der Souverän. Wir haben das Recht zu entscheiden, nicht ein Parlament, nicht der Bundestag.

Wir müssen selbstbewusster werden

Klar, nur mit passivem Propagieren erreichen wir nicht viel. Aber wir können damit die Volksmeinung vorbereiten. Man muß Wählergemeinschaften oder auch Parteien gründen und Kandidaten aufstellen, die den Zweck ihrer Arbeit im Erfüllen der Aufträge des Volkes sehen werden. Nicht von heute auf morgen, aber mit der Zeit wird jeder Kandidat begreifen, daß ohne einen Vertrag mit den Wählern er weder in den Bundestag noch in den Landtag kommen wird. Man muß nur hartnäckig bleiben.

Erinnern Sie sich öfters an den Soldaten mit dem Zaubergürtel. (Vorwort zum Kapitel 4). Wer zu zaghaft ist, erreicht nichts. Die Frechheit der Politiker reicht nicht so weit, um offen zu behaupten, daß sie die

Diktatoren sind, daß sie gegen den Willen des Volkes handeln werden. Seien Sie wie der Soldat, fragen Sie sie öfter: „Wer gab euch das Recht so zu handeln? Haben sie das Volk gefragt? Wo steht, daß sie das Volk nicht fragen müssen? Kann es einen (Volks-)Vertreter ohne Auftrag (des Volkes) geben?“ Sie werden sehen, die Frechen werden verstummen, sie werden nichts zu sagen wissen, sie werden ihren Schwanz einziehen und nur noch zu winseln imstande sein.

Das Recht ist auf unserer Seite. Wir haben nichts verbrochen. Wir wollen nur das zurückholen, was uns gehört. Wir müssen mehr selbstbewusst werden. Wenn wir das nicht sein werden, haben wir die Lage, in der wir sind, verdient und sind nichts Besseres wert.

- Es gibt den Art. 38-1, in dem schwarz auf weiß steht, daß die Abgeordneten an Aufträge nicht gebunden sind!

- Das ist es ja! Wer an Aufträge nicht gebunden ist, der ist kein Vertreter und kann auch kein Abgeordneter sein. Für was haben wir ihn denn abgeordnet? Damit er macht, was er will?! Womit haben wir ihn beauftragt? Gegen das Volk zu wirken?!

Jeder der Kandidaten muß bestätigen, daß er den Art. 38-1 für gesetzwidrig hält.

Wer an Aufträge nicht gebunden ist, der ist zum Verrat des Volkes aufgerufen: „Du bist an Aufträge nicht gebunden, mach was du willst. Verkauf dich so teuer, wie du nur kannst!“

Wer nicht anerkennt, daß er an Aufträge gebunden sein muß, der ist kein Vertreter, sondern ein Verräter des Volkes. Der Bundestag, der an Aufträge des Volkes

nicht gebunden ist, ist ein Usurpator der Macht des Volkes. Alle seine Gesetze sind deshalb rechtswidrig, haben keine Rechtskraft. Wer sich an Aufträge nicht hält, vertritt auch niemanden. Er verliert das Recht, sich als Vertreter zu bezeichnen.

Ich möchte mal den Kandidaten sehen, der die Frechheit haben wird, öffentlich zu sagen, daß er die Aufträge des Volkes nicht mal versuchen wird zu erfüllen!

Man darf nicht eingeschüchtert in der Ecke sitzen und die „politische Klasse“ schalten und walten lassen!

Die Welt steht Kopf

Wenn es zwei verschiedene Meinungen gibt, die eine gehört dem Volk und die andere dem Parlament, dann hat das Parlament sich vor dem Volk für seine Frechheit zu entschuldigen. Das Parlament, der Bundestag darf keine eigene Meinung haben. Und wenn er eine eigene Meinung aussagt, dann bedeutet das, daß er dem Volk verbietet, eine eigene Meinung zu haben.

Gerade das passiert zurzeit.

Die Meinungsfreiheit des Volkes (des Souveräns, des Herrschers!) wird vom Bundestag (vom Diener des Volkes!) immer mehr eingeschränkt.

Die Welt steht Kopf!

Man muß alles wieder zurechtbiegen. Nicht das Volk ist für die Vertreter, sondern die Vertreter sind für das Volk da. Unsere Pflicht ist, die Volksvertreter endlich zurechtzuweisen.

Wir sind das Volk, wir sind der Souverän.

Entscheiden müssen wir, das Parlament hat zu gehorchen.

Der Vertrag

- Und wie soll der Vertrag aussehen?
 - Der Vertrag, den wir den Kandidaten zu unterschreiben geben sollen? Der Vertrag kann die Form einer Verpflichtung haben: „Ich anerkenne, daß der Vertreter nur dann ein Vertreter (ein Beauftragter) ist, wenn er einen Auftrag hat (beauftragt ist), und nur dann, wenn er den Auftrag aktiv versucht zu verwirklichen und nie gegen den Sinn des Auftrages wirkt. Ich verpflichte mich im Falle, das ich zum Abgeordnetem des Bundestages (des Landtages) gewählt werde, mich an Aufträge meiner Wähler zu halten. Nach der Wahl werde ich im Laufe eines Monats eine Versammlung mit den Wählern einberufen zwecks Erhalt der Aufträge meiner Wähler.“
 Ich denke, daß Einzelheiten des Vertrages, der Verpflichtung gar nicht so wichtig sind. Wichtig ist, daß wir sie zurechtweisen und daß sie gestehen müssen, daß nicht sie, sondern wir das Recht haben zu entscheiden. Das Parlament hat kein Recht das Volk umzugehen, das Volk zu bevormunden. Das Volk nicht zu fragen, was es will, ist das schlimmste Verbrechen, das es überhaupt seitens des Parlaments gibt. Das müssen sie gestehen. Wenn wir das erreichen, haben wir schon so gut wie gewonnen und unsere Macht zurückerobert.
 Welche Forderungen würdest du am besten hineinschreiben?

- Mir hat die Idee gefallen, daß die Polizei der

Regierung nicht unterstellt sein muß.

- Gut, schreiben wir sie auf. Was noch?
- Daß man keine Soldaten ins Ausland schicken darf.
- Da werden dich viele unterstützen.

Aufschreiben! Was noch?

- Den Art. 38-1 abschaffen oder ändern.
- Siehst du! Wir haben nicht umsonst gesprochen. Was noch?
- Den § 130 StGB streichen. Die Wahrheit darf man nicht verbieten.
- Das ist richtig, das verlangen viele. Was noch?
- Gesetzesamt einzuführen, damit jeder Gesetzesvorschläge machen kann.
- Das ist unsere wichtigste Angelegenheit, richtig. Noch Wünsche?
- Jedes Gesetz zu jeder Zeit angreifbar machen.
- Genau, das ist auch ein Wunsch aus dem Bereich, den wir besprochen haben. Weiter?
- Keine Verträge machen, aus welchen man nicht heraus kann.
- Du meinst den Vertrag über die EU, daß man aus der EU nicht austreten kann?
- Genau. Außerdem: Keine neuen Gesetze ohne Befragung des Volkes. Ende des Volksverrats. Besser keine Gesetze, als volksfeindliche.
- Das hast du gut formuliert. Diese Forderung kann man in den Vertrag mit den Kandidaten hineinbringen. Die Regierung kann auch ohne neue Gesetze genau so gut funktionieren.
- Weil die Volksvertreter laut Art. 38-1 angeblich Vertreter des ganzen Volkes sind, müssen die Fraktionen der Parteien im Bundestag aufgelöst werden

und ein Druck seitens der Parteien auf die Abgeordneten als strafbar erklärt werden.

- Sehr gut. Ich meine auch, daß eine propagandistisch gefärbte Rede im Bundestag strafbar sein muß. Jeder darf nur sachliche Mitteilungen machen über die Aufträge, die er von seinen Wählern bekommen hat, *ohne jede Wertschätzung eines Auftrags*.

Das Parlament soll uns vertreten, nicht aber belehren und nicht bevormunden.

- Da muß noch ein Punkt sein. Wenn der Vertreter sich mindestens gegen einen den ihm beauftragten Punkten einsetzt, dann ist sein Mandat nichtig. Auf seinen Platz muß dann ein Ersatzmann gewählt werden.

- Vielleicht könnte man diesen Ersatzmann auch im Voraus wählen, damit er auf den ersten aufpaßt?

Das waren die Vorschläge von uns beiden. Klar, können die anderen Wähler andere Wünsche haben. Wann wir auf diese Weise erreicht haben, daß die Volksvertreter zugeben, daß sie keine eigene Meinung haben dürfen, können wir alle möglichen Vorschläge durchsetzen. In erster Reihe werden wir dann die neue Staatsordnung nach dem Kapitel 4 verwirklichen.

Dann werden wir die wirklichen Souveräne sein. Weder Kanzler noch Präsident darf in der Gesetzgebung mehr Rechte als ein normaler Bürger haben. Die kleinste Abweichung von diesem Prinzip kann früher oder später zur Bildung einer neuen „politischen Klasse“ und letztendlich zu einer Diktatur führen, ähnlich der, die wir jetzt haben. In der Gesetzgebung ist nur die absolute Gleichberechtigung zulässig.

Anhang

Ein Porträt der Politiker im Pressespiegel

CSU-Landesgruppenchef Michael Glos meinte, man müsse auf die Bevölkerung *mehr Rücksicht nehmen* **und so tun**, als gebe es Volksbefragung und Volksentscheid.

SZ Mi. 6.09.2000, 1. Seite, unten:
Koalition streitet über Referendum

Wenn man sich auf Politiker verläßt, ist man verlassen

Wer Frieden sucht, erinnert nicht an Streit

Denken Sie selber,
Entscheiden Sie selber,
Recht
Oder gar kein Recht?

Abkürzungen:

STZ – Stuttgarter Zeitung

SZ – Süddeutsche Zeitung

WamS – Welt am Sonntag

ZR – Zentralrat, ZRdJ – Zentralrat der Juden

(A-K ...) – Autorkommentar. In Klammern wird vom Autor der Inhalt der Zeitungsberichte kommentiert

Im Kapitel 1 „Der geschenkte Gaul“ wurde gezeigt, daß die Volksvertreter die Macht des Volkes mit Hilfe des § 38(1) GG usurpiert haben. Die Volksvertreter verstehen ganz gut, daß die Macht nicht dem Volk, sondern vielmehr ihnen gehört. Und, wie die unten angeführten Zitate zeigen, benehmen sie sich auch entsprechend dieser Tatsache.

In diesem Kapitel werden Zitate überwiegend aus nur 2 Zeitungen angeführt, die die Schlüsse der Kapitel 1 und 2 bestätigen. Aber diese Bestätigung könnte man in jeder Zeitung finden. Schon aus den Untertiteln dieses Kapitels kann man sich ein Porträt der Politiker machen. Das könnte dem Leser Zeit sparen. Wer sich aber mehr Zeit nimmt, kann sich überzeugen, daß die angeführten Zitate dem Porträt der Politiker noch viel genauere Konturen vermitteln. Alle Zitate, wenn nicht anders angegeben, stammen aus dem Jahr 2000.

1. Politiker mißachten Gesetze und Regeln

STZ Do. 29.06: Kohl-Regierung hat Daten vernichtet

STZ Do. 13.07: Manager: Schmiergeld floß an CDU

STZ Fr. 14.07: Merz wirft dem Kanzler „Bestechung“ vor

...Führende Unionspolitiker rügen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Finanzminister Hans Eichel (beide SPD): sie betrieben Stimmenkauf... Andere meinen, es sei „einmalig und verfassungswidrig“...

STZ Do. 20.07: Millionenstrafen für Kohls Spenden.

SZ Fr. 25.08. Justizminister Heitmann angezeigt
Einen Rücktritt schloß Heitmann aber aus. Er habe keinerlei Einfluß auf die Justiz genommen, sagte der Minister.

(A-K. Wer Ohren hat, der höre. Politiker dürfen nicht Einfluß nehmen. Und was machen alle Politiker üblicherweise? Sie mischen sich nicht nur ein, sie raten sogar einigen Selbstjustiz zu üben und versorgen sie dazu mit Hilfsmitteln. Siehe Abschnitt „Politiker rufen zu Übergriffen, zur Willkür auf“ oder: SZ Fr. 4.08, SZ Sa. 5.08, STZ Mi. 9.08, STZ Sa. 26.08.)

SZ Do. 21.09: Schäuble: Kohl hielt Spendenaffäre für „nicht so schlimm“

SZ Fr. 29.09: Rotes Schwarzgeld
Untertitel: Die SPD muß sich wegen eines fiktiven Firmenverkaufs rechtfertigen

SPD: Kohl ist ein Geschichtsfälscher
Untertitel: Struck wirft Altkanzler Verleumdung vor
SPD und CDU werfen sich gegenseitig
Geschichtsfälschung vor. Struck bezeichnet
Kohl als Gesetzesbrecher.

SZ Fr. 3.11. Spalte rechts, ganz klein: Staatsanwalt prüft Kokainfund im Reichstag
...Das Magazin „Akte 2000“ ...hatte berichtet, bei einem Test seien Kokainspuren in 22 von 28 Toiletten im Reichstagsgebäude festgestellt worden. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Christa Nickels, nannte den Magazinbericht „sehr fragwürdig und unseriös“

SZ Do. 23.11: Spalte rechts: Saar-Innenminister Meiser tritt zurück
...wegen der Finanzaffäre um den Fußballclub 1.FC

Saarbrücken...

(A-K. Ähnlich war es mit Klimmt – auch ihm drohte ein Ermittlungsverfahren)

2. Politiker und Medien schätzen die Opfer rassistisch ein

Untertitel 1. Verletzte sind keine Einheimischen

STZ Fr. 28.07: Bombenanschlag in S-Bahnstation
„Die Opfer seien überwiegend Ausländer“

SZ Fr. 28.07, S. 1, kleine Meldung ganz unten:
Sprengsatz detoniert im S-Bahnhof
9 Menschen verletzt, die meisten Russen, von einem Sprachunterricht. Kein politisches Motiv ersichtlich.

(A-K. Bis jetzt nichts Besonderes. Die „Russen“, meistens sind es Rußlanddeutsche, werden von den Medien niedriger gestellt als die Einheimischen. Wenn das deutsche Leben nichts zählt, wird das Leben eines Rußlanddeutschen noch niedriger bewertet. Der Tod eines Rußlanddeutschen ist von den (linken) Medien fast erwünscht. Also kein besonderes Ereignis, aber immerhin eine Sprengsatzdetonation. Könnte ja etwas Schlimmeres passieren).

STZ Sa. 29.07: (A-K. O Schreck, o Schreck!) Rechter Terror in Düsseldorf
Untertitel: Überwiegend Juden Opfer des Anschlags

(A-K. Die Opfer sind keine „Russen“?! Sogar Juden?

Das ist ja **grauenhaft!**

Also aufgepaßt, Terroristen. Wenn ihr möchtet, daß eure Tat ganz groß in die Zeitungen kommt, und zwar für viele Tage, nur Juden angreifen. Alle anderen anzugreifen hat keinen Sinn. Um sie kümmert sich kein Schwein, und schon gar nicht die Medien)

9 Opfer, 6 jüdischen Glaubens. Motiv und Täter unbekannt. 150 Beamten eingesetzt.
10.000 Mark Belohnung für Hinweise.

(A-K. So schnell hat sich die Meinung geändert. Aus einem „gewöhnlichen“: „Sprengsatz detoniert“ wurde sofort „rechter Terror“, und nur weil unter den Opfern nicht nur „Russen“, sondern auch Juden sind. Wenn das kein offener Nazismus ist?)

Viele Politiker und DGB riefen zu gemeinsamen Kampf gegen den Rechtsextremismus auf.

(A-K. Menschen anzugreifen ist menschlich. Juden anzugreifen ist rassistisch und rechtsextremistisch. Schnell, schnell, solange es sich noch nicht herausgestellt hat, daß an dem Anschlag ein Palästinenser schuld war! Dann wird keine Verhetzung gegen „die Rechten“ möglich sein.)

SZ 29.07, S. 1, ganz oben: Schily vermutet rassistischen Hintergrund

Untertitel: Sechs von den neun ausländischen Opfern sind Juden / Bisher keine Erkenntnisse

(A-K. Solange es „Russen“ waren, gab es keinen „rassistischen Hintergrund“?)

Flüchtlinge aus Rußland, Aserbeidschan und der Ukraine. Sechs von ihnen sind Juden. 150 Beamte wurden eingesetzt, Belohnung für Hinweise ausgesetzt. 10000 Mark.

„Falls sich der Verdacht einer fremdenfeindlichen Straftat bestätigen sollte, werde die Bundesanwaltschaft vermutlich das Verfahren übernehmen“

(A-K. Hat das jeder verstanden? Wenn die Tat als fremdenfeindlich eingestuft wird, dann ist die Untersuchung eine Sache der Bundesanwaltschaft, in allen anderen Fällen kann auch die örtliche Staatsanwaltschaft die Sache erledigen. Klar, es geht ja um Juden, da kann man nicht vorsichtig genug sein. Nein, das ist keine geheime Verordnung, das weiß jeder Reporter. Warum er das sagt? Es ist ganz einfach, jeder Deutsche, der es noch nicht verstanden hat, muß endlich begreifen, daß Juden mehr wert sind und anders behandelt werden. Vielleicht wird auch er dann zu einem Antisemiten? Man muß doch für die Zukunft sorgen. Außerdem, Staatsanwälte sind auch nur Menschen. Sie brauchen auch Arbeit.)

...Der Geschäftsführer der Sprachschule, Norbert Kuge, sagte der SZ, er hoffe noch immer, daß die Gruppe nur zufällig getroffen wurde. Nach seiner Kenntnis sind gegen Lehrer oder Schüler der Schule noch nie fremdenfeindliche Drohungen ausgesprochen worden“.

(A-K. Na, aus diesem wird nie ein Politiker!)

Spiegel ... verurteilte den Anschlag als „Attentat gegen Menschen, unabhängig davon, ob es sich um Deutsche, Ausländer oder Juden handelt“

(A-K. Wie ging es den in dem berühmten Märchen?
„Da hast du Schlüssel von allen Zimmern, überall darfst du hineingehen, nur in dieses Zimmer da nicht. Aber den Schlüssel von diesem Zimmer hast du. Das ist dieser. Merke ihn dir gut“.)

S. 4. Die alte neue braune Gefahr (Heribert Prantl).
... Sechs von den neun ausländischen Opfern sind Juden; man fürchtet verheerende Reaktionen vor allem aus den USA...

(A-K. Ist damit nicht gesagt, daß man „verheerende Reaktionen“ seitens Rassisten befürchtet, für die nicht das menschliche Leben, sondern das Leben der Juden wichtig ist? Die nationale oder religiöse Zugehörigkeit der anderen Opfer wurde nie genau beziffert. Ist ja auch belanglos? Wichtig sind nur die Juden.
Es wird also nie eine Möglichkeit verpaßt den Antisemitismus zu schüren? Bringt ja Geld, sagt man)

...Seit Jahren müßte es im Osten Daueralarm geben. Ausländer sind totgetrampelt, Obdachlose erschlagen worden... Der rechtsradikale Mainstream der Jugendkultur vergiftet das öffentliche Leben“

(A-K. Könnte sich Herr Prantl nicht vorstellen, daß die offene rassistische Bevorzugung der Ausländer und der Juden das Leben der anderen Menschen vergiftet? Und daß man den Menschen *mit Gewalt* die Liebe (?) zu

Ausländern zu vermitteln versucht?

Was haben die Menschen von der Einwanderung außer der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die auch ohne der Einwanderer schon sehr hoch ist?)

... „Manchmal hat er sich die Insignien der germanischen Kulte angehängt, das Keltenkreuz oder das Sonnenrad. Manchmal trägt er das T-Shirt einer neuen heidnischen Religion mit dem Schriftzug „Wotan statt Christus“.

(A-K. Die religiöse „Toleranz“ strotzt aus dieser Beschreibung. Sie empfinden das alles ein bißchen als fremdartig, Herr Prantl, nicht war? Warum verstehen Sie denn nicht, daß auch Einheimische die türkischen, muslimischen oder jüdischen Insignien als fremdartig empfinden können? Sie, Herr Prantl, haben keine Toleranz, die anderen sollen sie haben?)

...Manchmal wirft er einen Brandsatz in eine Synagoge oder Steine durchs Fenster einer Moschee...

(A-K. Auch Herr Prantl, genau wie die Politiker, nutzt die „Gelegenheit“, solange die Brandstifter noch nicht bekannt sind, um „die alte neue braune“ Szene zu beschuldigen? Oder beschuldigt er direkt alle Osis?)

... Manchmal schmiert er seine Runen auf die Mauern christlicher Gotteshäuser; die Pfarrer halten es dann nicht für rechtsextrem, sondern für antikirchlich...

(A-K. Die Übertreibung im Falle der Juden ist fast in jedem Satz bemerkbar. Wenn jemand „die Mauern

christlicher Gotteshäuser“ beschmiert, dann ist es nur antikirchlich, wenn das gleiche mit der „Rückseite einer Gedenktafel“ (STZ Sa. 7.10.) an einer Synagoge passiert, dann ist es nicht nur antireligiös oder antisynagogisch, dann ist es sofort antisemitisch und rechtsextrem.

Würde es in Deutschland nicht ruhiger sein, wenn man nur über die Beschädigung oder das Beschmieren eines „Gotteshauses“ berichten wird, ohne anzugeben, daß es ein christliches, jüdisches oder muslimisches ist? Die Religionen sollen doch gleichwertig sein, dann sind vielleicht auch die „Gotteshäuser“ gleichwertig? Wenn man keinen Unterschied in der Behandlung haben will, darf man den Unterschied auch nicht hervorheben. Die Medien machen es aber scheinbar absichtlich und immer. Verstehen sie nicht, daß sie damit den gegenseitigen Haß nur schüren? Oder ist das gewollt?)

Solche Anschläge haben aber eine gemeinsame Zielrichtung: Sie richten sich gegen eine Religion, für die der einzelne Mensch zählt, und nicht seine Rasse“

(A-K. Wirklich? Warum wirft dann diese Religion das alte Testament nicht weg, das Buch, das eine einzige Nation glorifiziert? Oder gibt es noch andere „auserwählte Völker“ für den einzigen Gott des Alten Testaments?)

... der kleine Gedenkstein für ihn (A-K. für Alberto Adriano aus Mosambik) erregt den Ärger der Passanten: für einen Deutschen, so sagen sie, wäre kein Stein aufgestellt worden.

(A-K. Da haben wir das Geständnis. Die Politiker und die Medien wissen also ganz gut, was das Volk ärgert. Und doch machen sie gerade das. Kann man das anders verstehen, als so, daß man mit Gewalt die Linken, die ja die Ausländer so lieben, mit den Rechten, die von ihnen nichts halten, gegeneinander aufbringen will? Teile und herrsche?)

Die alte neue braune Gefahr ist gefährlicher als die RAF, weil sie eine geistige Basis in der Bevölkerung hat, wie sie die RAF nicht hatte...

(A-K. Noch ein Geständnis. Die Politik handelt also gegen den Willen mindestens eines Teiles des Volkes? *Dienen* sie dem Volke, oder versuchen sie es mit Gewalt *umzuerziehen*?

Versteht die Politik den Unterschied zwischen einem Gast oder paar Gästen und Millionen von ihnen? Ein paar Gäste sind Gäste, Millionen sind eher ein Einfall, eine Invasion, eine Überflutung, nicht wahr?)

... Solange jugendliche Schläger den Eindruck haben können, eine Gerichtsverhandlung, bei der man die applaudierenden Kameraden im Zuschauerraum postiert, werden die Justiz und ihre Strafen präventive Wirkung nicht entfalten.

(A-K. Vielleicht könnte man diesen pathetischen Satz umformulieren: Solange die etablierten Parteien nicht mit dem Volk, sondern gegen das Volk sind?..)

Neuer Untertitel: Aufstand des Anstands

...Es muß etwas geschehen... Der Welle der Gewalt

muß eine Welle des Anstands entgegenrollen. Die Zivilgesellschaft... muß zeigen, wo sie steht. Damals, vor der Einheit, hieß der Ruf: Wir sind ein Volk. Jetzt muß er ergänzt und neu gelernt werden: Wir sind ein Volk, das Haß und Gewalt gegen Ausländer nicht duldet.

(A-K. Ach, Herr Prantl! Das wäre vielleicht nur die halbe Wahrheit? Vielleicht würde die ganze Wahrheit anders klingen: Wir haben begriffen: Wir sind ein Volk, aber die Ausländer sind für die Politiker wichtiger als wir, und die Juden sind tausendmal wichtiger als wir? Wird aber die ganze Wahrheit den Politikern mehr gefallen? Suchen sie überhaupt die Wahrheit?)

STZ Mo. 31.07: Fischer: Kampf gegen Fremdenhaß
Untertitel: Noch keine heiße Spur nach Düsseldorfer
Attentat. Neuer Zwischenfall: Rechte jagen Schwarze
... „Ausländerhaß ist laut Außenminister Joschka
Fischer der wahrscheinlichste Hintergrund“.

(A-K. Wer soll das in diesem Fall besser wissen als der Außenminister Joschka Fischer? Er weiß doch am besten, was man im Ausland so will? Einen Grund für die weitere Umerziehung des deutschen Volkes?)

...Der Minister erklärte, rechtsextreme Gewalttäter zielten auf das Kernelement der deutschen Demokratie... (A-K. Endlich wissen wir was das Kernelement der deutschen Demokratie ist!) ...die Unantastbarkeit der Menschenwürde...

(A-K. O, Entschuldigung! Mein Schluß war ein bißchen voreilig. Aber wer hat denn die Menschenwürde getroffen? Ich dachte, es waren 10 Opfer, darunter 6 Juden. Wer die anderen im einzelnen sind, wissen wir bis jetzt nicht. Aber das wichtigste wissen wir ja: Die 6 Juden. Und gerade diese 6 Juden stellen die „unantastbare Menschenwürde“ dar?)

Überall in Deutschland müßten Politiker und Bürger jetzt den Kampf aufnehmen...

(A-K. Na klar. Wenn schon Juden getroffen wurden. Schlimmer kann's ja nicht passieren)

...Peter Struck verlangte eine intensive Beobachtung der rechten Szene. Präsident der Bundesanstalt für Verfassungsschutz Peter Fromm berichtete, daß „seine Behörde bekämpfe den Rechtsextremismus bereits mit größerem Einsatz als den von links“. „Unterdessen haben antifaschistische Gruppen für kommenden Samstag eine Demonstration gegen „Naziterror“ angekündigt.

(A-K. Klar. Wenn die Täter noch nicht bekannt sind, konnten es nur „Nazi“ sein. Das ist begreiflich.)

SZ Mo. 31.07: „Die Mehrheit darf nicht länger schweigen“

„Obwohl die Ermittlungsbehörden bisher noch keine genauen Erkenntnisse über die Täter und deren Motive besitzen, will sich die Bundesregierung jetzt

energischer mit dem Rechtsextremismus
auseinandersetzen...

(A-K. Klingt durchaus „logisch“. Wenn es zufällig ein Fehler sein wird, man muß sich ja als Regierung vor keinem entschuldigen? Und schon gar nicht vor den Rechten?)

... Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin wies darauf hin, daß sich viele Täter durch die Menschen in ihrem Umfeld bestätigt fühlen. „Hier gibt es zu viele klammheimliche Zustimmung und viel zu viel Wegschauen“.

(A-K. Nicht nur Heribert Prantl also, auch die Ministerin weiß, daß die „Rechtsextremen“ vom Volk unterstützt werden? Das macht sie aber keinesfalls stutzig. Ja, wenn sie Vertreterin einer fremden Macht wäre, könnte man sie verstehen. Oder ist sie auch wirklich dem Volk total fremd?)

Heiner Geißler: Der Rechtsextremismus habe „einen langen Arm bis in Gerichte und Verwaltungen hinein“.

(A-K. Das ist doch auch nichts anderes als ein Geständnis, daß der „Rechtsextremismus“ stark in der Gesellschaft verankert ist? Und ein Geständnis, daß sie dem Volk ihre Meinung oder Denkweise aufzwingen wollen? Sie kämpfen also gegen einen Teil des Volkes?)

Der Schriftsteller Ralph Giordano rief zum „unmißverständlichen Mut einer Mehrheit“ auf, sich

gegen die „gewalttätige Minderheit samt ihren Hintermännern und Finanzmäzenen“ zu wehren.

(A-K. 1). Als Schriftsteller muß Herr Giordano ganz bestimmt gut verstehen wie „tapfer“ die „Mut einer Mehrheit“ klingt. Zehn gegen einen! Hundert gegen einen! Nur Mut, Herr Giordano!

2). Die Bezeichnung „gewalttätige Minderheit“ klingt doch verächtlich? Aus der Sicht des § 130 ist wohl eindeutig, daß Herr Ralph Giordano Volksverhetzung betreibt?)

S. 4: Wenn Neonazis in Watte fallen... (Heribert Prantl)

„Rechtsextremismus, das ist dort (im Osten) mehr als DVU und NPD; daneben gibt es „Heimatschutz“ und „Arischen Jugendbund“, ganze Kompanien von Bünden und Kameradschafts-Zirkeln...

(A-K. Noch eine Bestätigung, daß die etablierten Parteien gegen das eigene Volk kämpfen?)

... und es gibt Listen der Neonazis, auf denen Juden und sonstige „linke“ Gegner verzeichnet sind – wobei als „links“ gilt, so hat es die Zeitung *Freies Wort* formuliert, „was nicht rechts sein oder nicht in *die Schnauze* halten will“. Das sind in Osten nicht sehr viele...

(A-K. Also die Meisten sind bereit „rechts zu sein“? Wer ist den das Volk, Herr Prantl? Die Meisten oder die Wenigsten?)

... Und das ist die eigentliche Gefahr: das Zurückweichen, Preisgeben des öffentlichen Raums. Der Rechtsextremismus stößt, jedenfalls im Osten, nicht auf Widerstand, er fällt in Watte, ihm ist stiller Beifall sicher.

(A-K. Kann man das anders deuten, als daß Herr Prantl nochmal bestätigt, daß die etablierten Parteien gegen das eigene Volk kämpfen? Im wessen Auftrag wollen sie es umerziehen?)

STZ Mi. 2.08: Mehr Härte gegen rechten Terror.
Untertitel: Bayern fordert Verbot der NPD –
Düsseldorfer Sprengsatz war eine Handgranate aus dem Krieg

Die Belohnung wurde auf 120 Tausend Mark erhöht.

SZ Mi. 2.08 Bayern fordert bundesweiten Verbot der NPD

STZ Do. 3.08. Erster Tatverdächtiger im Visier

SZ Do. 3.08. Regierung erwägt derzeit keinen Antrag auf NPD-Verbot

STZ Do. 31.08 Mord: Skinheads zu hohen Strafen verurteilt

... „Schröder wird heute das Mahnmal für den ermordeten (A-K. Mosambikaner) Alberto Adriano besuchen“.

(A-K. Eine wirkliche Staatsleistung. Hat auch der von den Polizisten ermordete deutsche Behinderte ein Mahnmal bekommen? (Siehe hier in diesem Abschnitt **Untertitel 2**: STZ Fr. 22.09.)

Man kann doch nicht hoffen, daß auch seine Ruhestätte von einem Politiker aufgesucht wurde?

***Untertitel 2. Verletzte
sind vermutlich Einheimischen***

STZ Do. 20.07. Bevölkerung schrumpft drastisch

STZ Fr. 4.08. Mehr Kinder bei Verkehrsunfällen getötet

...“Alle 28 Stunden starb ein Kind auf der Straße.“
„49200 Kinder bei Unfällen verletzt“. 2700 mehr als 1998.

(A-K. Nur Statistik? Kein Grund zum Alarm?)

STZ Sa. 12.08, S.1: Forscher: NPD-Verbot löst die Probleme nicht.

S. 23. Überfall auf Rechtsradikale.

5 Menschen verletzt von Vermummten.

(A-K. Alle Berichte über Überfälle fanden Platz üblicherweise auf der S. 1. Ein Überfall auf

„Rechtsradikale“ kommt erst auf der S. 23.

Entsprechend keine Aufrufe, keine Hysterie. Sind ja vermutlich nur Deutsche. Die gibt's in Überfluß.

Solche Berichte lösen keine große Aufmerksamkeit aus. Es sind 5 Menschen verletzt, aber das ist kein

Grund zur Aufregung. Kein Einsatz von 150 Beamten.

Keine 120 000 Mark, nicht mal 10.000 Mark
Belohnung für Hinweise.)

STZ Fr. 25.08. Zahl der Verkehrstoten gestiegen.
Im ersten Halbjahr 3627. (A-K. Kein Grund für Sorge)

STZ: Fr. 22.09: 21 Polizeischüsse auf Behinderten

(A-K. Eine ganz kleine Mitteilung. Ein wehrloser
Mensch wurde von zwei Polizisten umgebracht. Aber
das war vermutlich nur ein Deutscher. Keiner großer
Aufregung wert?

In Wirklichkeit ist doch alles umgekehrt. Einen Grund
zur Aufregung gibt es. Schlimm ist es, wenn jemand
von einem Verbrecher umgebracht wird. Aber
Verbrecher gabs immer.

Diesen Menschen brachten Beamte um, die uns
schützen müssen. Schützen, nicht umbringen.

Schlimmeres kann es wirklich nicht geben. Das ist auch
nicht der erste Fall. In einem Hotel schoß die Polizei
durch die Tür, weil sie vermuteten, hinter ihr sei ein
bewaffneter Verbrecher. Dort war aber ein normaler
unbewaffneter Gast.

Darf überhaupt ein Verbrecher umgebracht werden,
ohne daß man versucht ihn festzunehmen?

In der Nacht machte die Polizei leise die Tür einer
Wohnung auf. Widerrechtlich. Weil jemand gesagt hat,
in dieser Wohnung würde ein junger Mann eine Pistole
aufbewahren. Dem aus dem Schlaf gerissenen Vater
dieses jungen Mannes schossen sie eine Kugel in die
Stirn. Weder er noch sein Sohn besaßen eine Waffe.
Alle diese Fälle bewiesen eine unglaubliche Feigheit
der Polizisten. Wenn man keinen Mumm in den

Knochen hat, darf man nicht zu der Polizei gehen. Und wenn man sich dafür entscheidet, muß man eine gewisse Bereitschaft zum Risiko mitbringen.

Diese Fälle haben die Öffentlichkeit, besser gesagt, die Medien nicht besonders erregt. Sind sie aber nicht viel schlimmer als der Anschlag in Düsseldorf? Eine Tat von Verbrechern kann man immer erwarten. Sie besagt nicht, daß die Gesellschaft krank ist. Es gibt Serienmörder, die ganze Städte in Angst versetzen. Man sagt doch nicht, daß daran alle seine Bekannte und Verwandte schuld sind?

Gejagt wird nur der Verbrecher. Da kann man halt nichts machen.

Zu erwarten, daß Polizisten wehrlose Menschen umbringen, ist ein bißchen zuviel. Das ist keinesfalls etwas Normales. Hier müßte man Alarm schlagen. Hier müßten Politiker das Grab der Unschuldigen besuchen. Im Falle, wenn Polizisten Menschen aus purer Feigheit umbringen, kann man sofort schlechte Ausbildung vermuten. Erst muß der Verbrecher zur Aufgabe aufgefordert werden. Schießen kann man nur dann, wenn der Verbrecher die Waffe bewegt.

Dem unbewaffneten Behinderten schoß man 7 Kugeln ins Bein. Kein einziger Schuß wurde erwidert. Und doch schoß man wieder und wieder?

Wenn der Verbrecher im Hotel ist, kann man zu ihm nicht als Bedienung reinkommen?

Oder einfach abwarten, bis er herauskommt, oder Tränengas ins Zimmer befördern?

Nein, man muß feige durch die Tür schießen. Und nicht auf der Höhe der Beine, nein, auf der Höhe der Brust.)

STZ Fr. 6.10: Gläubiger um zwei Milliarden betrogen

(A-K. Nichts Schlimmes, da wurden ja vielleicht nur Deutsche geschädigt.)

SZ Do. 26.10. NPD-Politiker in Württemberg niedergeschossen

Untertitel: Vize-Kreisvorsitzender nach Notoperation außer Lebensgefahr / Schily wirbt um Mehrheit für Verbot der Partei

...ein 42 Jahre alte NPD-Funktionär... als in der Dunkelheit ein Täter mehrere Schüsse auf ihn abgab. Ein Schuß traf den durch Leserbriefe in der Geislinger Zeitung aufgefallenen Rechtsextremisten am Becken. ... ob es sich um einen politisch motivierten Anschlag handelt, war zunächst unklar. ...unterdessen zeichnete sich im Bundesrat wie auch im Bundestag noch keine einheitliche Haltung zu einem NPD-Verbot ab. ...Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen unterstützen ein Verbot.

(A-K. Können Sie sich vorstellen, was für ein Gekreis wäre, wenn da ein Ausländer, oder, Gott bewahre, ein Jude niedergeschossen worden wäre? Diese Stille, diese Gleichgültigkeit, ist sie nicht ein eindeutiger Beweis, daß die Politiker und Medien rassistisch infiziert sind? Gerade dieselben, welche die anderen, meist absolut grundlos, des Rassismus bezichtigen?

Auch in diesem Fall kein Einsatz von 150 Beamten. Keine 10.000 Mark Belohnung für Hinweise.)

SZ Fr. 27.10. Mehrheit der Länder befürwortet Verbot der NPD

S.6. NPD will gegen Schröder und Schily klagen
 Die NPD hat angekündigt, Strafanzeige gegen
 Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesinnenminister
 Otto Schily und bayerischen Innenminister Günther
 Beckstein zu stellen. ... durch „den Mordanschlag“ auf
 den NPD-Funktionär Siegfried Weiß-Stüßgen sei
 deutlich geworden, daß „ein mörderisches Klima in der
 Republik herrscht“

(A-K. Man könnte meinen, dies ist etwas Ernsteres als
 zwei zerbrochene Fensterscheiben. Hier geht es um
 Menschenleben. Aber das war schon praktisch alles,
 was in dieser Zeitung über diesen Fall berichtet wurde.
 Keine Aufregung.

Entlarven sich mit dieser „Bescheidenheit“ Medien und
 Politiker nicht als überzeugte Rassisten und
 berufsmäßige Volksverhetzer? Wenn es gegen Rechte
 (Einheimische) geht, hetzen sie, wenn Rechte
 (Einheimische) als Opfer dastehen, ist es ihnen
 gleichgültig, vielleicht sogar ein Grund zur Freude?)

Zu gutem Letzt ein bißchen Statistik:

**„Eine Statistik aus dem Jahre 2000 legte dar, daß 11
 Morde an Ausländern von Deutschen begangen
 wurden. Aber gleichzeitig kamen 1011 Morde an
 Deutschen auf das Konto von Nichtdeutschen“.**

„Deutsche Stimme“ № 06/07 Juni 2007

(A-K. 11 (elf) ermordete Ausländer gegen 1011
 (eintausend und elf) ermordete Deutsche.
 Wenn das nicht ein Ergebnis der tagtäglichen Hetze der

Medien und der Politiker gegen „die rechte Gewalt“ war?

Und wo sind die unzähligen Berichte der Presse über Gerichtsverhandlungen oder mindestens über den Einsatz der Staatsanwaltschaft geblieben?

Warum kreischten die Medien tagtäglich *vergleichsmäßig ganz ohne Grund* über die „rechte Gewalt“ gegen Ausländer, wenn sie **zwei-drei mal pro Tag** über die Ermordung der Deutschen berichten müßten?

Es bleiben nur noch paar Fragen:

Von wem wurden die Medien gekauft?

Was kostet das Gewissen der Politiker?

Wer steuert Deutschland?)

3. Politiker mißachten den § 130 StGB - Volksverhetzung

SZ Mo. 31.07: „Die Mehrheit darf nicht länger schweigen“

Die Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin verlangte „mehr Einmischung für Toleranz und die vollständige Ächtung rechtsextremistischer Töne und Attitüden“.

(A-K. Können sich Toleranz und Ächtung gut vertragen, Frau Ministerin?

Außerdem, Sie scheinen den §130 StGB vergessen zu haben? Aufruf zur Ächtung ist schlimmer als Ächtung. Die Ächtung eines Teils der Bevölkerung wird nach § 130 StGB als Volksverhetzung geahndet, nicht wahr? Rufen Sie nicht irrtümlich zur Volksverhetzung auf,

Frau Ministerin?)

STZ Mi. 2.08: Mehr Härte gegen rechten Terror.
 ...Staatssekretärin Sonntag-Wolgast berichtete, daß die Präsenz von Sicherheitskräften bei der Bahn und im öffentlichen Nahverkehr verstärkt werden soll, „um den Rechten den Boden unter den Füßen heiß zu machen“.

(A-K. Wenn man behauptet, daß man „den Rechten den Boden unter den Füßen heiß“ machen muß, macht man sie dabei nicht verächtlich? Der § 130, Frau Staatssekretärin, scheint auch für Sie zugeschnitten zu sein?)

STZ Mo. 21.08. Titel: Härtere Urteile gegen Extremisten gefordert
 „Der SPD-Vorsitzende bezeichnete ein mögliches Verbot der NPD als „ein Stück politischer Hygiene“.

(A-K. Ist das nicht ein klassischer Fall des Verächtlichmachens? Ist das nicht das Gleiche, als wenn man die NPD mit einem Ungeziefer oder mit einem Stück Mist vergleichen würde? § 130?)

Roland Koch ist gegen Verbot: „Damit machen wir die braune Wirtköpfe nur unnötig wichtig“

STZ Sa. 26.08 Teufel will Konzept gegen Extremismus
 ...Die designierte PDS Vorsitzende Gabi Zimmer nannte als Ziel, „den Ungeist des nationalen Erwachens an den Wurzeln zu packen...“

(A-K. Der „Ungeist des nationalen Erwachens“ soll doch ganz bestimmt verächtlich klingen?
Weil man für die Anwendung des § 130 nicht mehr braucht, und das gegen alle Nationaldenkende gerichtet ist, also gegen ein Teil des Volkes, muß man doch Gabi Zimmer als Volksverhetzerin anerkennen?)

SZ Fr. 1.09. Stilles Gedenken. Foto.
Schröder legt ein Blumengebinde aufs Grab (mit Gedenkstein) des Mosambikaners

(A-K. Wenn Schröder mit gleicher Achtung auch vor mindestens einem Grab der ermordeten Deutschen ein Blumengebinde niedergelegt hätte, müßte jeder vor diesem Foto den Hut abnehmen. So aber kommt die Frage, daß vielleicht auch dieses Foto zur Ermordung der 1011 Deutschen beigetragen hat?
Wußte Schröder überhaupt über diese viele Morde?
Oder hat ihm Schily das verheimlicht?)

SZ Fr. 15.09: Schily verbietet Neonazi Vereinigung
„Die Musik von Skinhead-Bands spiele eine große Bedeutung „bei der Vergiftung der Köpfe und Herzen“ insbesondere junger Menschen, sagte Schily.

(A-K. Skinheads sind ganz bestimmt ein Teil der Bevölkerung. Schily macht sie verächtlich. Nach dem § 130 ist er eindeutig ein Volksverhetzer, nicht? Gesetz ist Gesetz. Es gilt für alle. Man darf keinen Teil der Bevölkerung schwarz machen. Wenn man aber weiß, daß alles umgekehrt ist, dann kommen doch auch noch die Paragraphen über Verleumdung und üble Nachrede zur Geltung, oder, Herr Bundesinnenminister?)

SZ Sa/So 21./22.10: Beschluß über NPD erst nächste Woche

„Bundesinnenminister nannte die NPD eine „kriminelle Partei“, die ein Umfeld für Vergehen und Verbrechen schaffe.

(A-K. Das ist auch nichts anderes, als „verächtlich machen“. §130!)

SZ Sa./So. 11./12.11. S. 5: Auch Bundesrat stellt Verbotsantrag gegen die NPD

Untertitel: Stoiber: Extremisten sollen nicht mehr Geld des Steuerzahlers für ihre *widerwärtigen* Aktivitäten verwenden können

... Stoiber: ...es bestehe „nicht der geringste Zweifel“, daß die politische Ziele der NPD nicht mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu vereinbaren seien. ...Auch sei es nicht vermittelbar, das die NPD beträchtliche Summen des Steuerzahlers für ihre *widerwärtigen* Aktivitäten verwenden könne...

(A-K. Das „Verächtlichmachen“ hat tausende Gesichter, nicht wahr, Herr Stoiber?
Aber dafür gibt es immer den gleichen § 130.)

4. Politiker rufen zu Übergriffen, zur Willkür auf

SZ Fr. 4.08: Bush will Anstand (!!!) ins Weiße Haus bringen

Untertitel: Beck: Aufmärsche von Neonazis unterbinden

... Industrieunternehmen sollen nach dem Willen des

Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) mit neonazistisch orientierten Mitarbeitern das Gespräch suchen und sie bei fehlender Einsicht auch entlassen“

(A-K. Ist das ein Aufruf zur Willkür? Oder hat der Wille des BDI plötzlich eine *richterliche* oder vielleicht sogar eine *gesetzgebende* Kraft?)

SZ Sa. 5.08. Kollege Neonazi Untertitel: Chancen und Grenzen der Kündigung rechtsextremer Arbeitnehmer

(A-K. Der Volksmund sagt: „Schlechte Beispiele verderben gute Sitten“.

Wissen Politiker überhaupt, daß es Gesetze gibt, wissen sie, was ein Rechtsstaat ist?

Oder zählt bei ihnen nur die Willkür?)

STZ Mi. 9.08. Neonazis sollen vor Schnellgerichte ...ÖTV-Chef Herbert Mai unterstützte den Aufruf, auffällig gewordene rechtsradikale Arbeitnehmer zu entlassen. Auch im öffentlichen Dienst seien ausländerfeindliche Äußerungen und Rechtsradikalismus ein Kündigungsgrund, sagt er.

STZ Sa. 26.08 Teufel will Konzept gegen Extremismus

... Das Bundesarbeitsministerium vertritt die Ansicht, daß Arbeitnehmer ohne vorherige Abmahnung fristlos entlassen werden können, wenn sie wegen rechtsradikaler Taten oder Äußerungen auffallen...

(A-K. Also weil man die „rechtsradikalen Taten“ gerichtlich nicht bestrafen kann, werden sie ohne

Gerichtsverhandlung bestraft? So ein Rechtsstaat!)

(Es wird berichtet, daß für diesen Zweck) ... „der parlamentarische Staatssekretär Gerd Andres (SPD) den Unternehmen einen Musterbrief zur Verfügung stellen will“.

(A-K. Also eine brüderliche Beihilfe bei der Willkürübung?)

Was man den etablierten Politikern lassen muß, das muß man ihnen lassen: Sie sind fast immer sehr einig, egal, ob es gesetzlich zugeht oder nicht. Untereinander liegen sie sich öfters in den Haaren, wenn es aber gegen Dritte geht, da sind sie wieder ein echtes Wolfsrudel.)

5. Politiker vertragen keinen Volksentscheid

SZ Di. 5.09: Verheugen stößt im In- und Ausland auf Ablehnung (A-K. ... der Politiker. Nur kein Volksentscheid!)

SZ Mi. 6.09, 1. Seite, unten: Koalition streitet über Referendum

Untertitel: Grüne Politiker für Volksentscheid / SPD und Union dagegen

... Außenminister Joschka Fischer...lehnt Verheugens Vorschlag ab. Das Thema Osterweiterung verträge kein Referendum.

(A-K. Solche Themen gibt es im Überfluß.

Das Thema DM oder € konnte auch kein Referendum ertragen: das Volk wäre womöglich gegen den € gewesen.

Das Thema Zuwanderung würde auch ganz bestimmt kein Referendum vertragen.

Aber es gibt Schlimmeres:

Das Thema Holocaust verträgt weder eine Diskussion noch eine Erforschung. Nicht mal eine Äußerung.

Der Begriff Rechtsextremismus verträgt keine genaue Definition. Es könnte passieren, daß einige ihn mit Patriotismus verwechseln würden.

Es gibt sogar Völker, die eine produktive Tätigkeit nicht vertragen: Ministerien, Parteien und Medien sind für sie die einzige Möglichkeit, sich befriedigend zu betätigen.

Joschka Fischer hat recht: Es gibt Unglaubliches in der Welt)

... CSU-Landesgruppenchef Michael Glos meinte, man müsse auf die Bevölkerung mehr Rücksicht nehmen und so tun, als gebe es Volksbefragung und Volksentscheid.

(A-K. Kinder und Narren sagen die Wahrheit? Keiner von den herumstehenden Politikern hat daraufhin Michael Glos zurechtgewiesen. Wahrscheinlich haben sie gehofft, daß die Reporter nicht so dumm sind, um diesen Satz in der Zeitung abzudrucken. Ja, was wurde schon damit gesagt? Ganz bestimmt meinte Michael Glos, daß das Volk weder eine richtige Volksbefragung noch einen wirklichen Volksentscheid verträgt? Oder könnten das die Politiker nicht vertragen?)

S. 4: Blick in die Presse

„Wie konnte sich ein erfahrener Politiker und Freund von Schröder in einem Zeitungsinterview so gehen

lassen?..“

Volkskrant (Den Haag)

(A-K. Es geht hier nicht um Michael Glos, es geht um Verheugen. Ja, wirklich. Wie konnte er überhaupt das Wort „Referendum“ in den Mund nehmen? Reicht es nicht aus, wenn solches das gemeine Volk verlangt? Es muß doch jedem Politiker längst klar sein, daß keine einzige aktuelle Frage den Volksentscheid verträgt?)

„Was könnte demokratischer sein als der Wille des Volkes, der sich in einer Volksabstimmung ausdrückt?..“

Information (Kopenhagen)

„Die Verfassung wird von der Politik als Busch mißbraucht, hinter den man kriecht, wenn es brenzlich wird...Fischer hat offenbar vergessen, daß es ur-grüne Forderungen sind, die Bevölkerung an wichtiger Entscheidung direkt zu beteiligen – oder der Minister fürs Äußere ist in seinem Inneren gar kein Grüner mehr.“

Nordwest Zeitung (Oldenburg)

S. 6: Grüne finden Gefallen an einem Volksentscheid ... Nachdem CDU-Chefin Angela Merkel gesagt hatte, Verheugens Äußerungen seien „nicht hilfreich“...

(A-K. Höfliche Leute sind die Politiker! Einer von ihnen denkt: „Blödmann! ***!“

Sagt aber: „Das Thema verträgt kein Referendum“. Die andere denkt das Gleiche: „Blödmann! ***!“ Sagt aber: „Seine Äußerung ist nicht hilfreich“. Kann sich da ein

Verheugen beleidigt fühlen? Nein, nur dankbar.
Auch das Volk muß zufrieden sein, weil keiner
erfahren wird, das die Zeichen „***!“ bedeuten: „In
keinem Fall darf man zulassen, daß das Volk
entscheiden wird!“)

SZ Fr. 8.09: Polen beklagt „extreme“ Forderung
Verheugens

Polens Außenminister ... hat scharfe Kritik... an
Günter Verheugen geübt. Dessen Forderung nach
einem Volkentscheid über den Beitritt neuer Mitglieder
sei „extrem“ und greife populistisch „nach unten“.

(A-K. Na ja, Demokratie ist eben „extrem“ und kommt
„von unten“. Das weiß jeder Pole.)

S. 14, Spalte 1: ...,es kann ein dummer Zufall sein, aber
soweit ich weiß, hat Verheugen mit seinem Vorschlag
vor allem Beifall von Herrn Haider bekommen.

(A-K. Man beurteilt nicht denn Sinn des Vorschlags,
sondern, wer ihn unterstützt. So macht man einen
Vorschlag schwarz?)

SZ Sa./So. 4./5.11: Angst vor dem Volk
Untertitel: Stoiber warnt vor Bürgerbegehren gegen
Umbau des Olympiastadions

6. Politiker kämpfen gegen Gedankengut (Gesinnung)

Und es bleibe dabei:
Die Gedanken sind frei
Aus einem Lied. 19. Jahrhundert

SZ Sa. 12.08. S.1 unten: Arbeitsgruppe prüft NPD-Verbot

S. 6. Hohe Hürden vor einem Verbot der NPD

... Der Grundgesetz-Kommentar von Mangoldt/Klein/Stark bemerkt dazu
„verboten sind keine Ideen, nur Handlungen“...

(A-K. Nur Handlungen? Am 20.11.2000 fragte die SZ:

- Herr Minister, ist die NPD eine kriminelle

Vereinigung?

Schily: Dann wäre sie ein Fall für den

Generalbundesanwalt.

Es gibt also keine kriminelle Handlungen seitens der NPD? Die Ideen der NPD sind laut Programm auch in Ordnung, nicht verfassungswidrig. Kriminell ist sie laut Schily nicht. Welche Handlungen will man denn dann verbieten? Nur gedankliche?!)

...Schwierig ist es zu beurteilen, ob das Verhalten einzelner Gewalttäter der gesamten Partei zugeordnet werden kann. Das ist nicht einmal dann der Fall, wenn einzelne Parteifunktionäre „entgleisen“.

(A-K. Richtig gesagt. Die Täter sind noch nicht bekannt, aber alle hetzen schon wie immer gegen die NPD. Es war eine „sehr schwierige Entscheidung“ der etablierten Parteien. Kann es nicht sein, daß gegen die Hetzer nicht nur der ungerechte § 130 (Volksverhetzung), sondern auch die §§ 186 und 187 (üble Nachrede und Verleumdung) des StGB

anwendbar sind?)

SZ Fr. 1.09. S. 6: „Jeder zweite Ostdeutsche fürchtet Überfremdung“ (Umfrage des Forsa-Instituts)
 „Der Kölner Experte für Rechtsextremismus Christoph Butterwegge sagte am Donnerstag, die Hemmschwelle, rassistische Meinungen bei „öffentlichen Anlässen „unverhohlen zu äußern“ sei „massiv gesunken“... 51 Prozent der Ostdeutschen meinen demnach, in Deutschland leben zu viele Ausländer. Im Westen vertraten diese Ansicht 37 Prozent.

... Das, was man früher nur gedacht hat...

(A-K. Will der Kommentator damit sagen, man fürchtete sich *früher* zu sagen, was man dachte? So vorsichtig mußte man in einer Demokratie sein? Wann war denn dieses *früher*?)

...wird heute offen artikuliert“, sagte der Kölner Wissenschaftler Butterwegge.

SZ Mo. 9.10, S.6: Experten uneinig über Vorgehen gegen NPD

Ute Vogt: „Gesinnungen kann man nicht verbieten“

SZ Fr. 27.10. Mehrheit der Länder befürwortet Verbot der NPD

...Der NRW-Innenminister: ... Mit Verboten werde die rechtsextremistische Gesinnung nicht aus der Welt geschafft.

SZ Sa./So. 11./12.11: S. 5: Auch Bundesrat stellt

Verbotsantrag gegen die NPD

Untertitel: Stoiber: Extremisten sollen nicht mehr Geld des Steuerzahlers für ihre *widerwärtigen* Aktivitäten verwenden können.

... Peter Müller (CDU) sagte, Gesinnungen würden mit einem Parteiverbot „nicht aus der Welt geschafft“.

(A-K. Damit bestätigen Politiker mehrmals, daß sie dem Volk das Denken verbieten möchten. Daß sie die Meinungsfreiheit praktisch verboten haben, zeigt ja schon allein das Vorhandensein des § 130 StGB. Über diesen § 130 haben sich in gewissem Sine noch *vor seinem Erscheinen* viele Berühmtheiten geäußert. Es ist ausreichend, wenn ich nur die berühmte Äußerung von *Friedrich Schiller* noch mal anführe:

„Wenn kein Mensch mehr die Wahrheit suchen und verbreiten wird, dann verkommt alles Bestehende auf der Erde, denn nur in der Wahrheit sind Gerechtigkeit, Friede und Leben“

7. Politiker drehen den Sinn der Wörter um

SZ Fr. 4.08. Bush will Anstand (!!!) ins Weiße Haus bringen

Untertitel: Beck: Aufmärsche von Neonazis unterbinden

Reinlandpfälzischer Minister-Präsident Kurt Beck: Er sei sich der demokratischen Bedeutung des Demonstrationsrechts bewußt, aber ein Marsch von Rechtsradikalen durch das Brandenburger Tor in Berlin sei unerträglich.

(A-K. Wenn Linke demonstrieren, ist es eine Demonstration, wenn aber Rechte, dann ist es ein Aufmarsch. Wenn man nur eine Meinung hören will, wenn man nur Demonstrationen einer Richtung bereit ist zu vertragen, wo ist denn dann der Unterschied zu dem klassischen: „Ein Volk, eine Partei, ein Führer?“ Anders gesagt:

Wenn nur die Linken demonstrieren dürften, wenn nur die Etablierten eine Meinung haben dürften, das wäre doch eine viel bessere Demokratie, nicht?

Genau, wie in den Zeiten: „Ein Volk, eine Partei, ein Führer?“

Das ist eben eine „Toleranz“ der Superlative, eine Toleranz der Etablierten, die sich selbst für Oberrichter zählen, die alles wissen, alles richtig verstehen und alles fehlerhaft beurteilen. Und darum keine andere Meinung dulden. Die „Toleranz“ der Auserwählten, die „Toleranz“, die über allen Gesetzen und über allen Meinungen steht)

SZ Fr. 25.08. S. 5: Schröder ruft Bürger zu Zivilcourage auf

(A-K. Wie kann Schröder zu Zivilcourage aufrufen? Das würde ja bedeuten, daß er zum Kampf gegen sich selbst aufruft?!

Ist Schröder der deutschen Sprache nicht mächtig?

Jeder kann einen Fehler machen. Schauen wir besser in ein Lexikon.

Duden. Zivilcourage, die [gepr. 1864 von Bismarck]: *Mut, den jmd. beweist, indem er seine Meinung offen äußert u. sie ohne Rücksicht auf eventuelle Folgen in der Öffentlichkeit, gegenüber Obrigkeiten, Vorgesetzten*

o. ä. vertritt.

Damit können wir feststellen: Dieser Begriff wird dank Schröder mindestens seit 2000 immer wieder falsch benutzt. Kann man glauben, daß Schröder nicht weiß, was Zivilcourage ist? Das, wozu Schröder aufruft, nennt man *Zusammenarbeit* mit der Regierung, und wenn man schon unbedingt ein Fremdwort benutzen will, dann paßt zu diesem am besten das Wort *Kollaboration*.

Duden. *Kollaboration – Zusammenarbeit mit dem Feind od. der Besatzungsmacht.*

Klar, konnte Schröder dieses Wort nicht benutzen. Er kennt sich im Propagieren aus. Er benutzte das Wort mit *Courage* – auf französisch - *Mut*. Sicher braucht die *Zusammenarbeit* mit der Regierung *keinen* Mut.

Zu was hat Schröder in Wirklichkeit aufgerufen?

Vielleicht, die Arbeit der Polizei zu machen? Vielleicht zur Selbstjustiz? Aber eins könnte sicher sein: der Haß auf die Rechten konnte dank diesem Aufruf nicht gemildert werden, eher umgekehrt? Hat Schröder zum Haß aufgerufen, versuchte er die Rechten verächtlich zu machen? Kann man das anders deuten? Hat er sich damit nicht der Volksverhetzung schuldig gemacht?

Der § 130 macht keinen Unterschied zwischen Kanzler und gewöhnlichem Bürger, zwischen Juden und Rechten. Beide sind Teile der Bevölkerung, beide darf man nicht verächtlich machen)

8. Politiker teilen und herrschen, hetzen und jagen

SZ Fr. 4.08. Bush will Anstand (!!!) ins Weiße Haus bringen

Untertitel: Beck: Aufmärsche von Neonazis

unterbinden

... Dagegen meinte Beckstein in Nürnberg, auch in Vorbereitung eines Verbots könnte die Überwachung der NPD bereits intensiviert werden.“

(A-K. Nichts verrät den (niederträchtigen?) Wunsch der etablierten Parteien zum Herrschen durch Teilen, als die (offizielle!!) Überwachung einer Partei. Man könnte sagen, daß dies ein Widerspruch in sich ist. Einerseits ist die Partei offiziell zugelassen, was bedeutet, daß das Programm und die Ziele der Partei der Verfassung nicht widersprechen. Andererseits ist offiziell bekannt, daß sie überwacht wird. Was soll das bedeuten? Vielleicht, daß einige Ziele der Partei nur halbwegs nicht verfassungswidrig sind? Ist das nicht das Gleiche, wie die Behauptung, daß die Braut nur ein bißchen schwanger ist?

Die offiziell bekannte Überwachung ist auch ein Widerspruch in sich. Das Ziel der Überwachung einer Partei könnte nur darin bestehen, daß man Beweise dafür sammeln will, daß die wirklichen Ziele der Partei den satzungsmäßigen widersprechen. Dies kann man nur *geheim* erreichen. Wenn man die Tatsache der Überwachung bekannt macht, warnt man dabei die verdächtige Partei nicht, nur keine Spuren zu hinterlassen? Legt man damit sich selber Stolpersteine in den Weg?

Eine Widersinnigkeit nach der anderen?
Vernünftig wäre nur eins: die Partei wird insgeheim beobachtet, Fakten werden gesammelt, keine

Meldungen werden der Presse mitgeteilt, und dann wird zugeschlagen. Die verbrecherische Partei wird nach einem gerichtlichen Prozeß verboten. Und wenn es keinen Grund für das Zuschlagen gibt, dann bleibt alles geheim.

Die Politiker können doch nicht so dumm sein, daß sie das nicht verstehen?

Daraus folgt nur ein einziger logischer vernünftiger Schluß: Das Ziel der „offiziellen geheimen Überwachung“ ist ein ganz anderes. Welches denn? Die Hetze!

Die Hetze? Das kann doch nicht das Ziel von normalen erwachsenen Menschen sein?

Klar. Das wirkliche Ziel ist ein Ziel der Politiker, ein Ziel der Teilung der Gesellschaft in mindestens zwei Lager, die man aufeinander hetzt. Teile und herrsche! Die Hetze ist das Mittel der Teilung, die Teilung ist das Mittel der Herrschaft. Linke werden gegen Rechte ausgespielt und umgekehrt.

Aus dieser Sicht wird die ganze Hetzpropaganda gegen die Rechten verständlich und aus der Sicht der Etablierten auch vernünftig.

Schauen wir aus dieser Sicht auf weitere Zeitungsmeldungen.)

SZ Mo. 7.08 Schily für BGS-Einsatz gegen Neonazis

STZ Fr. 11.08. Verbot der NPD rückt jetzt näher

SZ Sa. 12.08. S.1 unten: Arbeitsgruppe prüft NPD-Verbot

(A-K. sehen Sie? Alles, was man geheimhalten müßte, wird „blöderweise“ offengelegt. Und das Tag für Tag. Aber wenn man versteht, daß das Ziel nur die Hetze ist, dann wird jede scheinbar dumme Handlung sofort logisch und vernünftig. Die NPD wollte man gar nicht verbieten. Alles war nur ein „Spiel“. Mit diesem „Spiel“ wird die Hetze tagtäglich aufrechterhalten. Die Gesellschaft bleibt gespalten – und kann nicht gegen die Etablierten unternehmen.)

S. 6. Hohe Hürden vor einem Verbot der NPD

... Parteiverbote haben jeder Demokratie wehgetan, weil sie die Demokratie an sich in Frage stellen, die Freiheit der Andersdenkenden vor allem.

(A-K. Auch das ist ein „Spiel“. Das Verbot einer kriminellen Partei hat mit der Einschränkung der Demokratie nichts zu tun. Demokratie begünstigt keine Verbrechen. Andersdenkende darf man mit Verbrechern auch nicht vergleichen. Wir werden wieder und wieder für dumm verkauft)

STZ Di. 10.10. Schily empfiehlt Verbot der NPD

(A-K. Aus welchem Grunde?

Weiß er noch nicht, daß er am 20.11.2000 auf die Frage der SZ: „Herr Minister, ist die NPD eine kriminelle Vereinigung?“ - antworten wird: „Dann wäre sie ein Fall für den Generalbundesanwalt“?)

STZ Mi. 11.10. Kanzler für NPD-Verbot

Merz betonte, einen Verbotsantrag zu stellen sei „originäre Aufgabe der Exekutive“

(A-K. Wollte er nicht damit sagen, daß wenn man es ernst meint, und nicht einfach besorgt ist Propaganda zu machen, oder laut § 130 *Volksverhetzung* zu betreiben, dann stellt man einfach stillschweigend den Antrag?)

9. Lippenbekenntnis über eine „wichtige Säule“ unserer Gesellschaft

SZ Fr. 22.09: Schröder ruft zum gemeinsamen Kampf gegen Rechts auf (50 Jahre des ZR der Juden)
 ...„Die Bundesregierung möchte rechtsextremistische Vereine und Parteien „auch mit Mitteln des Verbots“ bekämpfen. Dies erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder...Der Zentralrat der Juden in Deutschland sei „seit 50 Jahren eine der wichtigsten Säulen“ dieser Zivilgesellschaft, fügte Schröder hinzu.

(A-K. 1950 gab es in Deutschland angeblich 15.000 Juden. 2000 gab es schon 85.000 Mitglieder.
 Würde Schröder die gleiche Worte in einem Rathaus einer Stadt mit 85.000 Einwohnern wiederholen? Was haben die Juden für Deutschland geleistet, daß der ZR zu „einer der wichtigsten Säulen“ unserer Gesellschaft geworden ist?
 Könnte es sein, daß dieses ausführlicher zu beschreiben genau so unerwünscht ist, wie das genaue Definieren des Wortes Rechtsextremismus?)

S. 11: Einseitige, unglückliche Liebe
 ... 50 Jahre Zentralrat der Juden, der Termin ist ein Muß...

das Bekenntnis gegen den Antisemitismus zu den Grundformen der bundesdeutschen Demokratie gehört...

(A-K. Darum will man ja, wahrscheinlich, „den Ungeist des nationalen Erwachens an den Wurzeln packen“? (s. S. 162))

...ob nun aus innerer Überzeugung vorgetragen, oder als Lippenbekenntnis...

(A-K. So ist das also... Man muß unterwürfig sein. Aus Überzeugung oder nicht – das spielt keine Rolle.

Schauen wir doch vorsichtshalber in das Lexikon:

Lippenbekenntnis – ausgesprochenes Bekenntnis, das nicht der inneren Einstellung entspricht...

Das „Bekenntnis gegen den Antisemitismus“ sprechen also auch Menschen aus, die vielleicht Antisemiten sind? Was kann der Grund sein, wenn das keine direkte Furcht vor Juden ist?

Alles Mögliche, vielleicht, aber eins sollte sicher sein: in der „bundesdeutschen Demokratie“ offen seine Meinung über die Juden auszusprechen, kann unerfreuliche Folgen haben! Dann ist ja der Zentralrat der Juden in Wirklichkeit eine sehr „wichtige Säule“? Ob sie aber eine notwendige ist?)

Ins Adlon kommt man nur nach einem intensiven Sicherheitscheck – wie immer, wenn in Deutschland die Juden *öffentlich* auftreten. Man muß sich angemeldet haben, die Tasche öffnen, den Metalldetektor ertragen, dann geleitet einen ein sportlicher Mann mit sehr kurzen Haaren und Knopf im

Ohr zur Pressetribüne...

Spiegel: Eine einseitige unglückliche Liebe zu den Deutschen...

(A-K. Eine Liebe, die man ohne Leibesdurchsuchung nicht ausdrücken kann?

Klar, kann so eine Liebe nur eine unglückliche sein.

Aber auch die Statistik zeigt: je mehr es Juden in Deutschland gibt, desto weniger Deutsche.

Die meisten von diesen eingewanderten Juden hatten vorher eine „Liebe“ zu Rußland. Sie war wohl auch „sehr unglücklich“. Aber immerhin: Nur in den Zeiten der „Perestroika“ sind in kurzer Zeit aus dieser „Liebe“ mindestens 14 Juden zu Milliardären geworden, und die „einseitig geliebten Russen“ wurden sehr arm.)

10. Was dem Jupiter erlaubt ist, darf der Ochs noch lange nicht

SZ Mo. 30.10. Koalition will Zuwanderung noch vor der Wahl regeln

... Im ZDF sagte Stoiber, es müsse einen Wertekanon in einer Gesellschaft geben und keine multikulturelle Gesellschaft.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel meinte gar, eine multikulturelle Gesellschaft könne nicht funktionieren.

(A-K. Na bitte schön: Wenn die renommierten Politiker das gleiche sagen wie die Rechten, dann kann es in der Zeitung abgedruckt werden, und es gibt auch kein Gekreisch.)

SZ Sa./So. 18./19.11. Stoiber und Merkel verteidigen
„Leitkultur“
Untertitel: Wir werden niemanden um Erlaubnis fragen,
welche Begriffe wir verwenden, sagt der
Ministerpräsident

(A-K. Aber wir Ärmsten müssen immer fragen? Wir
sind ja die Untertanen.
So eben sieht die „Gleichberechtigung“ aus.)

SZ Mo. 20.11: Streit über Ausländerpolitik flammt
wieder auf
Untertitel: CDU-Politiker Müller weist CSU-Vorschlag
zurück / Bundesregierung lehnt Abschaffung des
Grundrechtes auf Asyl ab

(A-K. Auf dem „Olymp“ kann man darüber mindestens
sprechen?)

SZ Di. 21.11. CDU macht Patriotismus zum
Wahlkampfthema
Untertitel: Merkel wirft Schröder gestörtes Verhältnis
zu Nation und Vaterland vor

(A-K. Was würde passieren, wenn das gleiche die
„Rechtsextremisten“ sagen würden?
„Gestörtes Verhältnis zu Nation und Vaterland“! Und
keiner sagt, daß eine solche Äußerung fremdenfeindlich
ist?! Man darf alles sagen, man muß nur wissen wie?!
Man sagt eben nicht „Ausländer stopp!“ oder
„Deutschland den Deutschen!“, nein, man sagt einfach:
„Sie haben ja ein gestörtes Verhältnis zu Nation und
Vaterland!“ Und dann ist man kein Rechtsextremist?!

So einfach! Ja, zu einem Politiker muß man geboren werden, dann weiß man auch wie und wann man etwas sagen muß.

Was Jupiter (eine etablierte Partei) darf, darf der Ochse (die NPD) eben nicht.

Quod licet Jovi non licet bovi. Das ist das gleiche auf Latein. Das bedeutet, das schon vor 2000 Jahren das gemeine Volk (bos, Ochse) das nicht dürfte, was die Auserwählten dürften. Und bis jetzt ist alles geblieben, wie es damals war?!

Für was haben wir den alle diese Revolutionen erdulden müssen? Wir haben scheinbar die Gleiche „Gleichberechtigung“ wie vor 2000 Jahren? In den Zeiten der Sklaverei?)

11. Für was brauchen „wir“ die Zuwanderung?

SZ Mo. 20.11: Streit über Ausländerpolitik flammt wieder auf

Untertitel: CDU-Politiker Müller weist CSU-Vorschlag zurück / Bundesregierung lehnt Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl ab

... Wolfgang Schäuble sagte, eine neue Asylrechtsdebatte *bringe der Union* keine Vorteile. (A-K. So sind sie, die Parteien/Bosse: Sie denken an ihren eigenen Nutzen, und nicht an den Nutzen des Volkes!)

Schröder: Man kann eine gesteuerte Zuwanderung machen, die wir unserer *Internationalität wegen* brauchen, und man muß sich nicht unhuman verhalten.

(A-K. *Unhuman* gegenüber wem? Und wer braucht überhaupt diese *Internationalität*? Die Politiker?)

12. Integration bis zum Zusammenprallen?

STZ Mo. 7.08 Aktionsplan gegen rechte Gewalt.
 Untertitel: CDU-Chefin Angela Merkel stellt
 Forschungskatalog von 13-Punkte Programm
 „Einrichtung von Aktionsforen“

...Die Vorsitzende des Bundesausländerbeirats ist
 gegen die Aktion „Kinder statt Inder“.

(A-K. Also möchte die Vorsitzende „Inder statt
 Kinder“? Man kann die Wahrheit verstecken wie man
 will, aber sie kommt doch heraus: Deutsche und
 Ausländer haben anscheinend verschiedene Interessen?
 Welche Abstammung haben die Linken, die sich so gut
 mit Ausländern verstehen?)

Und wenn man schon von verschiedenen Interessen
 spricht, was ist mit den Parolen der Türken:
 „Deutschland wird Türkei!“? Wurde mindestens ein
 Türke für diese Parole bestraft? Oder müssen die
 Deutschen sich so weit „integrieren“, daß sie auch mit
 solchen Parolen irgendwann einverstanden sein
 werden?)

13. Rassismus und Willkür gehen Hand in Hand

SZ: Mi. 23.08. Skins gestehen Tötung Adrianos
 ... Die Bundesanwaltschaft hatte die Ermittlungen an
 sich gezogen, weil die Tat geeignet sei, die innere

Sicherheit zu gefährden und Ausländer einzuschüchtern.

(A-K. Na ja, die Ausländer sind keine Deutschen. Die muß man schützen. Und wer ist die NPD, warum wird sie verfolgt? Sind das nicht nur alles Deutsche, sondern auch noch solche, die Deutsche bleiben wollen? Klar, wenn sie sagen würden, wir sind Europäer, dann würde man sie in Ruhe lassen. Dann würde man einen anderen Sündenbock finden... Oho, bitte um Entschuldigung. Ist mir nur rausgerutscht. War nur eine Vermutung. Aber ist das nicht das wichtigste, was professionelle Volksverhetzer brauchen – einen Sündenbock? Wenn man die Menschen nicht gegeneinander hetzen will, warum macht man dann einen Unterschied zwischen Morden einiger Menschen und Morden der anderen, einen Unterschied zwischen Untersuchung in einem Fall und Untersuchung in dem anderen?)

S. 4. Nur die Justiz hat zu richten

In Halle hat ein Strafprozeß wegen des Mordes an einem Mosambikaner begonnen, und Sachsen-Anhalts Innenminister Manfred Püchel (SPD) hat dem Gericht vorsichtshalber schon einmal gesagt, wie es richten soll: mit „voller Härte des Gesetzes“. Was meinte er damit? Daß in jedem Fall die Höchststrafe verhängt wird? Hat Püchel Sorge, das Oberlandesgericht Halle könnte sich in übergroßer Fürsorge den Angeklagten zuwenden und nicht erkennen, daß es hier um einen brutalen Mord geht?

Leider offenbart der Innenminister, daß er ein gestörtes Verhältnis zur Gewaltenteilung hat. Es ziemt sich nicht, einem Gericht am Morgen des Prozeßtages zu zeigen,

wo es langgeht. Die Justiz hat die Aufgabe, das Gesetz anzuwenden – weder mit voller Härte noch mit voller Milde, sondern im Einklang mit jenen rechtsstaatlichen Prinzipien, die für alle gelten, für Ministerialbeamten und Landstreicher, für Rechts- und Linksextreme gleichermaßen.

(A-K. Wie wunderbar hat hier die Zeitung den Innenminister zurechtgewiesen! Warum macht sie das nicht immer? Wir konnten schon bemerken, daß die Selbstjustiz die Hauptbeschäftigung aller Politiker ist – sie mischen sich immer ein, ohne nachzudenken, ob sie das dürfen. Immer machen sie Übergriffe und raten auch noch den anderen, das Gleiche zu tun!
Siehe auch den Abschnitt: Politiker rufen zu Übergriffen, zur Willkür auf. S. 163)

Daß das nicht immer und nicht von jedem so gesehen wurde, ist wahr. Der Kriminologe Hans Heiner Kühne hat zurecht darauf hingewiesen, daß auch die Justiz dazu neigte, rechte Täter als dumme Jungen und Linke als Terroristen anzusehen. Daran hat sich einiges geändert. Der pauschale Vorwurf, die Gerichte gingen noch zu lasch mit dem Rechtsextremismus um, ist nicht gerechtfertigt. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, die Hallenser Richter würden verkennen, daß hinter einer rassistisch motivierten Tat niedere Beweggründe stehen...

(A-K. Soso! Die Bazille, von der die Politiker befallen sind, wirkt auch hier. Auch der werte Kommentator meint, daß einen Ausländer umzubringen eine niederträchtigere Tat ist, als im Falle eines Deutschen?

Hier fängt die Ungerechtigkeit der Übergerechten an. Wenn man sagt, daß alle Menschen gleich behandelt werden müssen, darf man keine Etiketten verteilen: Deutscher, Obdachloser, Ausländer, Jude. Alle sind nur Menschen. Wenn man unterscheidet, ob ein Deutscher oder Ausländer umgebracht wird, fängt die Bevorzugung an, der Rassismus. Die Hetze des einen gegen die anderen. Leute, die sagen: „Heute sind es Obdachlose, morgen Ausländer, und übermorgen vielleicht Juden“, sind gerade die Menschen, die einen gegen die anderen hetzen wollen. Wenn absichtlich ein Ausländer als Ausländer umgebracht wird, wird nicht nur ein Mord, sondern auch ein Fehler begangen. Schuld ist nicht der Ausländer, sondern die Politiker, die ihn – gegen den Willen des Volkes? – hereingelassen haben.

Das bedeutet aber immer noch nicht, daß man das Leben des Ausländers höher einschätzen muß als das des Deutschen. Das wird aber (mit Absicht?) gemacht. Und warum? Wer könnte wohl vermuten, das dies mit dem Ziel der Erzeugung des Hasses gegen die Deutschen gemacht wird?

Wer braucht denn das? Ja, wer? Vielleicht das ewige „hohe“ Ziel der Politik: Teile und herrsche? Oder gibt es einen anderen Grund (um) zu behaupten, daß die Ermordung eines Ausländers „eine rassistisch motivierte Tat“ mit „niederen Beweggründen“ ist? Warum muß in diesem Fall die Bundesanwaltschaft ermitteln? Vielleicht um zu zeigen, daß die Staatsgewalt rassistisch gesinnt ist, daß man Ausländer und Juden bevorzugt?

Wer zeigt sich in diesem Fall mehr rassistisch, die dummen Mörder oder die klugen Staatsbehörden?)

SZ Mo. 4.9 Verbote einer „großen Krise“
 ... ein deutscher Kommissar, der sich so offen gegen
 Fischer stellt?

(A-K. Nicht nur wir einfachen Leute dürfen keine
 Meinung haben, sondern auch ein Kommissar?
 Um Himmels willen, wer darf denn eine Meinung
 haben? Die Regeln der „Demokratie“ scheinen ganz
 einfach zu sein: nur der darf eine Meinung haben, der
 GANZ OBEN steht? Oder, vielleicht, nur die
 WIRTSCHAFT?)

S. 7. Sachsen will mehr Bürgerrechte gegen Neonazis
 Untertitel: Justizminister Heitmann: Rechte Parteien
 sollen für rassistische Äußerungen ihrer Mitglieder
 Schmerzensgeld zahlen
 „Wir dulden keine Form von Rassismus und
 Rechtsextremismus“, sagte Schröder auf einer
 Veranstaltung des DGB. An einen Ausländer im
 Publikum gerichtet sagte er: „Du, sag das weiter in
 Deinem Heimatland und an Deine Verwandten, daß alle
 willkommen sind...“

(A-K. Was meinte denn damit der Kanzler? Daß der
 Wille der nicht linken Deutschen bei einem linken
 Kanzler keine Rolle spielt? Daß der Kanzler sich alles
 erlauben kann? Daß das Volk nichts zu sagen hat? Daß
 er der Herr im Lande ist, und nicht das Volk? Oder war
 er einfach nur ein bißchen zu benebelt?
 Man kann sich nur vorstellen, was passieren könnte,
 wenn dieser Ausländer ein Chinese oder Inder gewesen
 wäre, und er selbst und seine Verwandten die Worte
 des Kanzlers ernst genommen hätten. Am nächsten Tag

wäre von Deutschland nichts übrig geblieben: Wir hätten uns in eine Filiale von China oder Indien verwandelt.

So weit kann einer überschnappen, wenn er weiß, daß er an Aufträge des Volkes nicht gebunden ist. (*Siehe Kapitel 1.*)

und wir jedem entgentreten, der Recht und Gesetz verletzt“.

(A-K. Müßte denn der Kanzler nicht sich selbst entgentreten? Sich und seiner Willkür?)

14. Keine Berichte – Medienhysterie

SZ, Do. 24.08: Koch warnt vor Medienhysterie ... Koch warnte außerdem vor einer Medienhysterie. 99 Prozent der Bundesbürger seien „rechtschaffen“. Im Ausland entstehe gegenwärtig ein Bild von Deutschland, als stehe das Land vor der „Machtergreifung der Nationalsozialisten“, meinte der Ministerpräsident. Dies sei **falsch** und **übertrieben**. Gegen rechtsradikale Straftäter müsse mit allen Mitteln des Rechtsstaates vorgegangen werden, sagte Koch. Die gesellschaftlichen Probleme lägen aber tiefer. Er warnte die Union davor, sich in der Ausländer- und Integrationsfrage durch die SPD „**mundtot** machen zu lassen“. Trotz rechtsradikaler Übergriffe müßten die Themen, die Menschen auf den Nägel brennen, „durch die Union aufgegriffen und diskutiert werden“. Wirtschaftsminister Schomer sprach von „Einzelfällen“, die nicht überbewertet werden dürfen.

15. Überbewertung und Überreagieren

STZ Mi. 4.10: Brandanschlag auf Synagoge

SZ Mi. 4.10: Anschlag auf Synagoge in Düsseldorf
... in der Nacht zum Dienstag ein Brandanschlag verübt worden.

S. 6. Eine 31 Jahre alte Frau kletterte über den Zaun und trat die Flammen aus. Zeitweise suchten bis zu 100 Beamte nach den Täter... Belohnung von 10.000 Mark ausgesetzt.

(A-K. 10.000 Mark! 100 Beamte! Wegen einem Brand, den eine Frau mit Füßen austreten konnte. Ob das kein Überreagieren ist?)

...Offen blieb ferner, warum die Videoüberwachung erst ausgelöst wurde, als die Frau die Brandherde zu löschen begann.

(A-K. Der Reporter scheint zu vermuten, daß man die Videoüberwachung speziell ausgeschaltet hat. Kein schlechter Gedanke!)

STZ Do. 5.10. Kanzler fordert Aufstand gegen rechts
„Wegschauen ist nicht mehr erlaubt“, sagte der Kanzler. „Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen.“

Bundesanwaltschaft: „geeignet, die innere Sicherheit der Bundesrepublik zu beeinträchtigen“.

50 Ermittler (!). 25.000 DM Belohnung (!!).

Esra Cohn, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, warf der Polizei vor, sie habe den Schutz der Synagoge vernachlässigt: „Wir wollen hören, wissen, fühlen, daß das so nicht weitergeht“.

(A-K. Und das alles wegen einem Brand, den eine Frau mit Füßen austreten konnte.

Ein typischer Fall des Überreagierens, würde man sagen, wenn sich da der Kanzler nicht einmischen würde. Der Kanzler macht den Fall zu einer Groteske. Na ja, der Kanzler will den Fall für „große Politik“ ausnutzen.)

SZ 5.10: Schröder fordert „Aufstand der Anständigen“

(A-K. Will der Kanzler damit sagen, daß die Polizei unfähig ist, die Brandstifter zu finden? Oder daß so ein kleiner Brand Deutschlands Existenz bedroht?

Aber schauen wir mal doch in das Lexikon: Aufstand – *Empörung, Aufruhr, Erhebung*.

Aufruhr und Erhebung sind üblicherweise gegen die Staatsgewalt gerichtet. Zu diesem konnte Schröder nicht aufrufen. Bleibt die *Empörung*. Aufruf zu einer *Empörung*?! Wenn alle *empört* sind, muß man keinen dazu aufrufen. Also ist keiner *empört*, oder sehr wenige. Und da ruft jemand zu *Empörung* auf? Soll das nicht bedeuten, daß alle, die noch nicht *empört* sind, die *Empörung* vorspielen sollen? So etwas kann man Jünglingen oder Schauspielern vorschlagen, aber doch nicht dem ganzen Volk?

Der Kanzler ruft auf, etwas *vorzutäuschen*? Kann man solchem glauben?

Oder hat er wieder das falsche Wort verwendet, wie in dem Fall mit der *Zivilcourage*? (Siehe *Politiker drehen den Sinn der Wörter um*, S. 172)

Über wen sollen wir uns denn *empören*? Gegen die Rechte? Oder gegen Antisemiten? Beide sind „ein Teil der Bevölkerung“, s. § 130. Ruft Schröder wieder zur Volksverhetzung auf?

Schröder, der *Täuscher*? Oder, besser, Schröder, der *Volksverhetzer*?)

Bundesanwalt Nehm sagte, die Tat sei „geeignet, die innere Sicherheit zu beeinträchtigen“

(A-K. Wie denn? Durch Überbewertung? Oder durch das Propagieren der „Eignung“?)

STZ Sa. 7.10. Entsetzen über neuen Anschlag auf Synagoge

Untertitel: „Gebäude in Berlin beschädigt“.

(A-K. In Wirklichkeit wurden zwei Fensterscheiben eingeschlagen, oder vielleicht sind sie auch nur geplatzt. Die Rückseite einer Gedenktafel mit Graffiti beschmiert.

Wenn solches mit einem normalen Gebäude passiert, entsetzt sich da jemand? Kommt ein solcher Fall in eine Zeitung, ich sage schon gar nicht – in alle Zeitungen Deutschlands?)

„Wir sind entsetzt und bestürzt“. Mehrere Politiker mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) (A-K. Wegen einem eingeschlagenen Fenster?!) mit Außenminister Joschka Fischer (Grüne) (A-K. Warum

nicht das ganze Kabinett?!) sehen „einen antisemitischen Hintergrund“...

(A-K. Wie müssen sich doch die Verursacher dieses Tumults amüsieren, daß sie mit Hilfe *eines einzigen Steines* die ganze Regierung in Bewegung bringen können! Kann es nicht sein, daß entsprechende Politiker auf einen solchen Vorfall nur warten, um ihre Überempfindlichkeit zu demonstrieren?

Warum spricht man nie über einen antideutschen, antigermanischen Hintergrund?..

...`tschuldigen, habe ganz vergessen, das wäre ja vielleicht rechtsextremistisch!

Aber eins muß man doch fragen dürfen? Wenn jemand einen Unterschied zwischen Anschlägen auf deutsche und jüdische „Gotteshäuser“ macht, ist er kein ausgeprägter Rassist?)

S.2. Warnung vor rechten Terroristen

„9000 gewaltbereiten Rechtsextremisten“

Foto und Titel: „Die Gesellschaft hat einen Sprung, wie die Scheiben dieser Synagoge“

(A-K. Also doch nur einen Sprung? Und deswegen kommen alle Politiker in Bewegung? Oder nur der jüdische Teil?

Aber der Höhepunkt der Übertreibung, des Überreagierens ist noch nicht erreicht. Schauen wir weiter!)

S. 3. Die Täter und wir

„Wir lassen uns (nicht?) von den Tätern in die Knie zwingen“ – Berliner Innensenator.

(A-K. Haben etwa die Täter gehofft, daß man mit Hilfe eines Steines die Politiker in die Knie zwingen kann?! Oder ist einfach der Innensenator so feige?)

„Der Eindruck wird vermittelt: Sie werden von der Bevölkerung moralisch nicht bekämpft. Sie schauen zu, wie ein Ausländer fertiggemacht wird. Sie sind nicht mitleidig.

(A-K. Mir bleibt nur eins. Ich wiederhole das Zitat aus der „Deutschen Stimme“:

„Eine Statistik aus dem Jahre 2000 legte dar, daß 11 (Elf) Morde an Ausländern von Deutschen begangen wurden. Aber gleichzeitig kamen 1011 (eintausend und elf) Morde an Deutschen auf das Konto von Nichtdeutschen“.

„Deutsche Stimme“ № 06/07 Juni 2007

Wer wurde da „moralisch nicht bekämpft“?

Wer hat zugeschaut und schwieg?

Wer war „nicht mitleidig“?

Die Presse?

Die Politiker?

Da platzt jede Toleranz. Kann man solche Heuchler und Lügner noch länger dulden?)

Inhalt

Prolog	
Ein Kalif kann nicht alles gebrauchen	3
 Teil 1. Wir wurden immer betrogen und verraten	 7
Kapitel 1. Geschenkter Gaul	8
„Hilfe“ in der Not (Wahre Erzählung)	8
„Unser“ Vertreter	9
Die Meinungsfreiheit	13
Gleichberechtigung	20
Brüderlichkeit	23
Kapitel 2. Die Wahrheit muß einigen wehtun	29
Ein Märchen über das erste Gesetz einer Königin	29
Ein sittenwidriges Gesetz – aus unserem Leben	34
Ziele und Folgen des sittenwidrigen Gesetzes	40
Die viel schlimmere verborgene Gefahr	44
Man kann den Spieß umdrehen	45
Teile und herrsche:	
Linke gegen Rechte und umgekehrt	48
Kapitel 3. Erst die Macht ergreifen, und dann entscheiden, wie es weiter geht?!	49
Kalter Krieg oder gelungene „Revolution“?	49
„Allgemeine Theorie der Machtergreifung“	51
Die geschichtliche Entwicklung der Menschen ist aus der Sicht der Hochfinanz vom Fortschritt bestimmt	52
Wichtiger Schnitzer der Hochfinanz, den man ausnutzen muß	54

Teil 2. Ohne Politiker wird es uns unvergleichlich besser gehen	57
Kapitel 4. Eine Alternative zum Parlament (Gleichberechtigung in verschiedenen Gestalten)	58
Vorwort	58
Gürtel (Märchen für gutmütige Menschen)	58
Ein Soldat kehrt nach Hause	58
Die alte Frau	59
Fragen ohne Antwort	61
Der uralte Mann	63
Die alten Gesetze	65
Die Truhe	67
Die letzte Hoffnung des Königs	70
Der neue König	72
Wo es den Speck gibt, gibt es auch Maden	75
Wer an der Macht ist, ist immer „unersetzlich“	80
Der Auftrag des Volkes verpflichtet	82
Eine Prozedur, die Gleichberechtigung garantiert	84
Vertreter ohne Wahlen. Eine Variante ohne berufsmäßige Volksvertreter	87
Variante 3. Nur Klügste nehmen teil an der Gesetzgebung. Und doch bleiben alle gleichberechtigt?	88
Es gibt schon einige Beispiele der Schöpfung des Volkes (Vorteile des vorgeschlagenen Systems)	96
Ein Zugzwang? Besser nicht	100
Kapitel 5. Die Regierung wird kleiner sein und viel weniger Pflichten haben	104
Totale Überwachung der Behörden	104
Putschversuch (Ordnungs- und Sicherheitsorgane)	105

Vollbeschäftigung als Frage der vernünftigen Gesetzgebung	110
Kurz über andere Probleme	112
Kapitel 6. Schlimmer als Massenvernichtungswaffen	
Zusätzlichen Infoquellen mit Kommentar:	113 117
Kapitel 7. Das Eigentumsrecht ist keine Sache der Gerechtigkeit, sondern des Gesellschaftszwecks	
Zweck eines Unternehmens	123
Sind diese Forderungen gerecht?	125
In einem geschlossenen Staat kann man unter Gleichberechtigten Vieles vernünftig regeln	127
Kapitel 8. Wir haben ein Ziel, wie können wir es erreichen?	
Die Meinungsfreiheit des Parlaments zwingt das Volk zum Schweigen	128
Selber was, wie gut ist das	129
Wie wurden die Könige entmachtet?	131
Wann kann man anfangen, was kann man machen - schon jetzt?	133
Wir müssen selbstbewusster werden	135
Die Welt steht Kopf	137
Der Vertrag	138
Anlage. Ein Porträt der Politiker im Pressespiegel	
1. Politiker mißachten Gesetze und Regeln	142
2. Politiker und Medien schätzen die Opfer rassistisch ein	144

<i>Untertitel 1. Verletzte sind keine Einheimischen</i>	144
<i>Untertitel 2. Verletzte sind vermutlich Einheimische</i>	156
3. Politiker mißachten den § 130 StGB	
– Volksverhetzung	161
4. Politiker rufen zu Übergriffen, zur Willkür auf	164
5. Politiker vertragen keinen Volksentscheid	166
6. Politiker kämpfen gegen Gedankengut (Gesinnung)	169
7. Politiker drehen den Sinn der Wörter um	172
8. Politiker teilen und herrschen, hetzen und jagen	174
9. Lippenbekenntnis über eine „wichtige Säule“ unserer Gesellschaft	178
10. Was dem Jupiter erlaubt ist, darf der Ochs noch lange nicht	180
11. Für was brauchen „wir“ die Zuwanderung?	182
12. Integration bis zum Zusammenprallen?	183
13. Rassismus und Willkür gehen Hand in Hand	183
14. Keine Berichte – Medienhysterie	188
15. Überbewertung und Überreagieren	189
 Inhalt	 194

